



# AL-DJABHA

DIE FRONT



nr. 12

Preis:

Jahr: 1971 1 DM

Herausgeber: Sozialistisches Palästinakomitee, Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AstA

## INHALT :

|                                                                   |      |
|-------------------------------------------------------------------|------|
| Editorial: Die Lage der Widerstandsbewegung im Sommer 1970        | S.2  |
| FPDLP-Erklärung zur neunten palästinensischen Nationalversammlung | S.5  |
| Besuch einer palästinensischen Delegation in der VR China         | S.6  |
| Die Krise des Nasserismus nach Nasser                             | S.8  |
| Zur Revolution in Süd-Yemen                                       | S.13 |
| Zur Entstehung des Zionismus                                      | S.23 |
| Zur Lage der Kurden in der Türkei                                 | S.34 |



## Editorial

# Die Lage der Widerstandsbewegung im Sommer 1971

Die Kampfbereitschaft und der Wille zum Widerstand der palästinensischen Volksmassen sind die wichtigsten Quellen der Stärke und des internationalen Einflusses der palästinensischen Widerstandsbewegung. An ihnen sind bisher die mörderischen Angriffe des Zionismus und der arabischen Reaktion abgeprallt. Daß die Widerstandsbewegung trotz der Schwäche und der Fehler ihrer politischen und militärischen Führung im September 1970 nicht endgültig vernichtet wurde, verdankt sie vor allem dem heroischen Widerstand der organisierten und unorganisierten palästinensischen Massen.

Die fortgesetzten militärischen und politisch-propagandistischen Angriffe des jordanischen Regimes seither und die politischen Bedingungen, unter denen sich die zunehmende Einkreisung durch die jordanische Armee, der Rückzug der palästinensischen Einheiten aus den Städten und ihre Konzentration in wenigen kleinen Gebieten vollzieht, lassen aber das zweite wichtige Element immer deutlicher werden, das von Anfang an die Entwicklung der Widerstandsbewegung, ihrer verschiedenen Organisationen und ihre politische Form bestimmt hat, ihre enge, widerspruchsvolle Verflechtung mit den politischen Bewegungen der anderen arabischen Länder.

### ARABISCHE STAATEN UND WIDERSTANDSBEWEGUNG BIS 1970

Keine arabische Regierung konnte es sich leisten, nachdem der Junikrieg ihre Unfähigkeit zur Selbstverteidigung erwiesen hatte, der Bewegung, die, getragen von den palästinensischen Massen, den Kampf führte, die verbale und die spektakuläre finanzielle Unterstützung zu verweigern. Selbst Hussein von Jordanien bezeichnete sich zuweilen als Feddayi und begründet auch heute noch demagogisch seinen Vernichtungsfeldzug gegen die Feddayin mit den Notwendigkeiten des Kampfes gegen Israel.

Soweit die Widerstandsbewegung wegen des Konflikts der arabischen Staaten mit dem zionistischen Staat unterstützt wurde, war diese Unterstützung durch das Interesse an der Erzwingung der "friedlichen Regelung" bestimmt. Die Widerstandsbewegung und das ganze sogen. Flüchtlingsproblem waren Druckmittel, um den zionistischen Staat zu Konzessionen zu zwingen, die einen für die arabischen Bourgeoisien annehmbaren Frieden ermöglichen würden. Die Interessen aller arabischen Staaten standen also im Widerspruch zum erklärten Ziel der Widerstandsbewegung, der Zerschlagung aller zionistischen Institutionen. Dieser Widerspruch machte es möglich, daß das jordanische Regime zum offenen Angriff gegen die Palästinenser übergehen konnte, als mit dem Rogersplan die friedliche Lösung in Sicht war.

Das vorläufige Scheitern der "friedlichen Regelung" ist

aber nur einer der Gründe, warum die nationalistischen arabischen Republiken, an erster Stelle Ägypten bisher der vollständigen Liquidierung der Widerstandsbewegung ihre Zustimmung versagt haben.

Durch die Septemberniederlage geschwächt, gewinnt die Widerstandsbewegung mehr und mehr Bedeutung als Agent der Interessen der arabischen Bourgeoisien auf jordanischem Boden. Sie fällt damit tendenziell in die Rolle zurück, die die nationalistische palästinensische Opposition vor 1967 hatte. Damals war die starke antihaschemitische Massenbewegung unter bürgerlicher Führung objektiv ein Instrument der nasseristischen bzw. baathistischen Hegemoniebestrebungen gegenüber dem allerdings außerordentlich reaktionären und vom Imperialismus abhängigen Königreich Jordanien. (vgl. NRF 2/70)

Auch nach dem Junikrieg versuchten alle arabischen Staaten durch die Schaffung von ihnen abhängiger Organisationen und durch finanzielle Unterstützung der nicht gebundenen bürgerlichen Organisationen Einfluß auf die Bewegung zu nehmen. Selbst solche arabischen Staaten wie Kuwait und Saudi-Arabien, die von einer antiimperialistischen Massenbewegung alles zu fürchten haben, unterstützen die PLO und einzelne Organisationen mit Millionenbeträgen.

Und in der Tat war die Politik der Führung der Widerstandsbewegung in den letzten drei Jahren durch ständige Zugeständnisse und Kompromisse gegenüber den arabischen Staaten gekennzeichnet. Während die Widerstandsbewegung durch die Volksbewaffnung und die Schaffung demokratischer Massenorganisationen den Prozess der demokratischen Revolution in den reaktionären arabischen Ländern auslöste, führten die zahlreichen Kompromisse und die ausschließlich gegen den Zionismus gerichtete Propaganda der Führung der Widerstandsbewegung dazu, daß dieser Prozess unorganisiert, schwach und leicht besiegt blieb. Ende 1969 erleichterte die Führung der PLO mit einem unter Nassers Anleitung geschlossenen "Geheimabkommen" mit der libanesischen Reaktion die Niederlage der sich entwickelnden Massenbewegung im Libanon; den sich seit Anfang 1970 häufenden Angriffen von seiten der jordanischen Reaktion hatte die PLO-Führung nichts anderes entgegenzusetzen als wiederholte Appelle an die Adresse Ägyptens und der anderen arabischen Staaten und die Betonung des Prinzips der gegenseitigen Nichteinmischung. Sie war weder in der Lage, die Massen auf den "Verrat" Nassers bei der Annahme des Rogers-Plans vorzubereiten, noch eine revolutionäre Strategie gegen das Regime zu entwickeln, auf dessen Boden die Bewegung wuchs und das ihre blutige Unterdrückung offen vorbereitete.

Die direkte Abhängigkeit einer Reihe von Organisationen von arabischen Regime (Al Saikah als Organisation des syrischen Baathismus), die "Arabische Befreiungsfront" als Schöpfung des irakischen Baathismus, die ideologische und klassenmäßige Verbundenheit gerade auch der scheinbar un-

gebundenen Al-Fath mit dem kleinbürgerlichen arabischen Nationalismus nasseristischer Prägung, die Bereitschaft zu Konzessionen auch gegenüber den reaktionären arabischen Regime, sofern diese nur bereit waren, die Bewegung materiell zu unterstützen, dies alles mußte zu immer weitergehenden Abhängigkeit der Führung der Widerstandsbewegung von den arabischen Republiken führen, je weniger im Kampf gegen den Zionismus dauerhafte Erfolge erzielt werden konnten und je schärfer der Widerstand zum jordanischen Regime wurde, dessen Klassencharakter man nicht erkannte und den man, fixiert auf den Konflikt mit dem zionistischen Feind keine revolutionäre Strategie entgegensetzen konnte.

Die palästinensische Linke, vor allem die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP), versuchte zwar eine revolutionäre Linie durchzusetzen, es gelang ihr jedoch nur in Ansätzen, den Einfluß des bürgerlichen Nationalismus einzuschränken. Sie erschien mit ihrer Propaganda für einen gemeinsamen Kampf des jordanischen und des palästinensischen Volkes gegen Zionismus und arabische Reaktion lediglich als eine, wenn auch für die Reaktion besonders gefährliche, Tendenz innerhalb der Widerstandsbewegung, ohne deren Orientierung insgesamt beeinflussen zu können.

#### NACH DER SEPTEMBERKRISE

Die September-Niederlage hat den Widerspruch zwischen der objektiv revolutionären Orientierung als antiimperialistische Massenbewegung und den konterrevolutionären, an der Versöhnung mit dem Imperialismus und dem Zionismus orientierten Interessen der arabischen Bourgeoisien zutage treten lassen.

Zugleich drückt sich dieser Widerspruch in Konflikten innerhalb der Widerstandsbewegung aus, in denen es um die Entwicklung der revolutionären palästinensisch-jordanischen Massenbewegung einerseits und um die Möglichkeiten der Schaffung eines palästinensischen Staates auf jordanischem Boden im Rahmen einer "friedlichen Regelung" andererseits geht, der eng mit der neuen "Union der arabischen Republiken" verbunden wäre.

Dieser Plan wird von der Führung der bis zum September 1970 in Syrien, Irak und Ägypten stationierten palästinensischen Befreiungsarmee PLA angestrebt, die zugleich Al-Fath die Führung in der Widerstandsbewegung streitig zu machen sucht. Diese Gruppe fordert u.a. eine politisch-militärische Einheitsfront, in der die Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen unter ihrer Führung aufgegeben wird. Diese Gruppe kann man als die Agenten der "friedlichen Lösung" und der Liquidierung der anti-imperialistischen palästinensischen Widerstandsbewegung in der Widerstandsbewegung selber ansehen. Politisch entspricht diese Gruppe der PLO von vor 1967, der PLO Ahmed Schukeiry's, die als von der Arabischen Liga eingesetztes nationales Bourgeois- und Honoratioren-gremium vor allem die Aufgabe hatte, die Interessen der arabischen Staaten gegenüber der anwachsenden palästinensischen Massenbewegung und innerhalb Jordaniens wahrzunehmen.

Die Linie der Massenmobilisierung der Schaffung einer palästinensisch-jordanischen revolutionären Einheitsfront des bewaffneten Kampfes gegen den Zionismus und die arabische Reaktion wird von der palästinensischen Lin-

ken verfochten, an erster Stelle der Demokratischen Volksfront, aber auch von der Volksfront, wenn auch mit anderer Konzeption, und Al Saikah. Diese Arbeit vollzieht sich heute im Untergrund, nicht mehr gedeckt durch die Bedingungen der Doppelherrschaft. Eine ländliche Guerilla kann sich angesichts der geographischen Verhältnisse und der nach September verschärften Spaltung zwischen der ostjordanischen Bauernbevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingsmassen nur schwer entwickeln, allerdings haben die Angriffe auf ökonomische und militärische jordanische Institutionen z.T. große Erfolge gehabt. Nach dem Abzug der bewaffneten Guerilla-Einheiten aus den Städten im April liegt der Hauptakzent der Arbeit auf der illegalen Propaganda und Organisationsarbeit.

Al-Fath, nach wie vor materiell und zahlenmäßig die stärkste Organisation, steht zwischen diesen Positionen und bringt durch ihre strategische Planlosigkeit die Abhängigkeit von den arabischen Staaten zum Ausdruck. Gegenüber den Angriffen von Seiten der palästinensischen Rechten ist Al-Fath auf die Zusammenarbeit mit den linken Organisationen angewiesen. Al-Fath bekämpft die Pläne für einen Palästina-Staat, die bedeuten würde, daß die palästinensische Bourgeoisie, wie vor 1967, die politische Führung übernehmen würde und die kleinbürgerlich, "nasseristische" Gruppe verdrängt würden, deren Teil die Al-Fath-Führung selber ist. Eine Sondierung des tunesischen Ministerpräsidenten Al Masmoudi mit einem amerikanischen Angebot für einen Palästina-Staat scheint bis jetzt erfolglos gewesen zu sein. Der Vorschlag nach dem Sturz Husseins, die Schaffung eines selbstständigen Staates auf beiden Ufern des Jordans, einschließlich des Gaza-Streifens, aber ohne das südlich an Saudi-Arabien grenzende Wüstengebiet (Akaba) vor. (Le Monde, 23.3.1971)

Gewisse Zugeständnisse gegenüber den Linken in der Widerstandsbewegung lassen auch die Formulierungen des "politischen Programms" erkennen, das nach einem Entwurf von Al-Fath auf der 8. palästinensischen Nationalversammlung im März 71 in Kairo verabschiedet wurde. Dort wurde zum ersten Mal von "der Einheit der Menschen beiderseits des Jordans" gesprochen, und von der Notwendigkeit, "eine nationale Regierung in Jordanien zu bilden".

Diese Zugeständnisse sind aber offensichtlich nichts als eine propagandistische Antwort auf die linke Kritik am ausschließlich palästinensischen Nationalismus. Al-Fath hat auch nach der September-Krise ihre Politik nicht geändert. Die "jordanisch-nationale Front" wird politisch und strategisch als von der palästinensischen Bewegung getrennt angesehen. Alle strategischen Aufgaben der palästinensischen Bewegung beziehen sich ausschließlich auf die Befreiung Palästinas, die Auseinandersetzung mit der arabischen Reaktion wird nur aufgenommen, so weit das für den Schutz der Bewegung notwendig sei:

"Während das Hauptziel der palästinensischen Revolution die völlige Befreiung von ganz Palästina ist, ist das Übergangziel, die Revolution vor ihren Feinden zu beschützen und sie zur Verwirklichung ihres Hauptziels zu eskalieren durch die revolutionäre, politische, militärische und psychologische Mobilisierung der palästinensischen Massen, um sie alle am Befreiungskampf zu beteiligen und den

bewaffneten Kampf gegen den Feind sowie die Vereinigung aller palästinensischen Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat voranzutreiben." (zit. nach Resistenzia-Schriften Nr. 12, 1971)

Al-Fath hält nach wie vor an der Nichteinmischungstheorie auch gegenüber dem jordanischen Staat fest. Teile von Al-Fath sehen, ganz wie die reaktionäre Propaganda es will, die Hauptursache der September-Krise in der Verletzung der Nichteinmischungsdoktrin durch die palästinensische Linke: " Die palästinensische Revolution hat in Jordanien Aufgaben übernommen, die keine palästinensischen sind. Sogar die Streiks der Restaurant-Arbeiter wurde nicht nur unterstützt, sondern auch initiiert." (zit. nach Al-Djabha Nr. 10)

Gegenüber den arabischen Staaten tritt die PLO unter der Führung Yassir Arafat (Al-Fath) nach wie vor als selbstständiger Staat auf. So wurde Y. Arafat zumindest zeitweilig im April zu den Verhandlungen zugezogen, die die Union der arabischen Staaten vorbereitete. Zugleich versucht die PLO-Spitze die Konflikte und Zusammenstöße mit dem jordanischen Regime in dem institutionellen und politischen Rahmen beizulegen, der durch die Abkommen von Kairo und Amman, mit denen die September-Krise abgeschlossen wurde, und durch die Beziehungen der arabischen Staaten untereinander gegeben sind. Sie verhandelt mit der jordanischen Regierung von Staat zu Staat und versucht durch die treue Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen ihren Gegner und die anderen arabischen Staaten auf die Einstellung der Liquidationsversuche zu verpflichten.

Die Politik der Zusammenarbeit mit den anderen arabischen Staaten in der Form, wie sie von der PLO-Führung zur Zeit betrieben wird, führt zur weiteren Schwächung der Widerstandsbewegung gegenüber dem jordanischen Regime. Der Schutz, den die Widerstandsbewegung durch die Intervention anderer arabischer Staaten erhalten kann, ist bestenfalls durch das evtl. Interesse einzelner Staaten bestimmt, die Widerstandsbewegung als Machtfaktor in Jordanien selbst zu erhalten, er wird in den meisten Fällen durch die Kompromisse bestimmt, die zwischen allen arabischen Staaten ausgehandelt werden. Das Wesen dieser Politik besteht darin, sich von der Massenbewegung zu isolieren, sie in Erfüllung der Abkommen den Angriffen des jordanischen Regimes auszusetzen und so, um der guten Beziehungen zu den arabischen Staaten willen, die eigene Bewegung der Liquidierung preiszugeben. Die Massenbewegung, die nach wie vor die eigentliche Machtbasis der Widerstandsbewegung bildet, ist kampfbereit sowohl gegen den Zionismus als auch für die demokratische Revolution. Die Strategie der PLO-Führung verzichtet aber darauf, diese Energien planmäßig zu entwickeln und revolutionär zu orientieren.

Als die Kommando-Einheiten Anfang April ohne militärischen Zwang, aber in Erfüllung des Abkommens von Amman, ihre sicheren Positionen in der jordanischen Hauptstadt räumten, waren diese Maßnahmen von ständigen Provokationen und brutalen Angriffen der jordanischen Armee in allen Teilen des Landes begleitet. Das führte dazu, daß die arabische Hohe Kommission, die den Waffenstillstand unter der Leitung des Tunesiers Bahi Laghdam überwachen sollte zurücktrat, weil das jorda-

nische Regime die Verwirklichung des Abkommens unmöglich machte. Die daraufhin in Kairo tagende Konferenz von Vertretern von 8 arabischen Staatsoberhäuptern konnte sich zu einer Intervention nicht entschließen und verabschiedete lediglich ein von Kuwait und Syrien ausgearbeitetes Papier, das nichts enthielt, als den allgemeinen Wunsch nach Erhaltung des Waffenstillstandes. (Le Monde, 17.4.1971)

Die 2.000 im April freiwillig aus Amman abziehenden Feddayin sollen Waffen mit sich genommen haben, die ausgereicht hätten, um eine Division auszurüsten. Die gleiche Menge soll bei der anschließenden Durchsuchungsaktion in den Ammaner Stadtvierteln gefunden worden sein (Le Monde Diplomatique, Juni 71). Die Lage des Teils der Widerstandsbewegung, der nicht in den Untergrund gegangen ist, wie auch die offizielle Politik der PLO ist seitdem mehr und mehr durch das Paradox gekennzeichnet, daß eine Bewegung, die über eine relativ große und gut organisierte Massenbasis verfügt, und die wegen der internationalen Unterstützung kaum Nachschubschwierigkeiten hat, durch ihre eigene Taktik geschwächt wird, die an eine Legalität gebunden ist, die der Gegner nicht akzeptiert.

Die bewaffneten Einheiten sind heute in zwei Gebieten zusammengezogen: 1. in einem Waldgebiet nördlich von Ajlun, wo sie vollständig von jordanischen Einheiten umzingelt sind, also auch im Nachschub und bei evtl. Aktionen in Israel oder in den besetzten Gebieten von deren Zustimmung abhängig. 2. im Niemandsland zwischen Syrien und Jordanien, in der Nähe von Ramtha, wo zwar ihr Nachschub aus Syrien möglich ist, ihre Bewegungen aber dennoch von der jordanischen wie von der syrischen Armee kontrolliert werden. Gleichzeitig fließt aber die Unterstützung aller arabischen Staaten an die Widerstandsbewegung ununterbrochen. Weder Saudi-Arabien (ca. 10 Millionen Dollar jährlich) noch Kuwait, noch Libyen (ca. 10 Millionen Pfund Sterling jährlich) noch die anderen arabischen Staaten haben ihre Zahlungen an die PLO und an einzelne Organisationen eingestellt. (Zur Kritik der "reichen Revolution" und ihrem Zusammenhang mit der Schwäche der Widerstandsbewegung die Kritik und Selbstkritik der FPDL nach dem Bürgerkrieg, abgedruckt in: Al Djabha Nr. 10)

Die Widerstandsbewegung ist militärisch nicht geschlagen worden. Schon das Ergebnis der September-Kriege wurde weniger durch die Auseinandersetzung in Jordanien, als durch die politische Abhängigkeit der PLO-Führung von den arabischen Republiken entschieden. Seit September gibt die PLO-Führung eine politische und militärische Position nach der anderen preis, ohne wirklich durch die Kräfteverhältnisse dazu gezwungen zu sein. Durch ihre strategische Hilflosigkeit bereitet die PLO-Führung auf diese Weise objektiv selbst die "friedliche Regelung" und das Scheitern der Revolution in Jordanien vor.

Es bleibt die Alternative, daß es der palästinensisch-jordanischen Linken, und an ihrer Spitze der Demokratischen Front, gelingt, die noch lebendige Massenbewegung unter den Bedingungen der militärischen und politischen Schwächung neu zu organisieren und trotz der Kapitulationspläne in den Kampf gegen den Zionis-

mus und die arabische Reaktion zu führen. Die Demokratische Front arbeitet an diesem Ziel in vielfacher Form: in der Illegalität unter den palästinensischen und jorda-

nischen Massen und in der offenen propagandistischen Auseinandersetzung mit dem kleinbürgerlichen Nationalismus in der Widerstandsbewegung und auf gesamt-arabischer Ebene.

J.N.

## FPDLP-Erklärung zur neunten Nationalversammlung

Eine neue reaktionäre Ideologie versucht sich seit der September-Offensive auf palästinensischer und arabischer Ebene auszubreiten. Sie richtet ihre Angriffe gegen die Widerstandsbewegung im allgemeinen und den linken Flügel im besonderen. Das Ziel dieser reaktionären Ideologie ist die Verketzerung der nationalen und revolutionären Ideen, die die Widerstandsbewegung als eine bewaffnete Massenbewegung im Kampf gegen den Imperialismus, vor allem seine Ölinteressen, den Zionismus und die arabische Reaktion hervorgebracht hat. Die ideologische Offensive reaktionärer palästinensischer und gesamtarabischer Kräfte verläuft parallel zu den liquidatorischen Plänen des jordanischen Regimes und leistet ihnen Vorschub zur physischen und materiellen Niederhaltung des für sein legitimes Selbstbestimmungsrecht kämpfenden palästinensischen Volkes.

Anfangs richteten sich die Angriffe der Reaktion gegen den linken Flügel des palästinensischen Widerstands; heute richten sie sich prinzipiell gegen jede organisierte und bewaffnete Massenarbeit. Auf der Sitzung der achten palästinensischen Nationalversammlung (März 1971) organisierten die rechten Elemente, die die Geschichte der Widerstandsbewegung einer Revision unterziehen wollen, eine großangelegte Kampagne gegen die konsequent nationalen Positionen der Linken gegenüber der friedlichen Regelung und dem Rogers-Plan.

Zur Zeit laufen Verhandlungen über die Zusammensetzung der neunten palästinensischen Nationalversammlung. Zu der Frage der Zusammensetzung gibt es zwei kontroverse Positionen:

- Die erste Position besteht darauf, daß die Mehrheit in der kommenden palästinensischen Nationalversammlung denjenigen vorbehalten bleiben muß, die die bewaffneten Kräfte vertreten und sich der historischen Aufgaben bewußt sind. Die bewaffneten Kräfte und keine anderen tragen die Verantwortung für die Fortsetzung des revolutionären Kampfes gegen den nationalen Feind und gegen das Ammaner Terror-Regime.
- Die zweite Position will hingegen eine Nationalversammlung, deren Mehrheit sich aus nicht organisierten Persönlichkeiten mit bürgerlichen Qualifikationen zusammensetzt. Unter der Parole der "Mobilisierung aller palästinensischen Qualifikationen", die in der bürgerlichen Sprache die akademische und nicht die nationale revolutionäre Qualifikation heißen, wollen die Vertreter dieser Position die palästinensische Nationalversammlung mit nicht organisierten und dem revolutionären Kampf fernstehenden Kräften überfluten.

Die Demokratische Volksfront, die eine Verantwortung vor den Massen trägt, betont daher die folgenden Prinzipien als Grundlage einer Zusammensetzung der neunten palästinensischen Nationalversammlung:

I. Die Mehrheit muß sich aus den Reihen der bewaffneten und kämpfenden Kräfte, die ihre tägliche Arbeit mit einer großen historischen Perspektive leisten, zusammensetzen. Dadurch wird die Weiterführung des Kampfes gegen den nationalen zionistischen Feind und die Verteidigung der Widerstandsbewegung auf jordanischem Boden gewährleistet.

II. Die Stärke der bewaffneten und kämpfenden Organisationen und ihre Vertretung in der Nationalversammlung wird durch ihre alltägliche Praxis bestimmt. Die Demokratische Volksfront schlägt daher bei der Sitzverteilung eine Gleichberechtigung der Hauptorganisationen vor.

III. Aus der Nationalversammlung müssen die reaktionären Elemente sowie auch solche Elemente ausgeschlossen werden, deren Verhältnis zur Revolution sich auf die Teilnahme an der ersten und letzten Sitzung der Nationalversammlung beschränkt. Diese Forderung bedeutet, daß die nicht-organisierten Qualifikationen erst dann in die Nationalversammlung aufgenommen werden, wenn sie in ihrer praktischen Arbeit am revolutionären Kampf teilnehmen.

IV. Die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung muß aus den Gebieten kommen, in denen die Widerstandsbewegung politisch und militärisch arbeitet, vor allem aus den palästinensischen und jordanischen Gebieten.

V. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung muß von der unabdingbaren Verdrängung der chauvinistischen und regionalistischen Tendenzen zugunsten der Teilnahme von nicht-palästinensischen Kräften, die am revolutionären Kampf teilnehmen, ausgehen. Nicht die palästinensische oder die geographische Herkunft, sondern vielmehr die Teilnahme an der revolutionären Arbeit für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes bestimmt die nationale palästinensische Zugehörigkeit.

Von diesen Prinzipien muß man bei der jetzigen Diskussion über die Zusammensetzung der palästinensischen Nationalversammlung ausgehen, sonst werden wir uns mit einer Nationalversammlung konfrontiert sehen, die sich von den bisherigen überhaupt nicht unterscheidet. Vor allem die derzeitige Phase, in der sich die palästinensische nationale Frage befindet, erfordert eine qualitative Umstrukturierung der neuen Nationalversammlung, die die Voraussetzungen dafür schafft, daß die Widerstandsbewegung ihre politischen, organisatorischen und militärischen Probleme überwindet. Ohne eine solche qualitative Umstrukturierung bleibt die Möglichkeit der Umsetzung von Losungen und Parolen in die konkrete politische Arbeit ein Bekennnis, das in der Luft hängt.

ES LEBE DER WIDERSTAND!

NIEDER MIT DEN LIQUIDATORISCHEN PLÄNEN!

Die Demokratische Volksfront  
10. Juni 1971

# Interview mit Bilal Al Hassan (FPDLP)

Über den Besuch einer palästinensischen Delegation in der Volksrepublik China

Interview mit dem F.D.P.L.P - Delegierten.

Am 3.5.1971 folgte eine Delegation der PLO einer offiziellen Einladung in die VR-China. Zweck dieses Besuches war die Teilnahme an der Palästina-Woche, die international und in verschiedenen Hauptstädten der Welt veranstaltet wurde. In Peking hatte diese Woche einen besonderen Charakter.

1. Die Volksrepublik China hat große Anstrengungen zur Vorbereitung dieser Palästina-Woche gemacht, eine Photo-Ausstellung, Filme, Kundgebungen, Verteilung von Schriften auf breiter Ebene über das Palästina-Problem, Herausgabe von Sondernummern der verschiedenen Zeitschriften über den Kampf des palästinensischen Volkes und Propagierung der Unterstützung des palästinensischen Kampfes durch die VR-China.

2. Peking gab den Veranstaltungen der Palästina-Woche einen offiziellen Charakter.

3. Peking bemühte sich um die Teilnahme einer palästinensischen Delegation an dieser Woche und ermöglichte ihr die Begegnungen mit großen Teilen des chinesischen Volkes, sowie wichtige offizielle Unterredungen, die viele positive Resultate erbrachten. Die Delegation setzte sich aus Vertretern der im ZK der PLO vertretenen drei Organisationen (Fath, Al-Saikah, FPDLP). Ein Vertreter der sog. Unabhängigen gehörte ebenfalls der Delegation an. Die Delegation wurde schon bei der Ankunft in China mit Jubel und Herzlichkeit empfangen.

In dem Interview mit dem Genossen Bilal Al-Hassan waren folgende Fragen und Antworten von Bedeutung:

Frage: Fanden offizielle Unterredungen während des Besuches statt und mit welchen Ergebnissen?

Antwort: Die palästinensische Delegation hat mehr als eine Unterredung mit chinesischen Verantwortlichen auf verschiedenen Ebenen gehabt. In allen diesen Gesprächen konzentrierte sich die palästinensische Delegation auf folgende Punkte:

1. Die imperialistische Verschwörung für die Zementierung der sog. friedlichen Beilegung des Konflikts verschärft sich Tag für Tag. Der letzte Besuch Rogers im Nahen Osten, der während des Besuches der palästinensischen Delegation in der VR-China stattfand, ist nichts anderes als ein neues Glied in der Kette der imperialistischen Verschwörung.

2. Die imperialistische Verschwörung für das Diktat der sog. "friedlichen Lösung" wurde mehr und mehr von der Verschwörung der lokalen arabischen Reaktion zur Liquidierung der Widerstandsbewegung begleitet. Denn die Liquidierung der Widerstandsbewegung ist eine Voraussetzung dafür, zumal die imperialistische Verschwörung

und die zionistische Gewalt dies nicht erreichen konnten. Deshalb war es notwendig die lokalen Agenten zur Durchführung dieser Aufgabe zu bewegen. In diesem Zusammenhang verstehen wir die September-Ereignisse 1970.

3. Trotz der sehr schwierigen (subjektiven und objektiven) Lage der Widerstandsbewegung ist der starke Wille zum Widerstand begleitet von dem Versuch der Ausarbeitung und der Verfolgung einer richtigen politischen Linie. Das versprechen wir und daran halten wir fest.

4. Die Unterstützung der Freunde, insbesondere die der Volksrepublik China, die von einer richtigen politischen Position der Ablehnung der Anerkennung des Staates Israel und von der Erkenntnis der aggressiven Natur des Zionismus und seiner organischen Bindung mit dem Weltimperialismus ausgeht, stellt ein sehr wichtiges Element für unseren Willen zum Widerstand dar. Die chinesischen Genossen betonten in ihren Antworten folgende Positionen:

1. Die chinesische Position in der Palästina-Frage ist eine prinzipielle und wird bestimmt von den internationalistischen Verpflichtungen Chinas und nicht von momentanen taktischen Gegebenheiten.

2. Die chinesischen Genossen sehen in unserem Kampf gegen den Imperialismus im Nahen Osten einen, der die Volksrepublik China direkt angeht. Sie hoffen, daß wir mit diesem Kampf den Imperialismus und den Zionismus zur Phase des Zusammenbruchs führen, in der sich der Imperialismus in Indochina befindet.

3. Unsere nationale Einheit und auch die arabische Einheit ist eine wichtige Basis für einen Kampf auf diesem Niveau.

4. Wir können der chinesischen Unterstützung sicher sein, die ohne politische Bedingungen erfolgt ist und auch weiterhin erfolgen wird.

Frage: Haben sich in den Gesprächen neue wesentliche Gesichtspunkte ergeben?

Antwort: In diesen Gesprächen hat es mehr als einen neuen Punkt gegeben. Zunächst das Gewicht, das die chinesischen Genossen darauf legten, daß die lokale arabische Reaktion als einer der wichtigsten Feinde betrachtet werden muß, obwohl der Imperialismus und sein Handlanger Israel nach wie vor die Hauptfeinde sind, weil die lokale Reaktion von ihnen im Inneren zur Liquidierung der Widerstandsbewegung eingesetzt werden kann. Wir müssen daher auf den Zusammenstoß mit der einheimischen Reaktion vorbereitet sein. Die chinesische Geschichte ist voll von solchen Erfahrungen.

Zweitens: es genügt nicht, über die nationale Einheit abstrakt zu reden, sie muß noch nach einer richtigen politischen Linie praktiziert werden. Beim Fehlen dieser politischen Linie haben wir zu kämpfen, bis sich die korrekte Perspektive herausgebildet hat. Im Vergleich mit den damaligen chinesischen Verhältnissen unterstrichen die chinesischen Genossen unsere Schwierigkeiten. Denn die chinesischen Meinungsverschiedenheiten wurden innerhalb einer Partei ausgetragen, während



unsere nicht innerhalb einer breiten Front mit verschiedenen politischen und ideologischen Richtungen abspielen.

Drittens: die Volksrepublik China wird von jetzt an ihre Unterstützung an die PLO geben, damit allen Organisationen der Widerstandsbewegung geholfen wird. Damit wird der nationalen Einheit geholfen, damit sie vorangetrieben und praktiziert werden kann. Die Volksrepublik China hat also die inneren Verhältnisse der palästinensischen Widerstandsbewegung richtig begriffen und eingeschätzt und zwar besonders in dieser Phase.

Frage: Haben noch andere Gespräche mit den chinesischen Genossen stattgefunden?

Antwort: Wir hatten verschiedene Zusammenkünfte mit den chinesischen Genossen. Sie ermöglichten der Delegation den Dialog mit offiziellen Vertretern der VR China und Kontakte mit dem Volk auf breiter Basis.

So war es mir möglich, mit dem Vorsitzenden der chinesischen Freundschaftsorganisation lange über die Probleme des palästinensischen Widerstandes zu diskutieren.

Dies war eine Gelegenheit zur Erläuterung der politischen Positionen der FPDLP und der objektiven Ursachen des Vorhandenseins von verschiedenen Organisationen. Die chinesische Seite zeigte großes Interesse an den verschiedenen politischen Richtungen in der Widerstandsbewegung, insbesondere an der Position der FPDLP in Bezug auf die organische Verbindung des palästinensischen Widerstands mit der arabischen Befreiungsbewegung. Hier zeigte sich eine übereinstimmende Haltung auf beiden Seiten, besonders in Bezug auf die Notwendigkeiten der nationalen Einheit auf Grundlage einer richtigen politischen Linie. Diese Übereinstimmung wird nach meiner Auffassung zu neuen engeren Beziehungen führen.

Frage: Glaubst du, daß der Eintritt der VR Chinas in die UNO die Position Chinas in Bezug auf die Palästina-Frage beeinflussen würde?

Antwort: Es ist sicher, daß der Eintritt Chinas in die UNO seine gesamte Außenpolitik beeinflussen wird.

Die Erweiterung des Netzes seiner diplomatischen Beziehungen, das zeichnet sich jetzt schon ab, wird nicht ohne Resultate sein. Der Eintritt der VR China in die UNO wird die Erweiterung der Front zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im allgemeinen und des palästinensischen im besonderen bedeuten. Die Erweiterung der UNO als eine internationale Organisation wird nicht nur quantitativ sein, sondern auch qualitativ, qualitativ wegen der Position der VR China als Großmacht und wegen ihrer politischen Rolle in der Zukunft, wenn sie ihre großen Wirtschaftsprobleme gemeistert hat. Der Standpunkt der VR China in Bezug auf die Palästina-Frage ist ein prinzipieller, der weder von den täglichen politischen Gegebenheiten revidiert, noch von neuen Beziehungen Chinas zu anderen Ländern beeinflusst wird. Dieser Standpunkt entspringt der Einheit des Kampfes gegen den Imperialismus und seinen Handlanger, den Zionismus. Der Widerspruch zwischen der VR China und dem Imperialismus kann durch ein solches Ereignis nicht ausgelöscht werden. Deshalb glaube ich nicht, daß sich in der chinesischen Position in Bezug auf die Palästina-Frage durch den Eintritt in die UNO irgendetwas ändern wird. Im Gegenteil, die palästinensische Bewegung wird dadurch neue Verbündete innerhalb dieser Weltorganisation gewinnen. Ändern kann sich etwas in der Methode der Alltagsarbeit aber nicht am prinzipiellen Standpunkt.

FPDLP  
Zentrales Informationsbüro

# Die Krise des Nasserismus nach Nasser

Die Widersprüche des ägyptischen Staates, die sich im Mai 1971 in den Machtkämpfen der verschiedenen Fraktionen der ägyptischen Staatsbourgeoisie deutlich zeigten, sind nichts anderes als der Ausdruck einer Klassenherrschaft, deren Integrationsvermögen mit dem Tod Nassers erheblich geschwächt wurde. War Nasser in der Lage, die Widersprüche zugunsten derjenigen Kräfte, die den Staatsapparat, den Handel und das gesellschaftliche Mehrprodukt in der Industrie und in der Landwirtschaft kontrollierten und usurpierten, zu verschleiern, so zeichnete sich mit der "Wahl" Anwar Al Sadats zum Staatspräsidenten der VAR der Beginn einer neuen Phase ab, die durch offenen Kampf der verschiedenen Fraktionen um die Vormachtstellung im Staats- und Parteiapparat gekennzeichnet war. Nach dem Tode Nassers haben sich die Machtauseinandersetzungen zwischen den folgenden Machtzentren abgespielt:

1. Der Staatspartei, der Sozialistischen Arabischen Union (ASU), die von Ali Sabri und Abul Nur geführt wurde. Diese Gruppe verfügte über eine Gefolgschaft in den Gewerkschaften, in den Informationsmedien und unter den jungen Offizieren der Armee. Ali Sabri konnte im Laufe seiner Amtszeit als Generalsekretär der Arabischen Sozialistischen Union (1965-1968) und als Vorsitzender des ASU-Organisationsausschusses (1968 - 1970) eine Macht ausbauen, die zur Schwächung des 'prowestlichen' Machtblocks um Zakaria Mohieddin beitrug, aber keine Alternative zum Nasserismus anzubieten in der Lage war. Die Schwächen dieser Fraktion lagen darin, daß sie einerseits einen unkontrollierbaren, starken Parteiapparat aufbaute, der 6 Millionen Mitglieder kontrollierte und dessen Funktionäre meist unpopulär waren und andererseits den Terror des Geheimdienstes und der anderen Organe der Staatssicherheit nicht bekämpfte sondern vielmehr duldete. Während Ali Sabri in der bürgerlichen westlichen Presse als Marxist und als der Mann Moskaus dargestellt wurde, griffen die ägyptischen Massen ihn nach dem israelischen Angriff auf Nagá Hamadi als einen falschen Sozialisten an, der ihre Bewaffnung ablehnte und tatenlos zusah, wie der Arbeiteraufstand von Alexandria und Heluan mit brutaler Gewalt niedergeworfen wurde(2).

2. Dem konservativen nasseristischen Machtzentrum, das von den einflußreichen Zakaria Mohieddin und Hassanein Heikal repräsentiert wird. Schon nach dem Junikrieg 1967 schien die Stunde des konservativen nasseristischen Flügels gekommen zu sein, wenn die ägyptischen Massendemonstrationen, die von der ASU organisiert wurden, den Rücktritt Nassers nicht verhindert hätten. Dieser Flügel, der sich vor allem auf die Staatsbürokratie, die sog. nationalen Kapitalisten und die von Mohieddin während seiner langjährigen Amtszeit als Innenminister aufgebauten Zentren im Geheimdienst und in der politischen Polizei stützte, gewann Ende 1967 an Macht, so daß er Anfang 1968 die Schwäche des Systems zur Durchsetzung eines Liberalisierungsprogramms im politischen und wirtschaftlichen Bereich auszunutzen versuchte (3).

Nasser, der das politische Gleichgewicht zwischen diesen Fraktionen zu garantieren entschlossen war und eine

starke innere Front aufbauen wollte, übertrug Zakaria Mohieddin Ende 1967 die administrativen Routineangelegenheiten und ließ eine halbe Million Flugblätter mit dem Porträt Mohieddins drucken und forderte dadurch diejenigen Kräfte in der ASU heraus, die auf die Reorganisation des Parteiapparats drängten.

In der Phase der Vorbereitung des 30. März-Programms von 1968, das die National-Charta von 1962 reformierte und die Reorganisation der ASU vorsah, mußte Nasser den Forderungen der ägyptischen Massen nachkommen und die konservative nasseristische Fraktion durch die Entlassung Mohieddins schwächen. Es ist bei der Beurteilung der Politik Nassers wichtig, darauf zu achten, daß politische Entscheidungen gegen eine der beiden nasseristischen Fraktionen niemals die Zielsetzung hatten, das politische Gleichgewicht zu zerstören. Nasser war in der Tat ein sozialdemagogischer Taktiker, der seine ganze Macht auf die Balancierung des politischen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Fraktionen der ägyptischen Staatsbourgeoisie aufbaute. Den Konservativen drohte er mit der ASU und den Progressiven mit der Volksfrontpolitik, ohne die Ägypten den israelischen Aggressoren und den amerikanischen Imperialisten nicht standhalten könne. Durch seine sozialdemagogische Politik war Nasser in der Lage, nicht nur die ägyptischen, sondern auch die arabischen Massen in den anderen arabischen Ländern zu mobilisieren und gegen seine politischen Gegner massiv einzusetzen. Daher war ein militärischer Aufstand in Ägypten, im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten, wie Irak, Syrien, Algerien etc. undenkbar.

Der Nasserismus war eine Ideologie, die die Massenbewegung atomisierte und den politischen Gegnern nur die Alternative zu einem Kompromiß mit dem Nasser-Regime ließ. Deshalb orientierten sich die beiden Fraktionen der ägyptischen Staatsbourgeoisie an der Notwendigkeit des Kompromisses mit dem Nasserismus als Ideologie auch dann, wenn ihre politischen Führer ihrer Ämter enthoben wurden. Die Entlassung Mohieddins Anfang 1968 und die Schwächung der Machtposition Ali Sabris (4) in der ASU 1970 haben daher keine politischen Unruhen in Ägypten hervorgerufen.

Außerhalb dieser beiden Fraktionen agierten in Ägypten solche Organe und Institutionen, die Nasser nach dem Juni-Krieg die "Träger eines Polizeistaates" nannte, obwohl er selbst dessen Präsident war. Die Repräsentanten dieser Staatsorgane und Institutionen waren die in den letzten Machtkämpfen entmachteten Scha'arawi Goma' und Sami Sharaf, die nach dem Juni-Krieg Mohieddin und Nasr als Innenminister und Chef des Geheimdienstes abgelöst hatten.

Anwar Al Sadat, einer der ältesten und übrig gebliebenen Offiziere der ägyptischen Revolution von 1952, gehörte aufgrund seiner politischen Schwäche keinem dieser Machtzentren des nasseristischen Staates an, stand aber der progressiven nasseristischen Fraktion nahe. Dies zeigte sich unter anderem daran, daß er, im Gegensatz zu Mohieddin, in der Frage der Unterstützung der Republikaner gegen die Royalisten im Nord-Jemen auf der Seite der Progressiven stand und sogar in der Frage des Rogers-Plans eine Position gegen Nasser bezog, weshalb "Der Spiegel" ihn zu den Falken in Ägypten zählte. Nach seiner "Wahl" zum Präsidenten der VAR sagte Sadat dem amerikanischen



Trauer-Emissär Richardson hierzu: "Nasser glaubte auf- richtig an die Möglichkeit eines Friedens. Ich gestehe, daß ich seinen Optimismus nicht teilte". (5)

Weshalb der "machtlose" Sadat zum Staatspräsidenten "ge- wählt" wurde, liegt auf der Hand: keine der beiden Frak- tionen vermochte die Macht zu übernehmen, ohne mit dem Nasserismus als Integrationsinstrument zu brechen. Einen solchen Schritt hätten weder die ägyptischen Massen noch die ägyptische Armee, die offensichtlich eine Rolle in der Bestimmung des Nasser-Nachfolgers spielte, zugelassen. Während sich die progressive nasseristische Fraktion unter Führung Ali Sabris im Bündnis mit Scha'arawi Gomā (Innenministerium) und Sami Sharaf (Politische Polizei und Geheimdienst) als der "legitime" Erbe des Nasserismus verstand, versuchte die konservative Fraktion, die bislang von dem ehemaligen Informationsminister und engen Berater Nassers, Hassanein Heikal den 1968 entlassenen Minister- präsidenten Zakaria Mohieddin dadurch in den Vordergrund zu stellen, daß er einerseits Mohieddin in der offiziellen Regierungszeitung "Al-Ahram" Nasser-Nachrufe schreiben ließ und andererseits falsche Informationen über Herzattak- ken Sabris und Sadats beim Begräbnis veröffentlichte. Der latente Machtkampf beider Fraktionen wurde durch die Wahl eines "schwachen" Präsidenten beigelegt.

#### DIE KRISE DER ÄGYPTISCHEN STAATSBOURGEOISIE

Der Nasserismus ist eine nahezu beispiellose Ideologie. Er ist nicht nur Ausdruck einer Klassenherrschaft, deren Inhalt sozialdemagogisch ist, sondern auch ein Instrument eines willkürlichen ökonomischen Verteilungssystems, in dem eine sich im Staatsapparat verselbständigende kleine Minderheit riesige Privilegien aneignet, während die Masse der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums leben muß. Es gibt unzählige ägyptische Zeugnisse, die bestäti- gen, daß sich die oberen Schichten der ägyptischen Klein- bourgeoisie zu Kasten entwickelten und ausschließlich ihren besonderen Interessen folgen. Diese Kasten sprechen offen von ihrem eigenen Staat, in dessen Organen und In- stitutionen die ägyptischen Arbeiter und Bauern scheinbar zu 50% vertreten sind. Ali Sabri kann sich z.B. durch die willkürliche Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts der Werktätigen ägyptischen Massen ein 210 000 Dollar -Haus leisten. Sein Gegner, Hassanein Heikal, der nach dem Junikrieg die "nationale Opferbereitschaft" der ägypt- ischen Kapitalisten zu rühmen weiß, und den Beitrag eines jeden ägyptischen Arbeiters zur Kriegswirtschaft, der auf monatlich 40 Stunden hinausläuft, als ungenügend anprangert, kann auch das Privileg eines Gehalts bean- spruchen, das das 55-fache eines durchschnittlichen Arbeiter- lohns beträgt.

Der Machtkampf beider Fraktionen der ägyptischen Staats- bourgeoisie war daher nicht der zweier politischer Linien, von denen die eine massenfeindlich und die andere massen- freundlich wäre, sondern vielmehr ein Kampf zwischen zwei Kasten, die ihre Privilegien und die damit verbundene Vormachtstellung durch den gewaltsamen Konsumverzicht der ägyptischen Arbeiter und Bauern sichern wollen. Der Lebensstandard der ägyptischen Bevölkerung blieb deshalb stark hinter dem zurück, was beim gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Entwicklung in Ägypten möglich wäre. In Ägypten wird die kapitalistische Akkumulation vor allem durch die Vermehrung des Elends der Massen zu Gunsten einer Bereicherung des regierenden ägyptischen Kleinbür-

gertums erkaufte.

Bei den letzten Machtauseinandersetzungen ging es daher nicht um die Frage der Hebung des Lebensstandards des ägyptischen Bürgers, sondern vielmehr um den Ausbau des eigenen Machtbereichs. Diese Machtauseinandersetzungen dürfen sicherlich nicht so verstanden werden, als hätten sie sich zwischen dem ziemlich schwachen und fraktionell nicht gebundenen Sadat einerseits und der progressiven nasserist- ischen Fraktion um Ali Sabri andererseits abgespielt, sondern zwischen dieser Fraktion und den Konservativen, die es ver- standen haben, Sadat für die Durchsetzung der eigenen Poli- tik einzusetzen. Sadat, der durch ein Bündnis mit der pro- gressiven nasseristischen Fraktion der ägyptischen Staats- bourgeoisie zum Staatspräsidenten gewählt wurde, mußte bald erfahren, daß seine Amtszeit ohne einen starken Bündnis- partner kurz sein würde. Er fürchtete die Ambitionen des einflußreichen Ali Sabri, der nach dem Tode Nassers zur Reorganisation der Staatspartei und zum Ausbau seines Machtbereichs überging. Sadat schloß sich der konservati- ven nasseristischen Fraktion an, begann politische und wirt- schaftliche Maßnahmen, die den Interessen des privaten wirtschaftlichen Sektors und des konservativen Teils der Staatsbourgeoisie entsprechen, einzuleiten und sicherte sich die Unterstützung der Armee. Das Liberalisierungsprogramm des Zakaria Mohieddin von 1968 wurde wieder ins Leben gerufen. Sadat hob die Kontrolle über das beschlagnahmte Kapital auf, lockerte die Importbestimmungen auf Konsum- güter und entließ politische Gefangene, darunter sowohl Kommunisten als auch Mitglieder der verbotenen Moslem- bruderschaft. (7)

Der Verbesserung der Beziehungen zu den USA, die die kon- servative nasseristische Fraktion anstrebte, räumte Sadat in seinem Liberalisierungsprogramm einen großen Platz ein, indem er Konzessionen einging, die zur Herrschaftszeit Nassers nur unter schwierigen Verhältnissen denkbar gewesen wären. Bessere Kontakte zu den USA umfaßten notwendigerweise eine weitgehende Normalisierung der Beziehungen zum Iran, zur Türkei und weitere Konzessionen an Saudi-Arabien. In einem gemeinsamen Kommuniqué des iranischen und des ägyptischen Außenministeriums wurde dem Iran das Recht auf eine Intervention in den am Persischen Golf lie- genden Ländern nach dem Abzug der britischen Truppen aus den arabischen Scheichtümern quasi eingeräumt. (8)

Es ist klar, daß sich diese Zugeständnisse gegen die "Volks- front" und die "National-demokratische Front für die Be- freiung des Arabischen Golfes" richtet. Das Liberalisierungs- programm umfaßte auch die Aufhebung des Verbots von aus- ländischen und solchen Zeitschriften, die zuvor auf der schwarzen Liste standen. (9)

Diese Entwicklung beunruhigte die progressive nasserist- ische Fraktion, die der Gefährdung ihrer Macht durch einen organisierten Angriff gegen die Konservativen entgegenzu- wirken versuchte. Der Machtangriff wurde Ende März und im April 1971 zum ersten Mal öffentlich geführt. Das Organ der Arabischen Sozialistischen Union "Al-Gumhuriyah-Die Republik" leitete eine groß angelegte Kampagne vor allem gegen die Anlehnung an die USA und die damit verbundenen Konzessionen an Israel ein. Der Konflikt schien sich zunächst zwischen "Al-Gumhuriyah" und "Al-Ahram", deren Chef- redakteur der pro-westliche Hassanein Heikal ist, auszu- tragen. Die Position der progressiven nasseristischen Fraktion lief darauf hinaus, daß der Druck auf Israel nicht durch eine

Anlehnung an die USA sondern erst durch die Festigung des "Bündnisses" mit der Sowjet-Union wirksam wird. Man müßte, so argumentierte diese Fraktion, die Dollar-Krise und deren Auswirkungen auf die Schwächung der amerikanischen Unterstützung für Israel nicht unterschätzen. Die USA würden, besonders angesichts ihrer angespannten Devisenlage, welche die Zahlungsbilanz Amerikas in diesem Jahr mit 1,5 Milliarden Dollar belastet, die Unterstützung Israels nicht unbegrenzt fortsetzen können. (10) Auch spekulierte diese Fraktion auf die Widersprüche der verschiedenen Fraktionen des amerikanischen Kapitals (11) und befürwortete eine konsequente Politik gegenüber der chemischen und petrochemischen Fraktion des US-Kapitals, die wichtige Interessen in den arabischen Ländern hat, um sie zu einem größeren Druck auf die US-Regierung zu bewegen.

In der Frage des Staatenbundes zwischen Ägypten, Syrien und Libyen war die Opposition der progressiven nasseristischen Fraktion objektiv nicht prinzipiell, denn die Frage der weitgehenden Souveränität eines jeden Landes des Staatenbundes, woran sich die Opposition festmachte, war sowieso kein Anlaß zu einer Machtauseinandersetzung. Ali Sabris Opposition wollte aber damit demonstrieren, daß nicht Sadat, sondern die Arabische Sozialistische Union diejenige Macht in Ägypten ist, die die Politik des Landes bestimmt. In dieser und in anderen Fragen verbündete sich die Sabri-Fraktion mit dem Innenministerium (Gomá), der politischen Polizei und dem Geheimdienst (Sami Sharaf), die bei den Massen als Symbole der Unterdrückung galten. Bei den Unruhen im Februar und November 1968 in Alexandria riefen die Massen der Arbeiter und Studenten zum Aufstand gegen den Terror des Innenministers Sha'rawi Gomá'a auf. Mit brutaler Gewalt ließ Gomá'a diesen Aufstand niederwerfen. Eine der Schwächen der progressiven nasseristischen Fraktion war daher dieses Bündnis mit den Symbolen des von Nasser und später von Sadat so bezeichneten "Polizeistaat". (12)

Anwar Al Sadat konnte diese Schwäche seiner politischen Gegner für ihre Entmachtung ausnutzen. Nachdem er sich die Unterstützung des privaten wirtschaftlichen Sektors, der konservativen Staatsbürokratie und der Armee sicherte ging er am 2. Mai 1971 zur Entmachtung Sabris über. Dieser Schritt löste eine Reaktion in manchen Kreisen der ASU aus, die eine öffentliche, jedoch begrenzte Kampagne gegen Sadat einleitete. Flugblätter wurden in einigen Städten mit Vorwürfen gegen Sadat verteilt, der bei der Entlassung Sabris das Zentralkomitee der ASU übergangen habe und durch Konzessionen an die israelischen Aggressoren das Land in eine Katastrophe treibe, die der Juni-Niederlage 1967 gleichkäme. (13) Die Antwort Sadats war die schlagartige Säuberung der Sabri-Anhänger aus dem Staats- und Parteiapparat. Zakaria Mohieddin, der auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Innenminister über die Säuberungskunst verfügt und eine Gefolgschaft im Geheimdienst und in der politischen Polizei hat, bot Sadat ein Bündnis an. Es ist anzunehmen, daß Zakaria Mohieddin hinter den Säuberungen stand; darauf deuten Nachrichten, die von mehreren Begegnungen zwischen ihm und Anwar Al Sadat sprechen. (14)

Mit der Säuberung der Sabri-Fraktion aus dem Staats- und Parteiapparat, so wie auch aus den Informationsmedien ging eine Ära der Machtbalance zwischen den rivalisierenden nasseristischen Fraktionen der ägyptischen Staatsbourgeoisie zu Ende.

In seinen Ansprachen an das Volk und an die Armee reduzierte Sadat den Konflikt mit der Sabri-Fraktion auf die

Differenzen über den geplanten Staatenbund und auf das Bündnis zwischen dieser Fraktion und den unter der ägyptischen Bevölkerung bekannten Henkern, Gomá'a und Sha'rawi. Sadat verbarg die grundlegenden Differenzen und konzentrierte die gesamte Staatspropaganda auf diese Fragen, die dem einfachen ägyptischen Bürger den Eindruck gewinnen ließen, der Staatspräsident wolle dem "Polizeistaat" ein Ende bereiten. Die Erwartungen der ägyptischen Massen wurden aber dadurch hintergangen, daß Sadats widersprüchliche Bündnispolitik den offen volksfeindlichen Kräften zur Macht verhalf. Vor allem das Innenministerium ließ Sadat von dem Mann besetzen, der an der Unterdrückung des Arbeiteraufstands von Alexandria 1968 maßgeblich beteiligt war. Mamduh Salem, einer der engsten Vertrauten und Verbündeten Mohieddins war vor der ägyptischen Revolution 1952 ein hoher royalistischer Polizeioffizier. 1952 wurde er vom Revolutionsregime zum Leiter der Nachrichtenabteilung im ägyptischen Geheimdienst ernannt. Im August 1967 bekleidete er das Amt des Gouverneurs von Alexandria. Bei den Unruhen 1968 nahmen ihn die streikenden Arbeiter und die aufständischen alexandrinischen Massen fest und übergaben ihn den streikenden Studenten der Ingenieur-Hochschule, die für seine Freilassung die Befreiung der in Alexandria verhafteten Arbeiter und Studenten forderten. Der neue Innenminister, Mamduh Salem ist für seine pro-westlichen Neigungen und seinen Terror zu gut bekannt, als daß der ägyptische Präsident den ägyptischen Massen über die Abschaffung des "Polizeistaates" etwas vormachen könnte. (15)

#### DAS VERHÄLTNISS ZUR SOWJET-UNION

Am 5. Juni 1971 schrieb die Prawda zu den letzten Machtkämpfen in Ägypten: "Wie bekannt, wurde in der VAR eine Gruppe von Ministern und Führern der Arabischen Sozialistischen Union ausgeschaltet. Im Westen wurden diese Ereignisse so dargestellt, als hätten sie nur einen inneren Charakter und seien nicht verbunden mit dem Problem der Orientierung der VAR." Auf die "eine oder andere Orientierung" ging die Prawda verständlicherweise nicht ein. Der Verfasser, E. Primakov, stellvertretender Direktor des Instituts für Wirtschaftliche und Internationale Beziehungen setzte dann seinen Artikel fort: "Den Überlegungen der amerikanischen Politiker zufolge, sollte eine solche provozierende Beleuchtung der Ereignisse die Trennung der VAR von der Sowjet-Union fördern."

Der Kurs der konservativen nasseristischen Fraktion unter Führung Sadats, Mohieddins und Heikals war trotz der Liberalisierungsmaßnahmen und der Entmachtung Sabris weniger auf die Trennung der VAR von der Sowjet-Union als vielmehr auf eine Versöhnung mit den USA gerichtet. Wer die sowjetische Koexistenz-Politik gut genug kennt, müßte eigentlich wissen, daß gute Beziehungen zwischen den USA und einer anderen Staat das Verhältnis eines solchen Staates zur Sowjet-Union nicht unbedingt zu belasten brauchen. Sogar die Kommunistenverfolgung in der VAR 1959 hat das Verhältnis zur Sowjet-Union nur zeitweilig gestört. Die darauf folgende Normalisierung der Beziehungen zwischen der VAR und der Sowjet-Union setzte weder den Abbau der ägyptisch-amerikanischen noch die Entlassung der Gefangenen ägyptischer Kommunisten, deren Zahl Anfang 1971 (etwa 200) die der Moslem-Bruderschaft (etwa 150) übertraf, aus den Gefängnissen voraus.

Hassanein Heikal beruhigte während der Machtkämpfe die Führer der KPDSU und versicherte, daß die ägyptisch-amerikanische Annäherung keineswegs den Abbau der Beziehungen zur Sowjet-Union bedeuten würde. Einen solchen Schritt würde Ägypten auf Grund seiner militärischen Unabhängigkeit und seiner hohen Verschuldung ohnehin nicht unternehmen könne.

Langfristig, und dies haben die Führer der KPdSU natürlich erkannt, würden die Liberalisierungsmaßnahmen dem amerikanischen Einfluß nicht nur Ägypten, sondern auch in anderen arabischen Ländern mehr Erfolgchancen einräumen. Darauf deuteten die Aufforderungen des Sadatregimes an das internationale Kapital hin, unter den günstigsten Voraussetzungen und Bedingungen in Ägypten zu investieren. Diese Bedingungen charakterisierte der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Arabisch-Französischen-Bank-Union Mohammed Abu Shadi folgendermaßen:

1. dem zu investierenden ausländischen Kapital gewährt das Regime den Schutz der Nichtverstaatlichung.
2. Dem ausländischen Kapital sichert das Regime große Freiheiten des Transfers zu.
3. Bei Konflikten zwischen dem Regime und den ausländischen Gesellschaften entscheiden die zuständigen internationalen Gerichte. (16)

Obwohl es an beruhigenden Erklärungen von ägyptischer Seite, welche die Verbundenheit Ägyptens mit der Sowjet-Union hervorhoben, nicht fehlte, entschloß sich die sowjetische Führung zu einem "Freundschaftsbesuch" in Ägypten. Begleitet vom Zentralkomiteesekretär der KPdSU, Ponomarew, Außenminister Gromyko und dem stellvertretenden Verteidigungsminister General Pawlosky versuchte Podgorny, die Bindung Ägyptens an die Sowjet-Union sicherzustellen. Die Verhandlungspartner einigten sich auf einen 15 Jahre befristeten "Vertrag für Zusammenarbeit und Freundschaft". Ohne auf die Entmachtung der ehemaligen ägyptischen Verbündeten einzugehen, schrieb die Prawda: "Einen vernichtenden Schlag versetzte ihnen (den Imperialisten) der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjet-Union und der VAR. " Dieser Vertrag schaffe die Voraussetzung zur Stärkung der VAR als Bollwerk der progressiven Kräfte in der arabischen Welt. (5. Juni)

In der Tat war dieser Vertrag ein relativer Erfolg der sowjetischen Politik im Nahen Osten, die es verstanden hat, die Bewegungsfreiheit der konservativen nasseristischen Fraktion im richtigen Augenblick einzuschränken. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages sind (17):

- In Artikel 3 verpflichten sich beide Parteien für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten und ernsthafte Bemühungen um eine gerechte Regelung des Nahost-Konflikts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Vereinten Nationen zu unternehmen. Es scheint so zu sein, daß sich das Sadat-Regime wieder auf die Grundlage der sowjetischen Interpretation des UNO-Beschlusses vom 22. November 1967 zur Lösung des Konflikts stellt. (18) Darauf deuten auch die letzten Angriffe des Regimes gegen die amerikanische Nahost-Politik.

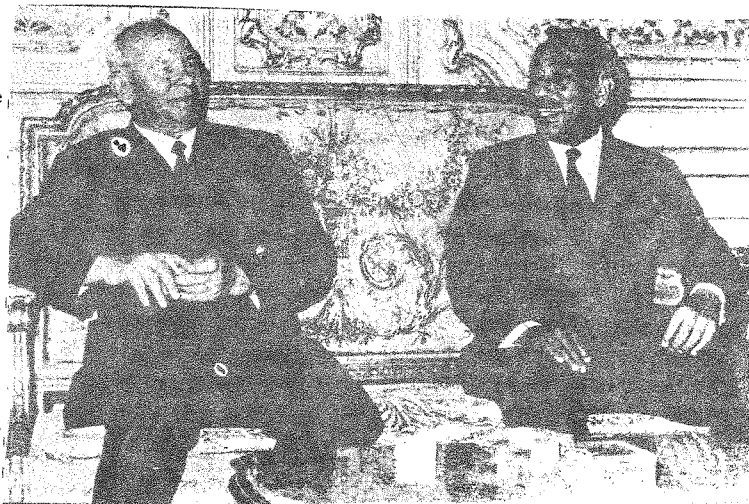
- Artikel 7 sieht beiderseitige und sofortige Kontaktaufnahme im Falle eines Friedensbruches oder einer Kriegsgefahr vor, um die Haltung beider Parteien aufeinander abstimmen zu können. Diese Bestimmung bedeutet, daß Ägypten ohne die Zustimmung der Sowjet-Union keinen Krieg zur Befreiung

seiner besetzten Gebiete führen kann. Andererseits gewährleistet dieser Artikel einen sowjetischen Schutz gegenüber einer israelischen Aggression.

- Artikel 8 geht von der Notwendigkeit des weiteren Ausbaus und der Vertiefung der Zusammenarbeit in den Verteidigungsfragen aus. Im Artikel heißt es: "Diese Zusammenarbeit sieht unter anderem Hilfe bei der Ausbildung der ägyptischen Streitkräfte an den Waffen und der Ausrüstung vor, welche Ägypten erhält, um die Folgen der israelischen Aggression zu beseitigen und um Ägyptens Fähigkeit, Angriffen zu widerstehen, im allgemeinen zu stärken."

- Weitere Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und der Sowjet-Union auf den Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft, der Forschung, der Technik, des Handels, des Informationswesens, der Kunst etc. Hierin erklärt die Sowjet-Union die Bereitschaft, Ägypten auf diesen und anderen Gebieten weiterhin zu unterstützen.

- In der Präambel des Vertrags wurde festgelegt, beide Parteien verpflichten sich, auf die gegenseitige Souveränität zu achten. Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, zu der sich Podgorny und Sadat bekannten, bedeutet objektiv, daß sich die sowjetischen Führer mit den neuen Machtverhältnissen in Ägypten abfinden. Die Nichteinmischungsklausel kann aber angesichts der oben dargelegten Bestimmungen eine "brüderliche sowjetische Hilfe" im Falle eines groben Vertragsbruchs seitens der neuen ägyptischen Machthaber nicht a priori ausschließen, zumal sich die sowjetischen Vertragspartner im zweiten Absatz des Vertrages dazu bekennen, daß "Ägypten eine sozialistische Gesellschaft zu errichten sucht."



Befriedigt äußern sich die sowjetischen Führer über den Verlauf und den Abschluß der Verhandlungen. Der entmachtete Ali Sabri hätte wahrscheinlich, genau wie Nasser, einen solchen Vertrag nicht unterzeichnet. Außerdem nannte der sowjetische Botschafter in Kairo, Sergej Winogradow den ehemaligen Verbündeten Sabri 1968 ohnehin einen "widerlichen Kleinbourgeois". Hinzu kommt, daß es in Ägypten genug solche Renegaten gibt, die nach jedem Machtwechsel als die wahren Verbündeten Moskaus hervortreten. An die Stelle der entmachteten "Verbündeten" der Sowjet-Union rückten nicht nur die Vertreter einer ägyptisch-amerikanischen Annäherung, sondern auch solche "Kommunisten" (19), die Nasser unter Aufsicht Hassanein Heikals stellte, vor. Fu'ad Murzi übernahm eine Aufgabe im provisorischen ZK - Sekretariat der ASU und versprach dem ägyptischen Volk die Frei-

heit in der Sadat-Ära. Ismail Sabri Abdullah wurde von Sadat zum Stellvertreter des Planungsministers ernannt. Andere ägyptische "Kommunisten", die bei den letzten Machtkämpfen nicht verhaftet wurden, beauftragte das Regime mit der Vorbereitung der Neuwahlen für den "Rat des Volkes", vor - mals Nationalversammlung, und mit der Reorganisierung der ASU. Jeder dieser "Kommunisten" wird von einem oder mehreren bürgerlichen Technokraten beaufsichtigt. (20)

Der ägyptisch-sowjetische Vertrag hat keine der Probleme der konservativen nasseristischen Fraktion gelöst; er hat lediglich die Bindung Ägyptens an die Sowjet-Union gefestigt und eine amerikanisch-ägyptische Annäherung vorläufig gestoppt. Ein Sozialist, der den Organisationsstand des ägyptischen Proletariats einerseits und die Aggressivität des Regimes andererseits genauer kennt, sollte bei der Einschätzung dieses Vertrages keine falschen Schlüsse ziehen. Der Revisionismus ist übrigens nicht erst mit diesem Vertrag entstanden.

- 1) siehe dazu: Der Spiegel Nr. 42, 1970, S. 144
- 2) Al Hourria, arabische Zeitschrift, 17.5.1971
- 3) siehe dazu: Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 5, 1971, S.16
- 4) Sabris Entlassung erklärte Heikal damit, daß Sabri unverzollte Waren aus der Sowjet-Union nach Ägypten schmuggelte.
- 5) Der Spiegel 12.10. 1970, S.144

- 6) Al Taliea', ägyptische Zeitschrift, Ahmad Fahim, Arbeiterklasse, Opferbereitschaft und Demokratie, S. 24 bis 27
- 7) Al Hourria vom 17.5. 1971 und 7.6.1971
- 8) Al Hourria vom 19.4.1971
- 9) Süddeutsche Zeitung vom 27.5.1971
- 10) Süddeutsche Zeitung vom 24.5.1971
- 11) siehe dazu: Al Djabha, Nr.11, S. 14/15 und die Prawda vom 5.6.1971
- 12) Al Hourria vom 17.5.1971
- 13) Süddeutsche Zeitung vom 14.5.1971
- 14) Al Hourria vom 17.5.1971
- 15) Al Hourria vom 25.5. und 31.5.1971
- 16) Al Hourria vom 7.6.1971
- 17) Süddeutsche Zeitung vom 29/30.5.1971
- 18) Zur sowjetischen Interpretation siehe: Al Djabha Nr.11, S. 6 bis 7
- 19) Es handelt sich hier um die Redakteure der ägyptischen Zeitschrift Al Taliea' - Die Avantgarde
- 20) Al Hourria vom 17.5.1971

Taysir Al Khalid

## NEUES ROTES FORUM

NEUES ROTES FORUM 2/71

- E. Ferreira  
Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie-Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals
- D. Yaffe  
Die Krise des britischen Kapitalismus- die jüngste Entwicklung
- H. M. Mumm  
Zur Spaltung der Black Panther Party
- Zum Klassenkampf in Schweden
- M. Schröder  
Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus" von D. Yaffe in: NRF 3/70

NEUES ROTES FORUM 3/71

- Bericht vom 1. Mai 1971
- Generaldebatte der Gruppe NRF  
Programatische Erklärung:  
- Zur gegenwärtigen Epoche des internationalen Klassenkampfes  
- Nur unter Anleitung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen die Herrschaft des Kapitals stürzen können!  
- Zur ökonomischen Entwicklung in Westdeutschland  
- Die Rolle der SPD im monopolkapitalistischen Staat  
- Zur Politik an der Hochschule

proletarisch revolutionäres

# AYDINLIK

Zentralorgan der Marxisten-Leninisten der Türkei

Adresse . . . . . : 1 Berlin 12, Schillerstr. 64

# Zur Revolution in Süd-Yemen

Die neue arabische Linke in der Machtprobe

"Wir bearbeiteten das Stück Land von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Unterdrückung, Beleidigungen, der Besitzer jagte uns fort, wann immer er wollte. Und wir konnten nichts sagen. Wir waren nichts wert. Wir verbrachten unser ganzes Leben in Armut, ohne je einen Groschen beiseitelegen zu können, bis Allah unsere Wünsche erhörte. Unsere Hoffnung hat sich heute erfüllt."

- Heute, nachdem du dieses Stück Land bekommen hast?

"Heute, nachdem wir es bekommen haben, sei Allah gepriesen. Wir bitten um die Gesundheit für jeden Enterbten, und wir bitten, daß endlich mit den Feudalherren Schluß gemacht wird."

- Wird sich dein Lebensstandard verbessern?

"Meine Lage wird sich bessern und ich werde mein Land mit allen meinen Kräften bearbeiten, und ich werde von niemanden verlangen, daß er an meiner Stelle arbeitet. Ich werde die Frucht meiner Arbeit und meines Schweißes essen und trinken, und ich werde glücklich leben."

Auf einem der Bewässerungsdämme, die das Ackerbaugebiet von Lahej rechtswinklig durchziehen, hat sich das ganze Komitee der "armen" Bauern um den Schriftführer versammelt, der ununterbrochen die Namen der Grundbesitzer aufschreibt, dessen Land konfisziert wurde, und die Namen der Bauern, die es erhalten. Dann zieht die Gruppe weiter und die Debatten beginnen von neuem vor einem anderen Feld. Da es kein Grundbuch gibt, erfolgt die Aufteilung des Landes, die auf die Verkündung des Bodenreformgesetzes folgt, "auf Augenmaß". Diese Maßnahmen, auf die die Bauern jahrelang gewartet haben, ist die letzte Umwälzung, die die Ländereien Süd-Yemens seit Beginn der Revolution erfahren haben.

Bei der Rückkehr von einem Aufenthalt in Lahej, dem reichsten Ackerbaugebiet Süd-Yemens, zusammen mit Abian, machte ich einen ausländischen Experten auf das unermeßliche Elend der Bauern aufmerksam. Er hob die Hände zum Himmel und sagte: "Lahej, das ist das Mittelalter, ja sogar mehr, das ist die Bibel!"

Eine Million der Gesamtbevölkerung, d.h. 1,4 Mill., sind Landarbeiter; sie liefern nur 8% des Bruttosozialprodukts und decken nur die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfs des Landes. Die Kommunikationsmittel stecken in den ersten Anfängen. Man braucht z.B. 48 Stunden mit einem Lastwagen, um von Aden bis Mikalla, den zwei größten Städten des Landes, zu gelangen, eine Strecke von 500 km. Daher dringt die Handelswirtschaft nur langsam in die Subsistenzwirtschaft ein. Aufgrund dieser Situation gehört der süd-yeminitische Bauer zu den ärmsten Bauern der Welt, trotz des relativen Reichtums in Aden. Das Jahreseinkommen pro Einwohner liegt unter 50 Pfd. Sterling.

Die FNL (Nationale Befreiungsfront des besetzten Süd-Yemen), die eine der extrem linken Bewegungen unter den arabischen revolutionären Bewegungen ist, und die seit dem Abzug der Engländer am 30. November 1967 an der Macht ist, hat sich seit ihrer Entstehung auf die ländlichen Massen gestützt, die 80% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dank der FNL greifen sie zum ersten Mal in den revolutionären Prozess ein.

Der Aufstieg der FNL

Am 14. Oktober 1963 machte ein Stamm in dem nördlich von Aden liegenden Radfan-Gebirge von neuem einen Aufstand. Er wurde von einer Organisation unterstützt, die in Süd-Yemen gerade entstanden war: der FNL, einem Zusammenschluß von 11 Bewegungen, ausgehend von der nationalen Sektion der MNA (Arabische nationalistische Bewegung), die sich um die libanesischen und palästinensischen Kämpfer im israelisch-arabischen Konflikt 1948 gebildet hatte. Nationalistische Tendenzen und die Dynamik der politischen Konflikte im Nahen Osten führten die FNL zunächst zu weit radikaleren Positionen, die sie "revolutionär-marxistisch" nannte. Der nationalistische Kampf ging von der politischen Phase in den bewaffneten Kampf über.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die verschiedenen nationalistischen Bewegungen ihr Ziel durch politische Aktionen auf legalem Wege zu erreichen versucht und sie hatten kaum mit der Unterstützung der Bauern gerechnet. Der rechte Flügel der Bewegung von Aden verteidigten die Interessen der immigrierten Bürger, die die Wirtschaft der Stadt in den Händen hatten und die die Last von sich wiesen, in einem vereinten Staat das ländliche Hinterland, das seit Jahrhunderten ohne Entwicklung geblieben ist, zu entwickeln. Ihr Ziel war: die Unabhängigkeit allein der Stadt Aden innerhalb des Commonwealth. Im Gegensatz dazu strebte die "Liga der Söhne von Saudi-Arabien", die von der nationalistischen Bourgeoisie unterstützt wurde, die Errichtung eines liberalen, süd-yeminitischen, vereinten und unabhängigen Staates an. Die sozialistische Volkspartei, das politische Organ der Arbeitergewerkschaften schließlich, wies die Unabhängigkeit von Süd-Yemen zurück, die allein gemäß ihrer Auffassung die Teilung des "yeminitischen Vaterlandes", eine Folge der englischen Besatzung, verlängern würde. Sie wollten einen arabischen sozialistischen Staat errichten, was den Konzeptionen Nassers nahekam.

Eben diese Partei, zusammen mit der lokalen Sektion der Baath-Partei, half dem Hauptgegner der FNL, der FLOSY (Befreiungsfront des besetzten Süd-Yemen) ins Leben, und zwar, als die VAR ihre Unterstützung für die FNL zurückzog, die die VAR links überholte; es war im Sommer 1965, als die FNL ökonomische Schwierigkeiten hatte und dem militärischen Druck Israels ausgesetzt war, der sie zum Rückzug ihrer Truppen aus Nord-Yemen und sie zur Unterzeichnung eines Abkom-

mens mit Saudi-Arabien zwang. Die FLOSY wurde seit ihrem Bestehen von der Mehrheit der arabischen Staaten und von der Arabischen Liga anerkannt und unterstützt.

Als die Engländer eine Frist für ihren Abzug gesetzt hatten, begannen die FNL und die FLOSY gegenseitig um die Machteroberung für den Tag nach der Unabhängigkeit zu kämpfen. Für den linken Flügel der Front, d.h. die Kämpfenden im Inneren, war ein Kompromiss nicht möglich. Im Rahmen des Klassenkampfes bedeutete die Zerstörung der FLOSY nur die politische Eliminierung einer nationalistischen städtischen Bourgeoisie, die sich in den anderen arabischen Ländern von der Revolution abgewendet hatte. Konform der chinesischen Strategie, zerstörte die FNL die Feudalmacht auf dem Lande, versuchte lokale Machtstellungen zu errichten, die von einer bewaffneten Miliz gestützt wurde, um die FLOSY nach und nach in den Städten einzukreisen.

Ende 1967 starteten die Kämpfenden der FNL einen Angriff auf Cheikh-Ottman und Crater, die beiden Araberviertel von Aden und eliminierten physisch die Mitglieder der FLOSY; die Überläufer gingen entweder nach Kairo oder schlossen sich in Nord-Yemen oder in Saudi-Arabien den ehemaligen Feudalherren an, die für die Föderation verantwortlich waren. Dieser militärischer Sieg war in letzter Minute durch das Umschwenken der Gewerkschaften und eines Teils der Bundesarmee möglich, die vorher die FLOSY unterstützt hatte.

#### Die ersten Widersprüche

Nachdem England zur Gründung von zahlreichen Verbänden, Parteien und Organisationen beigetragen hatte, um die nationalistische Bewegung zu spalten, unterstützte es nun selbst in dieser letzten Phase die FNL. England zog es vor, die Macht einem isolierten arabischen Regime zu überlassen als der FLOSY, die direkt an Ägypten gebunden war. Dennoch zog es alle seine Streitkräfte in der Metropole und auf der Insel Massira im Indischen Ozean zusammen, einschließlich des Stützpunktes Aden. Am 30. November 1967 erhielt die FNL die ganze Macht und sie verkündete die Volksrepublik von Süd-Yemen.

Zunächst lehnte sich die politische Befreiungsbewegung von Süd-Yemen gegen die britische Besatzung auf, entwickelte sich dann in der Konfrontation mit verschiedenen sozialen Gruppen zur Revolution. Die Feudalmacht, die seit Jahrhunderten auf dem Lande herrschte, wurde endgültig zerschlagen. Die Bourgeoisie in den Städten, ob arabisch oder immigriert, behielt die Führung von dreiviertel der Wirtschaft des Landes in ihren Händen, besaß aber keinerlei politische Macht mehr seit der Ausschaltung der FLOSY und der Liga von Südarabien: das war der erste Widerspruch, den das neue Regime zu lösen hatte. Der Staatsapparat der Föderation konnte in den Städten einen Übergang sicherstellen. Aber auf dem Land, wo die Verwaltung in den ersten Anfängen steckte, waren die dort vorhandenen Machtorgane der FNL zu wenig entwickelt, um von einem Tag auf den anderen die Feudalstrukturen durch andere zu ersetzen. Denn wenn auch die Bauern die wichtigste Streitkraft der Revolution unter der Führung der FNL dargestellt hatten, so hatte sie dennoch nie das politische Bewußtsein erreicht, das eine soziale Klasse gezeichnet hatte, deren Organisa-

tion die Front war. Mit den Arbeitern und der Armee des Landes schloß die FNL ein Bündnis, das aber im Widerspruch zu ihrer Ideologie stand. Insbesondere nahm die Armee den Kampf gegen die FLOSY wieder auf, nachdem sie jahrelang in der Föderation die Anhänger der Front bekämpft hatte.

Die Front wurde durch eine interne Krise gelähmt, die erst am 22. Juni 1969 gelöst wurde: seit 1965 opponierten die Kämpfer im Inneren gegen die Lenkung von Außen. Zweimal hatte der linke Flügel die Kompromisse des rechten Flügels zurückgewiesen, einmal, als sich die FLOSY und die FNL fusionieren wollten, zum zweiten Mal, als eine Koalition von jenen beiden Fronten gemacht werden sollte, die nach der Unabhängigkeit regierten.

Nach der Unabhängigkeit herrschte allgemein Übereinstimmung, daß der Staatsapparat und die Armee von all demjenigen gesäubert wird, die die Gegner der FNL im Lande oder von außen unterstützt hatten, angefangen von der Föderation bis hin zur FLOSY. Das Vorgehen der Regierung Chaabi blieb sehr gemäßigt; es verlief vor allem im Rahmen der derzeit bestehenden Institutionen. Im Gegensatz dazu, setzte der linke Flügel unter der Führung von Abdul Fattah Ismael und Abdullek Al-Khamiri auf seiner Hochburg von Hadrammaout sein Programm in die Tat um, das die Zerstörung des alten Staatsapparates vorsah: Verstaatlichung ohne Entschädigung, sofortige Bodenreform, Aufstellung von Volksmiliz und Volksräten.

Auf dem Kongress von Zinjibar im März 1968 stand die Partei zwischen beiden Fraktionen. Der linke Flügel, dessen Thesen verabschiedet wurden und dessen Hauptvertreter gewählt worden waren, ging als Sieger hervor. Dennoch mußte er noch ein Jahr warten, bis er an die Macht gelangte. Vom 20. März 1968 an nahm die Armee die wichtigsten Führer fest und, indem sie die Regierung Chaabi nach rechts zieht, zwingt sie sie, die Linke aus der Regierung auszuschließen.

Es folgte eine konfuse Zeit. Während der Sommermonate, schloß sich der linke Flügel der Widerstandsbewegung an, dann gelangte dieser aber zu einem 'modus vivendi' mit dem rechten Flügel. Innerhalb der FNL dauerte der Kampf an; am 22. Juni 1969 schließlich wurde die Regierung Chaabi gestürzt, die Hauptverantwortlichen festgenommen. Die Radikalisierung des Revolutionsprozesses hatte seinen Höhepunkt erreicht: der linke Flügel mußte nun noch die auf dem Kongress von Zinjibar verabschiedeten Resolutionen in die Praxis umsetzen.

Auf dem Kongress von Zinjibar: eine "marxistisch-revolutionäre" Strategie

Alle Dokumente (Thesen, Beiträge, Resolutionen), die zum Kongress veröffentlicht wurden, geben eine genaue Vorstellung von politischen Analysen und der Strategie der "revolutionären Marxisten" der neuen arabischen Linken wieder. Die arabische Linke setzte sich außer der FNL aus Organisationen wie der F.P.L.P. mit Dr. Halasch, der F.D.P.L.P mit Nayef Hawatmeh und der Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs, die einen Guerillakrieg in der Provinz Dhofar führte, zusammen. Sie ist die jüngste Bewegung unter den politischen Strömungen in den arabischen Ländern, nach dem Nasserismus, der Macht-

übernahme der Baathisten in Syrien und im Irak. Sie vertritt auch die bei weitem radikalsten Positionen.

Die Analyse der Weltlage gleicht der der meisten marxistischen Parteien. Vor dem revolutionären Aufstieg der Länder der Dritten Welt, setzte der Imperialismus an die Stelle seiner direkten Okkupationspolitik den Neokolonialismus. Auf der Gegenseite stellte das sozialistische Lager "eine geschlossene Stütze und einen wertvollen Halt dar, indem es antikolonialistische Befreiungsbewegungen unterstützte und den Entwicklungsländern Hilfe gewährte. Die Analyse der Machtregime aber in der arabischen Welt ist spezifisch für diese Strömung. Abdul Fattah Ismael, der jetzige Generalsekretär der FNL, denunzierte auf dem Kongress in einem Papier "die Kleinbourgeoisie und ihre politische Parteien, die sich oft selbst sozialistische Parteien nennen" (z.B. Sozialistische Arabische Union, die Baath-Partei), in Wirklichkeit aber nichts mit dem Sozialismus gemein haben... Der Weg der kleinbürgerlichen Entwicklung ist aussichtslos, da die Kleinbourgeoisie im Zeitalter des Weltimperialismus und der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz sich als historisch unfähig erwies, eine radikale Klassenpolitik zu betreiben." Mit dieser Konzeption waren zuerst die Großbourgeoisie, dann die Kleinbourgeoisie nach der Unabhängigkeit der arabischen Staaten in ihrer Hauptaufgabe gescheitert; nämlich, eine nationale unabhängige Wirtschaft aufzubauen, indem sie das Land industrialisieren das Land industrialisieren und eine radikale Bodenreform durchsetzen, die arabische Einheit zu verwirklichen, deren erste Versuche fruchtlos geblieben sind, weil sie dabei geblieben sind, daß die politischen Apparate außerhalb der Volksmassen standen; sie haben gegen den Imperialismus und seinen Verbündeten, den Zionismus zu kämpfen durch Bewaffnung der Massen für einen langen Volkskrieg, der alleine die technische Überlegenheit des israelischen Gegners besiegen kann.

Im Endeffekt "fällt die Versöhnungspolitik der Kleinbourgeoisie im Inneren des Landes in die Hände der Konterrevolution und außerhalb in die des Neokolonialismus". Diese Krise beruhte letztendlich auf dem Verzicht - was auch der Hauptgrund der Spaltung der beiden Flügel der FNL war -, den Staatsapparat zu zerstören, der sich auf Grund seiner Struktur und seiner alten Zusammensetzung nicht auf die Seite der Unterdrückten Massen stellen konnte. Der linke Flügel schlug folglich den Aufbau eines neuen sozialistischen Staates vor, indem die ganze Macht dem Volk gegeben wird, genauer noch, in dem Volksräte in jedes Dorf, in jedes Tal und in jede Stadt gesetzt werden; in dem nur die unterdrückte Arbeiterklasse wählen darf und die Bourgeoisie davon ausgeschlossen ist; in dem Volksmilizen aufgestellt werden, die von politisch Bewußten und nur von Arbeitern gestellt werden; in dem landwirtschaftliche Bezirke, die direkt von den Arbeitern kontrolliert werden, und Industrien eingerichtet werden, die den Arbeitern gehören und im Rahmen der allgemeinen Planwirtschaft verwaltet werden."

Der Grundstock des Regimes ist also ein breites Bündnis: Soldaten, arme Bauern, Arbeiter und revolutionäre Intellektuelle. Ihre Machtorgane sind die Volksräte mit dem obersten Volksrat an der Spitze, der die Legislative innehat und der nur von den Mitgliedern dieses Bündnisses gewählt wird; ausgeschlossen sind die ehemaligen Unterdrückten, (die Feudalherren und die Bourgeoisie); die Miliz soll

zur bewaffneten Organisation der Partei werden und im Volkskrieg gegen Imperialismus, Reaktion und Konter-

revolutionäre im Inneren kämpfen. Die FNL wird schließlich provisorisch die Staatsgewalt der Republik von Süd-Yemen übernehmen. Sie wird ihre Organisation verbessern, ihre Strukturen reformieren, die Ausbildung ihrer Mitglieder auf der Linie des wissenschaftlichen Sozialismus überwachen und die Überführung der Front in eine avantgardistische, sozialistische Partei einleiten müssen.

Das Ziel ist die demokratische Revolution (wirklich nationaler Unabhängigkeit, Aufbau einer wirklich nationalen Wirtschaft, Unabhängigkeit in Bezug auf den kapitalistischen Weltmarkt), die das Land zur sozialistischen Revolution führt. Um seine ökonomischen Ziele zu erreichen, hebt der linke Flügel die Notwendigkeit einer umfassenden Industrialisierung und einer radikalen Bodenreform hervor. Außenpolitisch will Süd-Yemen die "rote Basis" werden die alle Befreiungsbewegungen auf der arabischen Halbinsel, insbesondere die Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs unterstützt. Durch die Schaffung von neuen Kampffronten, stützt sie alle antiimperialistischen und antikolonialistischen Bewegungen in der Welt, um das reaktionäre Lager zu schwächen. Sie versichert immer wieder ihre Hilfe für den bewaffneten Widerstand des Volkes in Palästina und dem tapferen vietnamesischen Volk. Schließlich unterstützt es auch die Revolution in Nord-Yemen, um die beiden Staaten des yeminitischen Vaterlandes wiederherzustellen und um in dieser Region die Keimzellen für die arabische Einheit zu legen.

Einen Teil dieser Thesen findet man in den verschiedenen Strömungen des Marxismus wieder. Die Außenpolitik gleicht der kubanischen oder der nordvietnamesischen. Die Vorstellungen über die Rolle der Gehaltsempfänger in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und in den Fabriken entsprechen den jugoslawischen Verhältnissen. Der Hinweis auf die "Arbeiterräte" geht auf die ersten Stunden des russischen Sozialismus zurück. Aber diese Thesen unterscheiden sich grundlegend von den sowjetischen und chinesischen Positionen. Zunächst einmal stellen die Ablehnung der friedlichen Koexistenzpolitik, die Unterstützung im palästinensischen Volkskrieg, der Verzicht, den Sozialismus auf friedlichem Wege zu erreichen, die Sowjet-Union und die Politik der arabischen kommunistischen Parteien, die an Moskau gebunden sind, direkt in Frage. Nicht umsonst übernahm die FNL die gesamten chinesischen Thesen. Wenn die militärischen Konzeptionen (Schaffung einer Volksarmee und Guerillastrategie) diejenigen von Peking sind, verzichtet sie im Gegensatz dazu auf jegliches Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie, selbst in der ersten Phase der nationalen Revolution; sie glaubt, daß das Volksbündnis eine genügend starke Grundlage schaffen würde, um die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft sicherzustellen.

Seit ihrer Machtübernahme setzte der linke Flügel der FNL dieses Programm in die Tat um. Aber durch ihr politisches Überangebot war sie bereits ein Jahr später gezwungen, einen Schritt rückwärts zu machen, da sie die tatsächlichen Verhältnisse des Landes nicht genau gekannt hatte.

Die wichtigste von allen ist die Teilung von Süd-Yemen

- und zwar aus historischen, ökonomischen und sozialstrukturellen Gründen - in zwei vollkommen verschiedene Gebiete: das Hinterland, in dem die Hadrammaout eine besondere Stellung einnimmt, und die Stadt Aden.

Seit der Ankunft der Engländer ist die kommerzielle Bedeutung von Aden so gewachsen, daß es der zweitgrößte Hafen innerhalb des Commonwealth, Umschlagplatz jeglichen Austausches auf der arabischen Halbinsel und einem Teil der östlichen Küste von Afrika geworden ist. Am Vorabend der Unabhängigkeit stammten 75% des Bruttosozialprodukts aus Dienstleistungen, d.h. aus dem Handelsgewerbe und seinen Zweigen, wie Banken, Versicherungen und Hafenverkehr. Die Banken und Versicherungen waren zum Großteil nur Filialen von englischen Gesellschaften, während die großen Handelsbetriebe zu 90% in den Händen der immigrierten Bourgeoisie lagen: Bürgern aus Pakistan, Syrien, Libanon, Italien und Frankreich etc.

#### Die Stammesstruktur

Bereits seit einigen Jahren war der Niedergang des Hafens infolge der Entwicklung eines nationalen Handels in den benachbarten Ländern angegangen worden. Im Juni 1967 wurde der Suez-Kanal geschlossen. Fünf Monate später verließen 40 000 Engländer mit 24 Millionen Pfund Sterling Süd-Yemen, was fast ein Drittel des Bruttosozialprodukts war. Im Juli 1969, mit der Machtübernahme der Linken in der FNL, wurden die Drohungen zur Verstaatlichung präziser. Das Zusammenfallen dieser Faktoren rief einen schwindelerregenden Sturz der Wirtschaft auf dem Dienstleistungssektor hervor, da der Hafenverkehr im selben Jahr um Dreiviertel zurückgegangen war. 24 000 Nord-Yemeniten, etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung, fanden in Aden eine Saisonarbeit. Sie verließen Süd-Yemen endgültig. Darüberhinaus hatte die Wirtschaftskrise eine sehr starke nationale Arbeitslosigkeit geschaffen: 10 000 Angestellte und Arbeiter und 15 000 Hauspersonal verloren ihren Arbeitsplatz. Die Mehrheit der emigrierten Bürger schließlich kehrte in ihr Land zurück, aus dem sie gekommen waren, oder suchten ihr Glück anderswo, nahmen aber den Großteil der Führungskräfte mit. Ebenso erfolgte ein Rücktransfer ihres Kapitals, das sie nicht in den Industriesektor in Süd-Yemen investiert hatten.

Die zwei großen Unternehmen, der Hafen und die Raffinerie, waren von den Engländern gebaut worden. Die Beschäftigung auf dem dritten wichtigen Industriesektor, der Bauwirtschaft, wurde nach dem Abzug der Engländer abgebrochen, was dazu führte, daß die Häuser von ganzen Vierteln in Aden leer standen. Es blieb praktisch nichts mehr übrig, da das Kapital vor allem auf dem Tertiärsektor investiert worden war; es fehlte an Facharbeitern und an Führungskräften; Mineralien waren nicht vorhanden. So befanden sich nur noch etwa 10 000 Arbeiter in Süd-Yemen, der Großteil arbeitete in Aden, der Rest in den wenigen Fisch-Industrien im Hadrammaout oder in Landwirtschaftsbetrieben, die einen Minimalteil der Agrarproduktion verarbeiteten. Auf Grund der Konzentration der Arbeiter und ihrer Organisation, die sich an den englischen Gewerkschaften orientierte, wurde die Gruppe der Arbeiter trotzdem der Motor der nationalen Bewegung, mindestens bis zu

dem Auftreten der FNL. Später, unter der Kontrolle der FLOSJ, spielte sie eine weniger wichtige Rolle, bevor sie wieder aus ideologischen Gründen in den Vordergrund rückte.

Es existierte in Aden also eine doppelte soziale Schichtung. Die eine, die nicht minder wichtig war, erklärte sich aus ihrem kosmopolitischen Charakter und beschränkte sich letzten Endes auf eine Opposition von Einheimischen und Ausländern. Mit der Entwicklung der Stadt aber verschleierte eben dieser Antagonismus plötzlich einen Konflikt, in dem sich eine liberale Bourgeoisie einer neu aufkommenden Arbeiterklasse gegenüber sah.

Im Gegensatz dazu hat sich im Hinterland wenig geändert. Es war sehr arm und lebte in vollständiger Abgeschlossenheit. Das Feudalwesen hatte sich an die Stelle der Stammesmacht gesetzt. Heute zerfällt die auf dem Tribalismus gegründete Gesellschaft infolge der Ersetzung der Fürstenmacht durch die Kollegialmacht, und zwar als verschiedene Konföderationsstaaten errichtet wurden, als die Marktwirtschaft zum Durchbruch kam und die Bevölkerung sich selbsthaft machte. Die 20 000 Beduinen blieben praktisch davon unberührt; sie betrieben ihr Nomadenleben weiterhin an den Ostgrenzen von Süd-Yemen. Das Stammesystem lebte in den Städten zwischen dem Einzelnen und seinem Stamm nur noch in der Form weiter, daß man einer Gemeinschaft angehörte. Dies war insbesondere bei den führenden Schichten der FNL der Fall, die fast alle aus Bauernfamilien stammten und direkte Verbindungen zu ihrem Herkunftsland beibehielten. Sie kamen nach Aden, um ihr Studium dort fortzusetzen, das sie dann oft in den Universitäten der arabischen oder sozialistischen Länder abschlossen. Sie fanden im öffentlichen Sektor keine Anstellung, die ihrer Ausbildung entsprach, besonders, weil die Engländer Beamte systematisch begünstigten, die "heimatlos" und in ihren Universitäten ausgebildet worden waren. Diese Frustration war für viele der Ausgangspunkt für politische Arbeit.

Als am 14. Oktober 1963 ein Aufstand in dem Radfan-Gebirge ausbrach, öffneten sich die ländlichen Gebiete immer mehr nach außen; die Bauern begannen entschlossen die Verbesserung ihres Schicksals zu fordern. Durch die Verbindung ihrer Führer zu einer Reihe von Stämmen verstand es die FNL auf sehr geschickte Weise, diese in eine nationalistische und antienglische Bewegung umzuformen. Sie nutzten gleichzeitig die extreme Strenge der britischen Repression und den Haß gegenüber der Besatzungsmacht aus. Die Verkettung, die immer häufiger werdende Intervention der kolonialen Gruppen, verstärkten den Aufstand noch. Bald darauf nahm der nationalistische Aufstand einen antifeudalen Charakter an; fast die Gesamtheit der Scheiche, der Emire etc. stellten sich auf die Seite der Engländer. Schließlich stützte sich der Kampf zwischen FNL und FLOSJ auf den Gegensatz von Stadt und Land; die Bauern verachteten die liberale Lebensart der städtischen Bourgeoisie, die wiederum ihre Verachtung für die ländlichen Schichten nicht verbarg. Die Bewohner von Aden sprechen heute noch mit Erschrecken von dem Angriff der "Beduinen" auf die arabischen Viertel der Stadt. Beduinen ist für sie ein Synonym für "Wilde".

Am Tag nach der Unabhängigkeit waren die Stammesstrukturen nicht zerstört: sie waren vollkommen vernich-



tet. Im Verlauf des Kampfes hatten die Führer der FNL den Platz der Feudalmacht eingenommen, ohne jedoch in der Lage zu sein, das ganze System von Grund auf umzuwälzen. Diese Entwicklung ist die Ursache für die heutige Form der politischen Macht in Süd-Yemen. Im Laufe der Geschichte hat sich das politische Leben immer mehr auf eine immer kleiner werdende Gruppe von Führern reduziert. In einer wachsenden Isolierung wurden sie im Laufe ihres Aufstiegs zur Macht Gefangene ihres eigenen politischen Erfolges. Sie vergaßen immer mehr die sozio-ökonomischen Realitäten des Landes und den Druck von außen, dem Süd-Yemen ausgesetzt war. Sie setzten also Ziele, die außerhalb der Reichweite geblieben sind.

#### Die Unterschätzung der Rolle der Bauernmassen

Diese Entwicklung läßt die Thesen des Kongresses von Zinjibar in einem neuen Licht erscheinen. Die tatsächlichen Notwendigkeiten führten innerhalb des linken Flügels der FNL zu extremen ideologischen Positionen. Aber man muß sagen, daß sich diese Thesen auf keine grundlegende Analyse der inneren und äußeren Situation stützten und daß sie das Problem der konkreten Mittel nur an der Oberfläche angingen, um die verabschiedeten Resolutionen in die Praxis umzusetzen.

Das Bündis stellt sich dar als eine Koalition aus vier sozialen Schichten (Soldaten, Arbeiter, armen Bauern

und revolutionären Intellektuellen). Die Gruppe der Soldaten gründete sich in ihrer Einheit auf die gemeinsame ländliche Herkunft jedes ihrer Mitglieder. Im Gegensatz dazu bildeten die armen Bauern keine homogene Gruppe, da sie zugleich aus den Landarbeitern, die zum Großteil (ehemalige) Sklaven, heute Lohnempfänger waren, und aus unteren und mittleren Grundbesitzern bestehen. Die Unterschätzung dieser Unterteilung versetzte schwere Schläge, als die Bodenreform in Angriff genommen wurde. Es ist schwierig, die Arbeiter von Aden auf die gleiche Stufe wie die Bauernmassen zu stellen, da ihre politischen und syndikalistischen Organisationspositionen vertraten, die sich grundlegend von denen der FNL unterschieden hatten. Das zahlenmäßige Verhältnis derjenigen, die in kapitalistischen Verhältnissen lebten, zu denen, die noch ein Stammesleben führten, betrug 1 zu 100. Diese Gruppen hatten divergierende Interessen, da die ökonomische Entwicklung im Hinterland die materiellen und sozialen Vorteilen der Arbeiter notgedrungen einschränkte.

Ohne Unterstützung der Arbeiterklasse, die die Nachwirkungen der ökonomischen Krise direkt zu spüren bekam, gingen die Führer der FNL soweit, stillschweigend ihre Isolierung zuzugeben, indem sie der Gruppe der "revolutionären Intellektuellen" den ersten Platz innerhalb der Front einräumten. Sie bekamen den Auftrag, eine entwickelte Gesellschaft mit klar differenzierten sozialen Klassen zu schaffen, deren Widersprüche sich mit der sozialistischen Revolution lösen würden. Tatsächlich spielte die Bauernschaft, die lange vernachlässigt worden war, innerhalb der Front nicht die Rolle, die sie hätte spielen können.

Die Bauern waren zahlenmäßig am stärksten; die ärmsten unter ihnen, die gar nichts mehr zu verlieren hatten, waren bereit, die FNL zu unterstützen. Mangels

hinreichender Mittel, war es in Süd-Yemen nicht möglich, binnen ein paar Jahren den Lebensstandard in den ländlichen Zonen durch die klassische Form von Investition im Rahmen einer liberalen Wirtschaft entscheidend zu verbessern. Dennoch erhoffte man sich von der FNL, wie es ihre Ideologie implizierte, die Entwicklung der Landwirtschaft durch die Mobilisierung der Volksmassen, wie es in China und Nordvietnam der Fall war. Die Partei mußte also die Ziele der Bauern erklären können und ihnen stichhaltig die geplanten Maßnahmen verständlich machen und ihnen einen Rahmen anbieten, innerhalb dessen sie sich organisieren konnten. Dieses setzte eine völlige Änderung der Mentalität voraus, folglich eine Zerstörung der Stammesstrukturen, die die FNL nicht in Realität umsetzen konnte, und zwar deshalb, weil es an einfachen und klaren Perspektiven, an einem politischen Wortschatz, der den Bauernmassen zugänglich war, und an führenden Kräften fehlte, die in enger Verbindung mit den Realitäten des Landes lebten. Die politische Macht stand isoliert an der Spitze der Front und unterhielt über die FNL hinweg ebenso autokratische Beziehungen zu den Bauernmassen. Im Allgemeinen stand die Unterstützung der Bauern für das Regime nicht auf politischer Basis, sondern beruhte darauf, daß der Stamm, dem sie angehörten, in der Zentralmacht vertreten war. Als z.B. fünf ehemalige Mitglieder der Chaabi-Regierung, die wegen eines Komplotts verurteilt worden waren, hingerichtet wurden, erhoben sich deren Stämme gegen das Regime. Dennoch konnte die Umverteilung des Eigentums, die das Regime im Rahmen einer Bodenreform durchführte, die Beseitigung des Wuchers, die Verbesserung des Bewässerungssystems, die Veränderung der Anbaumethoden, die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich steigern. Aber erst im November wurde das Gesetz der Bodenreform verkündet, während die FNL schon aus Mangel an Volksstimmen einen Schritt zurück machen mußte.

Diese Unterbewertung der politischen Rolle der Bauernmassen rührte teilweise aus der von der FNL gewählten Form der ökonomischen Entwicklung her. Auf dem Kongress von Zinjibar hatte der linke Flügel die Notwendigkeit bekräftigt, eine nationale leistungsfähige Wirtschaft im Rahmen einer umfassenden Planung auszubauen. Aber diese Stufe konnte nicht sofort in Angriff genommen werden, da zunächst die alten kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen modifiziert und Fachleute ausgebildet werden mußten, die befähigt waren, die Wirtschaft des Landes zu beobachten mit Hilfe eines zuverlässigen statistischen Apparates.

Dennoch äußerte sich der Kongress nicht zu diesem Vorschlag. Außer der Verstaatlichung, die im übrigen kurzfristig negative Folge gehabt hatte, war das Regime folglich gezwungen, alles auf empirischem Wege zu tun, ohne klare und mittelfristige Perspektiven. Außerdem wollte es alle seine Kräfte auf den Aufbau einer Schwerindustrie konzentrieren, aus der eine zahlenmäßig große Arbeiterklasse erwachsen sollte, die dann die Avantgarde der revolutionären Partei darstellen würde. Die natürlichen Gegebenheiten waren ungünstig, wenn gleich starke Hoffnungen bestehen, daß die Suche des Sonatrach nach Erdöl im Hadrammaout erfolgreich ist. Es fehlten führende Kräfte und Facharbeiter. Der kleine Markt bot nur geringe Möglichkeiten. Das Einkommen

der Arbeiter lag relativ zur übrigen Bevölkerung höher, und erst kürzlich, als die FNL die Führung der Gewerkschaften übernahm, haben diese offiziell zugestimmt, von ihren ständischen Forderungen abzulassen und der Transmissionsriemen zur Vermittlung zwischen Staatsmacht und der Arbeiterklasse zu werden. Es fehlte dauernd an Geld. Der Privatsektor blieb taub auf die Anforderungen hin, mit Staatsgarantie, aber auch unter seiner Führung zu investieren. Die Verstaatlichung hatte für ihn einen ärgerlichen Präzedenzfall geschaffen und die Alleinmacht der Arbeitergewerkschaften in den Unternehmen erschreckte ihn. Da die Führer der FNL die wichtigsten ökonomischen Mechanismen nicht kannten, haben sie sich in eine mechanistische Interpretation des Sozialismus verfangen, ohne ihn auf die realen Verhältnisse von Süd-Yemen anzuwenden. Ebenso wollte die FNL, nachdem sie alle arabischen Regime kritisiert und die Politik des sozialistischen Blocks abgelehnt hatte, aus Süd-Yemen die revolutionäre Basis der arabischen Halbinsel machen. Die Armee hatte, trotz der dauernden Säuberungen gezeigt, daß sie Gegner der politischen Richtung des Regimes bleiben würde. Der Kongress von Zinjibar beschloß daher, eine Volksarmee aufzustellen, die sich aus den Volksmilizen organisieren und die Front militärisch vertreten sollte. Unter Berücksichtigung der geographischen Lage Süd-Yemens und der beträchtlichen Summen, die eine traditionelle Armee kosten würde, übernahm die FNL der ländlichen Guerilla-Strategie. Aber die Milizen blieben im Embryonalstadium stecken. Die Front zögerte, das Volk zu bewaffnen, da die politischen Strukturen nicht hinreichend gefestigt waren, das so seine Waffen gegen das Regime richten konnte. Die Armee stellte daher weiterhin die Verteidigung nach außen und die Ordnung innerhalb des Landes sicher, behielt dadurch sogar eine wirklich politische Autonomie.

#### Isoliert leben?

Um die Regime aller benachbarten Staaten bedrohen zu können, mußte man letztenendes isoliert leben können. Müßte man sich auf einen festen und stabilen Staat stützen und über ein relative ökonomische Unabhängigkeit verfügen. Die Situation im Inneren blieb noch sehr verwirrt, Süd-Yemen war außerstande, ohne ausländische Hilfe wirtschaftlich zu überleben, besonders mit der Entwicklungstaktik, die es eingeschlagen hatte. Seine strategische Lage konnte die Großmächte nicht indifferent lassen, die sich auf direktem Wege durch einen dritten Staat die Kontrolle über das Regime, das an der Macht war, sichern wollten.

Die Engländer hatten nichts anderes gemacht, als daß sie angesichts nationalistischen Drucks, Feudalherren an die Spitze der südarabischen Föderation setzten. Als einige arabische Staaten, besonders Ägypten und Saudi-Arabien die Kontrolle über die Situation mehr und mehr verloren, griffen sie über Vermittler in die Konflikte ein, die die nationalistische Bewegung spalteten. Die Vereinigten Staaten, die die Sicherheit ihrer Erdölvorkommen im Persischen Golf garantieren wollten, unterstützten die emigrierten Führer über die Vermittlung vom Iran und Saudi-Arabien, das selbst darüber hinaus die Seuche eines progressiven Regimes an ihrer südlichen Grenze befürchtete. Allein die FNL blieb ohne Unterstützung von außen.

Am Tag nach der Unabhängigkeit wurde der Bruch mit dem westlichen Lager vollzogen. Die Auseinandersetzungen mit England über die Fortführung der ökonomischen Hilfe schlugen fehl. Das westliche Lager weigerte sich, die Rolle einer alten Kolonialmacht in einem Land zu übernehmen, dessen Politik ihm feindlich gesinnt war. Isoliert von der Mehrzahl der arabischen Länder, deren Hilfe sowieso nur beschränkt hätte sein können, mußte sich Süd-Yemen den sozialistischen Ländern zuwenden, um seine Unabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt zu erhalten.

#### Die Anfangsschwierigkeiten auf internationaler Ebene

Die UdSSR vergaß die ihr gemachten Vorwürfe und füllte die so geschaffene Leere aus, indem sie zum rechten Flügel der Machtpartei direkte Beziehungen aufnahm und somit im Rahmen ihrer Politik im Mittleren Orient hoffte, ein weiteres Druckmittel zu haben. Ihr folgte die DDR, die zum erstenmal in einem arabischen Land eine wichtige politische und ökonomische Rolle spielte.

Nach dem 22. Juni 1969 aber sah die UdSSR mit Unruhe den wachsenden Einfluß der Volksrepublik China. Seit einigen Jahren unterstützte nur China die Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs materiell, die sich nach ihrem Kongreß im Jahre 1968 ganz auf Peking ausgerichtet hatte. Man flüsterte auch, daß der linke Flügel der FNL unterstützt wurde, als er sich nach dem Kongreß von Zinjibar der Widerstandsbewegung wieder angeschlossen hatte. Jedenfalls steht fest, daß die UdSSR eine bestimmte Anzahl von Leistungen, die für Süd-Yemen notwendig waren, mehr und mehr einstellte. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt im Laufe des Sommers 1970. Die Sowjetunion mißbilligte die "abenteuerlichen Orientierungen" des Regimes in der Innenpolitik (u. a. die Verstaatlichung) und in der Außenpolitik (die Ablehnung des Rogers-Plans und die Unterstützung des linken Flügels der palästinensischen Bewegung) und rief seinen Botschafter nach Moskau zurück. Im August 1970 machte der Präsident des Staatsrats, Salem Roboya Ali, eine lange Reise in die Volksrepublik China und kehrte, wie man hörte, sehr beeindruckt von der Wirksamkeit des chinesischen sozialistischen Modells zurück. Gleichzeitig wurde ein wichtiger Vertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet, dessen Wortlaut geheimgehalten wurde. Dennoch weiß man, daß Peking den Vorschlag gemacht hat, daß es einen Teil der Projekte übernehmen will, die die Sowjets aufgegeben hatten, insbesondere den wichtigen Bau der Straße Aden-Mukulla.

Die Folgen des sino-sowjetischen Konfliktes führten zur Spaltung der FNL-Führung. Denn die UdSSR machte für die Wiederaufnahme seiner Unterstützung die Einschränkung des chinesischen Einflusses und den Rücktritt der Führer zur Bedingung, die offen Peking unterstützten. Die UdSSR ging aus dieser Krise siegreich hervor, allerdings nicht ohne ernsthafte Auswirkungen in der Innen- und Außenpolitik.

In derselben Zeit haben sich die Beziehungen zu den arabischen Ländern verschlechtert. Nasser fühlte sich durch die Haltung der süd-yemenitischen Führer beleidigt, die, ohne direkt in den israelisch-arabischen Konflikt verwickelt zu sein, unnachgiebige Positionen bewahrten und

noch dazu äußerst geringe Hilfe leisteten. Die politische Richtung des irakischen Regimes und der Sturz des linken Flügels der syrischen Baath-Partei führten zu Spannungen in den Beziehungen, die zwischen diesen beiden Ländern und Süd-Yemen bestanden. Nasser war schließlich der einzige arabische Staatschef, der über genügend großes Ansehen verfügte, um direktes Eingreifen von Seiten Saudi-Arabiens zu verhindern. Der Tod Nassers ließ dann König Faycal mehr Bewegungsfreiheit. Die westlichen Mächte blieben gegenüber dem ständigen Anwachsen der sowjetischen Präsenz im Süden der arabischen Halbinsel und im Indischen Ozean nicht indifferent. Es steht nicht genau fest, wie im November gemeldet wurde, daß die Sowjets Stützpunkte auf der Insel Sokotra gebaut haben, die ein strategisch wichtiger Punkt für die Erdölbeförderung vom Persischen Golf zum Kap oder zum Suez-Kanal ist. Aber das westliche Lager hoffte die Erdölreichtümer des Golfes zu erhalten, trotz der Auseinandersetzungen im Nahen Osten und zwar mit Hilfe des Bollwerks von Saudi-Arabien. Aber die Revolution von Süd-Yemen schien sich über das Sultanreich von Oman und Mascate auszudehnen, wo die Guerillas im Juli 1970 eine zweite Front errichtet haben. Daher machten England und die USA einen gemeinsamen Versuch, zusammen mit Saudi-Arabien und den Sultanen von Oman und Mascate, das süd-yeminitische Regime niederzuschlagen. Seitdem die konservativen Elemente seit Beginn des nationalistischen Kampfes Zuflucht bei Saudi-Arabien gefunden haben, hat dieses Land die bewaffneten Aktionen, die sich an den Grenzen ihres Gebietes abspielten, zunächst geduldet, dann sogar gefördert. Der Druck der Aristokratie um Faycal wurde immer stärker, bis hin zu einem Versuch eines gewaltigen Angriffs. Im November 1970 drangen 4.000 Kaufleute in das Innere des vierten Gouverneursgebäude ein. Es gelang der Volksarmee, sie, ohne sie von der Front zu vertreiben, in ununterbrochenen Angriffen zu vernichten. Während der Feierlichkeiten zum dritten Unabhängigkeitstages konnte man Material sehen, das bei diesen Interventionen erbeutet worden war: Lastwagen, auf denen "Befreiungsarmee von Hadrammaout" geschrieben war, rückstoßfreie 75 mm Kanonen, leichte Waffen, alle amerikanischer Herkunft. Das Ziel dieses Angriffs war die Teilung Süd-Yemens. Damit sollte ein unabhängiger Staat von Hadrammaout geschaffen und gleichzeitig der einzige hintere Stützpunkt der Guerillas von Dhofar liquidiert werden. Hadrammaout hat immer eine Einheit im Inneren von Süd-Yemen dargestellt, bereits zur Zeit der nationalistischen Kämpfe hatten die Engländer einen vergeblichen Teilungsversuch unternommen. Das ehemalige östliche Schutzgebiet ist wenig bevölkert; durch den Mangel an Rohstoffen leben die Leute von Hadrammaout im Wesentlichen davon, daß sie auswandern, d.h. sie machen einen Handel im Ausland auf, kehren dann, wenn sie alt sind, nach Hause zurück. Daher unterstützen sie keine starke zentralistische Macht, die sie nicht in Frieden läßt. Seit der Unabhängigkeit der benachbarten Länder wanderten sie nach Saudi-Arabien aus. Man schätzt die Zahl der Auswanderer in diesem Land auf 2 - 300.000. Saudi-Arabien hoffte durch diese direkten Verbindungen ihr Ziel zu erreichen.

Gleichzeitig starteten die Truppen des Sultans von Mas-

cate eine Offensive von unerhörtem Ausmaß auf Dhofar. Die Truppen, die von britischen Offizieren geleitet und von Bombern und Hubschraubern von den britischen Stützpunkten Massira und Sallala unterstützt wurden, brachten die Guerillas von Dhofar in eine sehr schwierige Situation, die durch die Aufdeckung eines konterrevolutionären Komplotts in den befreiten Zonen noch schwieriger wurde. Dennoch scheint es der Front gelungen zu sein, diesen Angriff abzuhalten.

Die Ruhe war damit nicht sichergestellt. Saudi-Arabien rüstet so lange nicht ab, solange ein progressives Regime in Aden an der Macht ist, das die Befreiungsbewegungen auf der Halbinsel unterstützt. Kürzlich forderte ein neuer Sender: "die Stimme des freien Yeminiten" die Süd-Yeminiten auf, sich gegen die FNL zu erheben, die Kommunisten und Atheisten seien (die zweite Beschuldigung konnte eine größere Wirkung haben als die erste). Tatsächlich bleibt die strategische Bedeutung Süd-Yemens zu groß und die Stabilität seines Regimes zu unsicher, als daß die Großmächte auf eine Intervention verzichten würden.

#### Ein geteiltes "Vaterland"

"Die Grenzen und die künstliche Teilung, die die beiden Teile der yeminitischen Volksmassen voneinander trennt, die Spaltung zwischen Süd-Yemen und Nord-Yemen, die sich während der britischen Besetzung vollzog, müssen verschwinden, denn das ist eine anormale und widernatürliche Situation. Niemand bezweifelt, daß das yeminitische Volk seine historische Einheit und die Wiedervereinigung seines Gebietes wünscht," erklärte uns am 22.11.1970 Abdul Fattah Ismael, der Generalsekretär der FNL.

Die Wiedervereinigung des "yeminitischen Vaterlandes" bleibt also ein Hauptziel der FNL. Dennoch scheint es, daß die Chancen zur Verwirklichung geringer sind als je. Seit einigen Jahren divergieren die ökonomischen Interessen beider Länder. Durch den Bau des Hafens von Hoddeida ist Aden nicht mehr der einzige Ausgang zum nord-yeminitischen Meer. Nord-Yemen ist zwar ein armes Land, aber immer noch weniger arm als sein Nachbar im Süden, vor allem seitdem sich ein großer Teil der aus Aden emigrierten Kaufleute dort niedergelassen und blühende Geschäfte aufgemacht hatten. Sicher ist, daß sie nicht die Revolution im Norden zulassen, was zur Schließung ihrer Geschäfte führen würde. Die ganze politische Entwicklung des Landes bezeugt das. Die Rückkehr der Emire, der Scheichs, der wichtigen religiösen Führer und das Abkommen mit Saudi-Arabien kennzeichnen einen Sieg des Lagers, gegen das die FNL immer gekämpft hat. Dennoch besteht der Appell zur Wiedervereinigung weiterhin. Die süd-yeminitische Regierung ließ in Sanaa Dienststellen für die Zusammenarbeit einrichten. Aber vieles müßte sich noch ändern, damit die arabische Einheit in diesem Gebiet zustande kommt, wenn auch die Volksmassen diese Idee stark unterstützen.

#### Die entscheidende Etappe: die Verstaatlichung und die Bodenreform

Im Oktober 1969 wurde das Gesetz Nr. 37 verkündet, das niemanden überraschte, vor allem nicht, was die ersten Bestimmungen betraf. Um die ökonomische Unabhängig-

keit vom ausländischen Kapital zu erreichen, wurden verstaatlicht: die Banken und der ganze Geldsektor, der Außenhandel, die Versicherungen, die Betriebe der Erdölproduktion und die Hafenbehörden. Nur die BP-Raffinerie (British Petroleum) war von diesen Maßnahmen ausgenommen; die FNL fürchtete nämlich, daß sie nicht ohne englische Arbeitskräfte funktionieren könnte. Diese Maßnahmen hatten zum Zweck, einen ökonomischen Bereich, der vom Ausland abhängig war, unter staatliche Kontrolle zu stellen, um das Kapital, das für die Entwicklung des Landes notwendig war, zu sichern. Abdul Fattah Ismael sagte dazu: " Die ersten Maßnahmen zur Verstaatlichung im November 1969 ebenso das Bodenreformgesetz, beweisen, daß wir in der Lage sind, die soziale Wirklichkeit unseres Landes zu verändern, und die materielle und technische Basis zu schaffen, die uns schließlich erlauben wird, noch viele grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaft zu verwirklichen."

Aber kurzfristig hat die Verstaatlichung keine Resultate gebracht, wie man sie berechnet hatte. Seit mehreren Monaten arbeiten die Banken und Handelsgeschäfte mit Hilfe von Krediten. Die Verstaatlichung der Banken hat also nur die kleineren Inhabern berührt, die großen Geschäfte hatten ihr Kapital schon seit langem repatriert. Außerdem wurde der Staat durch die Verstaatlichung von bestimmten Unternehmen gezwungen, äußerst hohe Defizite zu übernehmen, um die Kosten für den Verfallstermin zu bestreiten, die die Aktionäre bewußt hatten verstreichen lassen.

Die gemäßigte Opposition, bishin zu den orthodoxen Kommunisten warf der FNL vor, die Verstaatlichung zu früh unternommen zu haben. In Unkenntnis der ökonomischen Probleme und aus Mangel an Fachleuten hatten sie das Huhn geschlachtet, das goldene Eier legt, denn diese Maßnahmen, die zu schwierigen außenpolitischen Faktoren von Süd-Yemen dazukamen, haben den Zusammenbruch des Dienstleistungssektors beschleunigt. Diese Position hatte die Aufrechterhaltung eines Privatsektors gewünscht, bei gleichzeitigem Ausbau des staatlichen Sektors, der sie gezwungen hätte, in diesen zu investieren. Tatsächlich gibt es selten soziale Klassen, die sich widerstandslos in den Selbstmord treiben lassen. Damals, als die FNL in Zinjidar für eine Verstaatlichung gestimmt hatte, war das Risiko groß, daß die Bourgeoisie von Aden, die infolge ihrer ökonomischen Macht stark war, den Versuch unternehmen würde, das Regime schnell zu zerschlagen. Die FNL wollte ihr zuvorkommen.

Der zweite Schritt zur Verwirklichung des Programms von Zinjidar wurde im November 1970 gemacht. Im Laufe von heftigen Demonstrationen eigneten sich arme Bauern aus dem Gebiet von Lahej die Ländereien der reichen Grundbesitzer an. Die sofortige Hilfe der Regierung auf diese Initiative hin, zeigt klar, daß sie dies heimlich unterstützt hatte, um ihre Gegner der Volksbewegung gegenüberzustellen, die die Herrschaft des Privateigentums ändern wollte.

Der Landbesitz war in den verschiedenen Gemeinden mehr und mehr in die Hände der großen Häuptlinge und der Kirchenfürsten gelangt und zwar in dem Maße wie die Stammesstrukturen abgebaut wurden. Schätzungsweise besaßen am Vorabend der Unabhängigkeit diese beiden Gruppen die Hälfte des Landes. Aber wie das

auch im Westen am Ende des Mittelalters geschah, kaufte die Bourgeoisie nach und nach den Feudalherren einen Teil ihres Landes ab, um es ihnen zu ermöglichen, einen zu kostspieligen Lebenswandel zu führen. Die Mehrzahl der Bauern, meistens Pächter oder Landwirte, bebauten das Land unter der Kontrolle eines Verwalters, dem der Grundbesitzer, der meist abwesend war, seine Macht übertragen hatte. Die Steuern waren extrem verschieden, sie reichten vom einem Zehntel bis 3/5 der landwirtschaftlichen Produktion; sie wurden außerdem noch verschärfert durch die Folgen des Wuchers, der in einigen Jahren den Bauern auf Lebenszeit an den Händler in der Stadt binden konnte. Am Tag nach der Unabhängigkeit konfiszierte der Staat alle Güter der Feudalherren und wurde somit der erste Besitzer des Landes von Süd-Yemen. Der Besitz der städtischen Bourgeoisie wurde durch das Gesetz der Bodenreform betroffen, das einige Wochen nach den Demonstrationen verkündet wurde.

Das Gesetz sieht die Konfiszierung ohne Anspruch auf Entschädigung aller Ländereien vor, deren Fläche 20 Douname für den Anbau mit Bewässerung und 40 Douname für den Anbau ohne Bewässerung übersteigt; die Skala variiert entsprechend dem Landbesitz einer mehr oder weniger großen Familie. Die Ländereien wurden von dem

Komitee der armen Bauern neu verteilt, die die Bedürfnisse eines jeden einzelnen abschätzen und die Verteilung auf lokaler Ebene vornahmen. Später will die Regierung die Bauern in selbstverwalteten Kooperativen zusammenfassen, denen der Staat langfristige Darlehen zum Kauf von landwirtschaftlichem Material und zur Erschließung von Land garantiert.

Lahaj weist eine Besonderheit auf. Der Großteil der Felder gehört der städtischen Bourgeoisie und wurde von landwirtschaftlichen Lohnarbeitern bebaut, die ehemalige, erst kürzlich freigelassene Sklaven waren, und die unter besonders schwierigen Bedingungen lebten. Außerdem war diese Region, aus der Salem Rubaya Ali stammte, eine Hochburg des linken Flügels der FNL gewesen, besonders in der Zeit, als er gegen die Regierung Chaabi opponierte. Die Bodenreform verfolgte dort daher ein unmittelbares politisches Ziel: nämlich die Massenbasis des Regimes zu erweitern. Andererseits mußte die Regierung die Bevölkerung auch beschwichtigen, da der Großteil der Besitzfläche nahe an den gesetzlich erlaubten Grenzen lag. Die Bauern verzichteten darauf, verließen ihre Dörfer und suchten Schutz in den Bergen. Daraus folgten neue Unruhen und Eingriffe der Armee. Über diese lokalen Probleme hinaus, schien die Möglichkeit, die durch die Bodenreform gesetzten Ziele zu erreichen, wenig im Einklang mit den bestehenden Verhältnissen zu stehen. Die Eingliederung der Bauern in ein kooperatives System lief Gefahr, in Süd-Yemen die gleichen Schwierigkeiten hervorzurufen wie überall sonst, und, da die Ausbildung nicht ausreichend war, stand die Selbstverwaltung lange Zeit nur auf dem Papier. Aber es war die Bourgeoisie gewesen, die vor allem das Geld hatte, das zur Bebauung der bewässerten Felder nötig war. Es stellte sich das Problem, ob es der Nationalbank möglich sein würde, die Bourgeoisie darin abzulösen.

Der wesentliche Punkt dieser Reform ist es im Augenblick, einen Teil der Reichtümer des Landes neu zu verteilen

und dafür zu sorgen, daß das Geld nicht so wie früher den nationalen Wirtschaftskreislauf verläßt und anderswo investiert wird. Aber erst am Ende eines langfristigen Planes zur Nutzbarmachung des Bodens wird sie (die Reform) die Frage der landwirtschaftlichen Unterentwicklung lösen können.

Am Vorabend des 3. Unabhängigkeitstages war es klar, daß Süd-Yemen, das in eine unhaltbare Lage gedrängt worden war, eine neue Richtung in seiner Politik einschlagen mußte. Das Land konnte ohnehin überleben; es war die Situation in den Städten, die wiederum eine Krise auslöste. Auf dem Wirtschaftssektor wurde ein generelles Sinken der Einkommen von einer jährlichen Inflation von durchschnittlich 25% begleitet. Es hatte einen Lohnstopp gegeben, und die Gehälter im öffentlichen Sektor wurden um 40 - 60% gekürzt. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wuchsen wegen des generellen Sinkens der Tätigkeiten auf dem Tertiärsektor, und, weil die führende Schicht zu unerfahren war, die verstaatlichten Unternehmen funktionsfähig zu erhalten. Die Vorausberechnungen von 1968 setzten das Bruttosozialprodukt für 1970 auf 50 Millionen Pfund Sterling fest, was eine Verminderung um 40% bedeutet in Bezug auf die Jahre vor der Unabhängigkeit. Und nicht einmal diese Zahl wurde erreicht. Das jährliche Prokopfeinkommen war folglich im selben Verhältnis gesunken. Die Massenbasis des Regimes schrumpfte von Tag zu Tag und trotz der immer schärfer werdenden Beaufsichtigung durch die Polizei geschah es nicht selten, daß man in Aden Handwerker oder Angestellte traf, die sich nach der glücklichen Zeit unter der englischen Besatzung sehnten. Das Unbehagen trat klar bei Nassers Tod zum Vorschein: die Führer der FNL nahmen bestürzt an den gewaltigen Massendemonstrationen teil, während sie einige Tage zuvor noch behauptet hatten, daß die Ideologie Nassers keinerlei Einfluß auf das Land hätte.

Auf der Ebene der Institutionen richtete man sich in Süd-Yemen nur provisorisch ein, d.h. die Führer der FNL oder genauer die 7 Führer des Exekutivkomitees und auf lokaler Ebene die Gouverneure der 6 Regionen konzentrierten sowohl die legislative, exekutive wie judikative Macht in ihren Händen. Über die Verfassung, die von zwei Wissenschaftlern der DDR und einem Ägypter ausgearbeitet worden war, war innerhalb der Front viele

der Front viel diskutiert worden. Aber die Inkraftsetzung mußte ein weiteres Mal verschoben werden, da die FNL der Ansicht war, eine zusätzliche Frist nötig zu haben, um die Massen über den Wahlvorgang aufzuklären. Außerhalb des Landes waren die alten Gegner nicht entmachteter. Auf Grund der wachsenden Unterstützung der Länder, die sie aufgenommen hatten, gelang es ihnen, ein Klima der Unsicherheit jenseits der Grenzzone aufrechtzuerhalten.

Das Ende der dreijährigen Alleinherrschaft

In dieser Lage schlugen sich die Folgen des sino-sowjetischen Konflikts in einer neuen Spaltung innerhalb der Front nieder. Abdul Al Khamiri, Kultusminister und Führer des linken Flügels wollte weiterhin die Praxis des Regimes mit seiner Ideologie in Einklang bringen.

Die Gemäßigten dagegen mit dem Innenminister und dem Verteidigungsminister an der Spitze, sahen mit Schrecken, wie nahe Süd-Yemen schon am Abgrund war. Aber abgesehen von diesen innenpolitischen Divergenzen unterschieden sich die beiden politischen Tendenzen in der Entscheidung zwischen der UdSSR und China.

Die UdSSR hatte vor allem vorrangig ökonomische Trümpfe zu verzeichnen. Dadurch, daß die UdSSR sich im Nahen Osten festgesetzt hatte und an Weltereignisse teilhatte, war sie einerseits fähig, ein Minimum an Schutz dem Regime zu gewähren, andererseits es aus seiner Isolierung herauszuführen. Aber vor allem die Unterstützung die sie auf lokaler Ebene hatte, entschied zu ihren Gunsten. Die UdSSR kontrollierte tatsächlich die Armee und die Polizei, deren militärische Ausbildung fest in ihren Händen lag. Sie unterstützte bedingungslos den Erziehungsminister Abdulla Badeeb, der, nachdem er erklärt hatte, daß die Zeit der FNL um sei, und daß die Kommunisten zur Machtübernahme bereit seien, innerhalb der Front stark unterstützt wurde, zumal es ihm gelungen war, den Einfluß seiner kommunistisch-orthodoxen Organisation außerhalb der Stadt Aden auszudehnen.

Die FNL wußte, daß das Regime keine neue Spaltung der Front überleben konnte; so fanden sie für ihre Divergenzen zum ersten Mal eine Lösung und zwar ohne Putsch und ohne gegenseitigen Ausschluß.

Am 30. November 1970 kündete Salem Rubaya Ali eine Erweiterung der nationalen Befreiungsfront an. Die Kommunisten erklärten sich einverstanden, ihre Organisation aufzulösen und sich der FNL anzuschließen. Sie wußte genau, daß sie mit Hilfe der östlichen Länder tatsächlich



binnen kurzer Zeit Führer des Landes sein könnten. Die lokale Sektion der Baath-Partei, die bereits in der Regierung vertreten war, führte Verhandlungen, die mit einem Abkommen über die Zusammenarbeit mit der FNL abschließen sollten. Salem Rubaya Ali ging soweit, daß nun sogar einige aus der Kleinbourgeoisie, ja selbst ehemalige Anhänger der FLOSY Mitglieder der FNL werden konnten, ohne jedoch einen Vertrag zwischen diesen beiden Organisationen abzuschließen. Mitte Januar traf der Verteidigungsminister den Generalsekretär der FLOSY, der ehemalige Premierminister der Bundesregierung war, Abdul Kawui Makkawi. Als die Führer der FNL wenige Monate vorher noch versicherten, daß sich Süd-Yemen in einem nicht umkehrbaren revolutionären Prozeß befinde, - wer hätte da glauben können, daß eben diese Führer nun ein Abkommen mit Politikern abschließen wollten, die sie seit der Entstehung der Front bekämpft hatten. Auf diese Vergrößerung der Einheitspartei wird zwei-

felsohne eine politische Lockerung folgen, was man bereits an einigen Maßnahmen und einigen Erklärungen ablesen kann. Der Austausch von Ministern steht unmittelbar bevor. Die linksgerichteten Kader, die jeglichen Kompromiß mit irgendeiner anderen Organisation ablehnten, werden mehr und mehr von ihren Machtposten abgesetzt. Einige unter ihnen sind in die DDR gegangen und nehmen an einem Seminar für politische Bildung teil. Der Ruf nach Kapitalien wird immer dringender. Die Widersprüche zwischen Süd-Yemen und den progressiven arabischen Ländern stehen an zweiter Stelle; das wichtigste ist der Zusammenschluß gegen den gemeinsamen Feind: den Imperialismus. Die El-Fath eröffnete vor kurzem ein Büro in Aden wo bis dahin nur die F.P.L.P. und die F.P.D.L.P. vertreten waren.

leicht gekürzt

Übersetzung aus "Le Monde Diplomatique"

Februar 1971

(René Léfort)

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES  
BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND

1917 - 21



Foto des Robert Marx vom Mandelstam  
Fotograf von Maxime Strowski  
DM 15

6.- Rosa Luxemburg



Einführung in die  
Nationalökonomie

# TRIKONT

## JUDENFRAGE & KAPITALISMUS ABRAHAM LÉON

Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel / Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas

Grundlagen für ein wissenschaftliches Studium der jüdischen Geschichte/Die Beziehungen der Juden zu den anderen Klassen der Gesellschaft/Niedergang des Kapitalismus und die jüdische Frage im 20. Jahrhundert/Weg zur Losur der jüdischen Frage  
Neuerscheinung Frühjahr 1971, 142 Seiten, DM 7.80

## SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 20 SOWJETUNION UND CHINA: ZWEI WEGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

E. S. Varga: "Testament"  
Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse  
Charles Bettelheim  
China und die SU: Zwei Wege der Industrialisierung  
Marcelo Mazon  
Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution  
Die Produktionsverhältnisse in der SU/Industrialisierung und Bürokratisierung/Die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Übergangsphase  
Aufbau des Sozialismus und bürokratische Arbeitsteilung/China: Rolle der Partei in der Diktatur des Proletariats/Kontrolle der Massen über Lebens- und Arbeitsbedingungen/Initiative der Massen in der Entwicklung der Produktivkräfte  
116 Seiten, DM 8.40

## SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21 ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN? WIELAND ESCHENHAGEN

Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie /  
Erfahrungen in Bremen  
Ausländische Kämpfe und sozialistische Strategie in der gegenwärtigen Phase  
in der BRD / Opposition und Bürokratie an der Klackner-Hütte Bremen / Inner-  
gewerkschaftliche Auseinandersetzungen und ökonomischer Konflikt / Kluft  
zwischen Basis und Apparat / Zur Funktion der unterbetrieblichen Vertretungs-  
organe / Chancen und Grenzen der Gewerkschaftsopposition  
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 170 Seiten, ca. DM 9.00

## SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22 MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf / Ökonomischer Fortschritt /  
industrielle und landwirtschaftliche Revolutionierung des Alltagslebens / Proletarische  
Verwaltungssysteme und Fabriken / Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der  
Industrie / Die neue Stellung der Frau / Leben in den Landkommunen / Revolu-  
tionierung der Kultur / Verhältnis von Partei und Massen  
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 175 Seiten, ca. DM 8.50

TRIKONT-Verlagskooperative 3 München 80  
Josephsburgstr. 16

# Zur Entstehung des Zionismus

## EINLEITUNG

Um die Kontinuität der Bindung der Juden an Palästina zu zeigen, beriefen sich die Zionisten auf die 2000 jährige Zionssehnsucht der Juden. Diese findet in Gebet und Liturgie des Judentums mannigfachen Ausdruck. Die Dauerhaftigkeit der Jahrtausende währenden religiös-emotionalen Bindungen der Juden an Palästina ist jedoch nicht unabhängig von der sozialen Situation zu sehen. So z.B. geht die kleine jüdische Reformbewegung, die verwurzelt war in den ökonomisch aufsteigenden und sich assimilierenden Schichten der jüdischen Gemeinden und bemüht war, die rechtliche und gesellschaftliche Emanzipation der Juden voranzutreiben, in der 2. Hälfte des 19. Jh. an die Ausmerzungen der auf Palästina bezugnehmenden Passagen der Liturgie.

Von einigen vom orthodoxen Judentum verfolgten Ausenseitern wie Sabbatay Zwi (geb. 1626) abgesehen, versuchte niemand während nahezu 2000 Jahren eine jüdischen Massenauswanderung nach Palästina zu propagieren. Erst um die Jahrhundertwende entstanden die Voraussetzungen hierzu, und wurde der die säkulare Organisation massenhafter Auswanderung hemmende Standpunkt der Religion, erst der Messias werde die Juden nach Zion zurückführen, umgeworfen.

Als wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung nationalistischer Ideologien zionistischer, territorialistischer und autonomistischer Prägung unter den Juden sind zu nennen:

1. die Existenz einer großen, nicht assimilierten jüdischen Gemeinschaft in Rußland, die sprachlich, kulturell, religiös, sozial und sogar geographisch von den anderen ethnischen Gruppen klar unterschieden war,
2. die niederdrückende soziale und rechtliche Lage der Juden in Rußland,
3. Die Ausbreitung des kleinbürgerlich-radikalen und akademisch-nationalistischen Antisemitismus in Westeuropa,
4. die nationalen Bewegungen der von Österreich-Ungarn und dem Zarenreich unterdrückten Völker und Minoritäten
5. die imperialistische Expansionspolitik der großen Mächte.

Wesentliche Bedingungen für den Erfolg des Zionismus liegen in seiner von Anfang an bestehenden Verbindung mit den kolonialen und imperialistischen Interessen der Großmächte, im Scheitern der proletarischen revolutionären Bewegung in Westeuropa und im faschistischen Antisemitismus. Die Verfolgung und Ausrottung der europäischen Juden durch die Nazis bildeten den Hauptfaktor im Fortschritt der jüdischen Immigration nach Palästina und in der schließlichen Staatsgründung Israels; jedoch waren die westeuropäischen Juden der zionistischen Ideologie selbst kaum zugänglich, sondern wanderten unter dem Einfluß objektiver Zwänge nach Palästina aus.

Der kleinbürgerlich-radikale und bildungsbürgerliche Antisemitismus der Jahrhundertwende hatte in Deutschland keine breiten zionistischen Strömungen unter der

jüdischen Bevölkerung hervorgerufen. Der Vormarsch des Faschismus veranlaßte nur einen geringen Teil der deutschen Juden zur Auswanderung nach Palästina der größere Teil harpte auf bessere Zeiten in Deutschland selbst. Diejenigen, denen später die Flucht gelang, und die, denen als displaced persons die Rückkehr in ihr Herkunftsland oder der Neubeginn dort unmöglich war, wandten sich zum großen Teil nur infolge der, sich in gesetzlicher Beschränkung der Einwanderungsquoten niederschlagenden, feindlichen Flüchtlingspolitik des sogenannten zivilisierten Europas und Amerikas nach Palästina und zu den zionistischen Organisationen, die den Flüchtenden und Geretteten Hilfe und, zwar oft nur illegal erreichbare, Aufnahme in Palästina boten. Das Schicksal der über 900 jüdischen Emigranten, die 1939 an Bord der St. Louis Zuflucht in Kuba, mehreren lateinamerikanischen Ländern und den USA suchten, dort abgewiesen und schließlich auf England, Holland, Belgien und Frankreich verteilt und in ihrer Mehrzahl von den Nazis gefaßt und vernichtet wurden, ist beispielhaft für zahllose auf Schiffen, Schornern, Fischkuttern und ausgedienten Frachtdampfern herumirrende jüdische Flüchtlinge. Die illegale Einwanderung nach Palästina war allerdings ebenso wie die in andere von den Nazis nicht beherrschte Länder mit schweren Menschenverlusten verbunden, vor allem infolge der Anweisung der im Konflikt mit dem arabischen Nationalismus stehenden englischen Mandatsregierung, Schiffe und Passagiere, die versuchten, illegal nach Palästina zu gelangen, dorthin zurückzuschicken, wo sie hergekommen waren, und bei Nichtbefolgung der Anweisungen mit Waffen gegen sie vorzugehen.

Die Relevanz der Problematik der sozialen Lage der Juden im zaristischen Rußland und in ganz Osteuropa für die Entwicklung der zionistischen Ideologie springt allein schon in die Augen, wenn man die Statistik der jüdischen Auswanderung heranzieht. Die jährliche jüdische Auswanderung liegt zwischen 1830 und 1870 bei 4-5000 Emigranten, zwischen 1871 und 1880 bei 6-10000 und steigt zwischen 1881 und 1900 auf 50-60000 und zwischen 1901 und 1914 auf 150000 und 160000 Emigranten. Zwischen 1880 und 1929 wandern ungefähr 4 Millionen Juden aus Osteuropa aus. 45000 russische Juden ziehen nach Palästina, die gleiche Anzahl emigrierte nach Südafrika. Während sich der Hauptstrom der jüdischen Emigranten nach Amerika wandte, das 3 250000 Einwanderer aufnahm, gingen nach Palästina im gleichen Zeitraum (1880-1929) nur 120000 Juden.

Die Ende des 19. Jh. sich stark verschlechternde soziale und wirtschaftliche Lage der russischen Juden ist für die Ausbildung des Zionismus von entscheidender Bedeutung, insofern sie ein elementares Bedürfnis nach Veränderung der Lage unter den jüdischen Massen schuf die aber, wie sich zeigen wird, zum größten Teil nicht im Kampf für den Sozialismus in ihren Heimatländern die Lösung der Judenfrage sehen konnten. Jedoch ist zu beachten, daß der Verelendungsprozeß der osteuropäischen Juden zwar an der Wurzel des Zionismus steht, aber nur einen kleinen Teil der jüdischen Massen

Der Hofprediger Stöcker erfand 1879 die Rede von der verderblichen Beherrschung von Bank, Handel, Presse durch die Juden und forderte die Aufhebung des Mißverhältnisses zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit, eine Formel, die der nationalsozialistischen Unterscheidung von schädlichem parasitärem jüdischem Leihkapital und arischen, segenspendendem Produktionskapital nicht fernliegt. Die Antisemitenpetition von Förster (1880) forderte die Einschränkung oder Verhinderung der jüdischen Einwanderer und die Ausschliessung der Juden von allen obrigkeitlichen Stellungen. Bei Treitschke, dem Repräsentanten des antisemitischen Bildungsbürgertums, findet sich die Rede von der "Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge aus der unerschöpflichen polnischen Wiege" und von Juden, die nichts seien als deutschredende Orientalen und der Satz "die Juden sind unser Unglück". Der Faschismus vollendete im Augenblick, als die kapitalistische Klassenherrschaft ernsthaft gefährdet war, die Kristallisation antisemitischer und anti-kapitalistischer Tendenzen des Kleinbürgertums im rassistischen Mythos vom jüdischen Parasiten und Untermenschen.

#### DIE HALTUNG DER IN ASSIMILATION BEGRIFFENEN JÜDISCHEN BOURGEOISIE WESTEUROPAS GEGENÜBER JUDENPROBLEM UND ZIONISMUS

Die jüdische Bourgeoisie war auf zweifache Weise von den die osteuropäischen jüdischen Massen bedrängenden Vorgängen bedroht:

1. Die pauperisierten ostjüdischen Emigranten wurden zum Katalysator antisemitischer Strömungen in den westlichen Ländern.
2. Die Entwicklung eines jüdischen Nationalismus unter den Ostjuden stellte ein Hemmnis dar auf dem Weg zur vollständigen Assimilation. Daraus ergab sich das Bemühen vor allem der jüdischen Großbourgeoisie, die Emigration der Ostjuden in möglichst von Westeuropa entfernt gelegene

Gebiete zu lenken und die massenhafte von nationalen und politischen Zielen bestimmte Ansiedlung von Juden zu verhindern. Dem Kolonisationsprojekt des Baron von Hirsch (1891), der zur Unterstützung der Ansiedlung von Juden in Argentinien die "Jewish Colonisation Agency (ICA)" gründete, lag daher folgendes Prinzip zugrunde: "Keine Konzentration von kompakten jüdischen Massen, die zur Schaffung einer autonomen jüdischen Siedlung führen könnten, sondern zerstreute Gruppen, vereinzelte jüdische Kolonien, weit verstreut über die riesige Ausdehnung des Landes." (6)

Die ICA sagte der zionistischen Organisation für das im Jahre 1903 erwogene Projekt, Uganda als vorläufiges Siedlungsgebiet zu erwerben, nur insoweit Hilfe zu, als dieses Projekt einen ausschließlich philanthropischen und nicht politischen Charakter besäße. Die gleiche antizionistische, apolitische Tendenz findet sich bei Baron Rothschild, der für die zionistische Sache erst nach der Balfour-Deklaration, die den Beschluß der britischen Regierung (1917) festhielt, sich für "die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" einzusetzen, gewonnen wurde. Die Gleichgültigkeit der Rothschild'schen Administration der frühen jüdischen Ackerbaukolonien in Palästina gegenüber den nationalen Idealen der Siedler und ihre grobe Ausbeutung führten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Verwaltern und Siedlern. Ben-Adir beschreibt die abweisende Haltung der westeuropäischen jüdischen Bourgeoisie gegenüber dem Zionismus folgendermaßen: "Der größte

Teil der jüdischen Mittelklassen und der Intelligenz rührte sich nicht. Trotz des Anwachsens des Antisemitismus gab es noch genügend Aussichten für sie in der Diaspora, und sie waren nicht bereit, diese Möglichkeiten für die Enge und die Beschränkungen des Gelobten Landes aufzugeben. Das Erwachen nationaler Träume hinderte die Tendenz zur Assimilation, die ihres Herzens Wunsch war." (7)

#### DIE SOZIALE ENTWICKLUNG DER RUSSISCHEN JUDEN

Lenin bezeichnete das russische Judentum als Kaste. Damit meinte er wohl seine doppelte Determiniertheit durch soziale und nationale Abgrenzung, die A.Léon in der Formel "peuple-classe" ausdrückt. Der kastenmäßigen Absonderung stellte Lenin die Assimilation der Juden der "zivilisierten Welt" entgegen, als fortschrittliche Tendenz des reifen Kapitalismus zur "Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt." (8)

Die polnischen und russischen Juden stellten jahrhundertlang nicht nur eine Minorität mit nationalen Merkmalen, eigener Sprache, Religion, Kultur dar, sondern wiesen eine besondere soziale Struktur auf, die eben zur Perpetuierung der nationalen Absonderung beitrug.

Der Verfall des Feudalismus zersetzte diese besondere Struktur zwar, hob jedoch die Anomalie der jüdischen Sozialstruktur nicht auf, die jüdische Bevölkerung sowohl als Ganzes betrachtet, als auch ihre unteren Schichten für sich genommen. Mit diesen führe Lage konstitutiven nationalen und sozioökonomischen Besonderheiten stehen in Wechselwirkung die antijüdischen Ausnahmegesetze und die Judenverfolgungen des Zarenreichs.

#### Die Entwicklung der jüdischen Sozialstruktur in Russland

Die von den aufsteigenden kapitalistischen Schichten Westeuropas aus ihren Positionen in Wucher und Handel verdrängten Juden siedelten sich zum grossen Teil in weniger entwickelten Gegenden Osteuropas an, wo sie wie die dort schon lange ansässigen Juden innerhalb der noch intakten feudalen Naturalwirtschaft tauschwirtschaftliche Funktionen erfüllten: als Händler, Wucherer, Steuerpächter, Schankwirte, Vermittler zwischen Gutsbesitzern und leibeigenen Bauern, Intendanten der Gutsherrn. Mit dem Zerfall des Feudalismus in Polen und Russland werden die Juden im 17. und 18. Jh. den offenen Verfolgungen der im Juden den Gutsherrn und Wucherer hassenden Bauern ausgesetzt und allmählich ihrer herkömmlichen Existenzmittel in der Mittlerstellung zwischen Tausch- und Naturalwirtschaft und zwischen Feudalherren und Bauern beraubt. Hand in Hand mit der sich aus der prekären Lage der Juden, der "Depossidierung der bisherigen jüdischen Wirtschaftsfunktion" (9), ergebenden Emigrationswelle gehen Versuche des Staates und der jüdischen Bevölkerung selbst, die abnorme soziale Zusammensetzung der Juden zu ändern. Im Jahre 1804 stellt eine russische Verordnung über die Juden die Landpacht, Schnapsbrennerei und Schnapsverkauf als Ursache zur Verelendung der Bauern, als Mittel zu ihrer Aussaugung fest. Die Niederlassung der Juden im Handwerk wird gefördert. Die Volkszählung von 1818 ergibt für sie folgende Berufsstruktur: In der Ukraine sind 86,5 % der Juden als Händler, 12,1 % als Handwerker, 1,4 % als Bau-



ern tätig; in Litauen und Weissrussland 86,6 % als Händler, 10,8 % als Handwerker und 2,6 % als Bauern (10). Die Entstehung und Ausweitung eines inneren Marktes für Produktionsmittel und Konsumgüter, das Anwachsen der proletarischen Massen in den Städten und damit die Ausdehnung der Konsumgüternachfrage ermöglicht den jüdischen Massen die Integrierung in Handwerk und Konsumgüter produzierende Kleinindustrien einerseits, den Aufstieg eines kleinen Teils der Juden in Industrie-, Finanz- und Handelsbourgeoisie andererseits. Eine begrenzte soziale Differenzierung deutet sich in der Statistik der Volkszählung von 1897 über die jüdische Erwerbstätigkeit im Ansiedlungsrayon an: In der Landwirtschaft waren 2,5 % der Juden tätig, während von der gesamten Bevölkerung 53 % dort arbeiteten; in Industrie und Gewerbe waren 36,2 % der Juden tätig bei 14,6 % der Gesamtbevölkerung; im Handel arbeiteten 34,6 % der Juden, bei 7,4 % der Gesamtbevölkerung. (11)

Immer noch finden 3/4 aller russischen Juden ihren Unterhalt in Handel und Gewerbe, d.h. als Unternehmer, Händler, Krämer, Schankwirte, Klein- und Kleinsthandwerker, Trödler, Makler, Wucherer, Hausierer, handwerkliche und industrielle Lohnarbeiter. "Die ostjüdische Wirtschaftsgesellschaft stellt sich dar als Handels- und Handwerks-gesellschaft." (12)

#### Die soziale Struktur der jüdischen Unterschichten

Während die sich entwickelnde Produktionsmittel- und Schwerindustrie von Anfang an kapitalistische Großindustrie ist, vollzieht sich die Konsumgüterproduktion weiter im Rahmen kleiner und handwerklicher Betriebe und in Heimindustrie. Die Konkurrenz der in die Städte strömenden Bauern einerseits und der in den Übergang zur Fabrikproduktion leicht sich einfügenden nichtjüdischen Handwerker wie Schlosser, Schmiede, Weber andererseits verschliesst den vor allem als Schneider tätigen jüdischen Handwerkern und den proletarisierten jüdischen Massen den Zugang zur mechanisierten Fabrikindustrie. Sie werden in die Konsumgüter herstellende Kleinindustrie (Tabak-, Zündhölzer-, Leder- und Bekleidungsindustrie), in die handwerklichen Ateliers und Heimindustrien gedrängt.

Das Gleiche gilt für das jüdische mittlere und Kleinkapital, das entweder im Warenhandel oder im Finanzwesen und in der Industrie fast ausschließlich in der Erzeugung von Konsumgütern tätig ist; und "infolge der Wirkung der nationalen Konkurrenz unter den sich proletarisierenden, arbeitssuchenden Massen, findet die jüdische Arbeitskraft fast durchweg beim mittleren jüdischen Kapital Verwendung". (13)

Die Konzentration der jüdischen Arbeiter in Handwerk und Kleinindustrie zeigt eine Statistik, die sich auf Polen im Jahre 1931 bezieht: 82 % der jüdischen Arbeiter sind in kleinen handwerklichen Unternehmen beschäftigt, während 37 % der nichtjüdischen in solchen Betrieben tätig sind; auf die mittlere Industrie entfallen 15 % der jüdischen Arbeiter bei 20 % der nichtjüdischen Arbeiter; auf die Schwerindustrie entfallen nur 3 % der jüdischen Arbeiter bei 42 % der nichtjüdischen. (14)

Ungefähr 80 % der jüdischen Arbeiter Osteuropas arbeiten in Kleider, Schuhe, Möbel herstellenden Handwerksateliers und nicht in Fabriken. Ber Borochof schreibt in "Die Grundlagen des Poale-Zionismus": "... die nichtjüdischen Konkurrenten aus der Landbevölkerung ... haben den jüdischen

Arbeitern vieles voraus: feste Muskeln, geringere Lohnansprüche und die Fähigkeit, mit kleineren Verdiensten ihr Auslangen zu finden." (15)

Andere, subjektive Gründe für das geringe Eindringen von Juden in die Fabrikindustrie liegen wohl in der Schwierigkeit, dort sozial aufzusteigen, dem Wunsch, die Sabbatruhe zu halten, der Aversion gegen mechanisierte Arbeit. Der erste durch die Auflösung des Feudalismus bedingte Prozeß der Integration der Juden in die handwerklichen Zweige des aufsteigenden Kapitalismus wird jedoch durchkreuzt durch einen zweiten Prozeß: Die Verdrängung der handwerklichen Produktion durch die mechanisierte Produktion im Konsumgüterbereich, des jüdischen Arbeiters und Kleinunternehmers durch die Maschine. Die Entwicklung der Technik, die Vernichtung des handwerklichen Ateliers durch die Fabrik verschärft das soziale Elend der jüdischen Massen, macht das jüdische Handwerk zum "Massenelendshandwerk". Die durchschnittliche jährliche Auswanderung der Juden steigt von 7000 im Zeitraum 1830-1880 auf 1881 auf 50 bis 60000, und ab 1901 bis 1914 auf 150 bis 160000. (16).

Die sozialistische Bewegung fand im Elend der jüdischen Massen einen günstigen Nährboden; der doppelte "Deposierungsprozeß" der jüdischen Gesellschaft durch den Niedergang des Feudalismus und den sich entwickelnden Kapitalismus, - ein Prozeß, der von ihr als nationales Schicksal aufgefaßt wurde -, die vorwiegend kleinbürgerliche Struktur der jüdischen Unterklasse und der halbproletarischen Elemente boten jedoch die Grundlage für nationalistische, dem proletarischen Bewußtsein zuwiderlaufende Strömungen. Die Programme sämtlicher sozialistischer jüdischer Parteien, des "Bund", der "Poale-Zion", der territorialistischen "Zionisten-Sozialisten" und der autonomistischen "jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei", enthielten nationale Zielsetzungen, die von national-kultureller Autonomie bis zur Forderung eines zionistischen Palästina reichten.

#### Die gesetzliche Absonderung der Juden

Die Ausnahme-gesetze gegen die Juden spiegeln den Zerfall des Feudalismus und die sich in Krisen, tödlicher Konkurrenz und Arbeitslosigkeit ausdrückende Fäulnis des aufsteigenden Kapitalismus wider. Sie stellen ein "System der legalen Judenverfolgungen", einen "geräuschlosen Pogrom" (17) dar und sind insofern Ausfluß der Schwierigkeiten der von Konkurrenz und Kapitalismus bedrohten autochthonen Bevölkerung, vor allem der Kleinbourgeoisie und der Bauern, deren Hass das zaristische Regime, seine lokalen Instanzen und die großen Kapitalisten auf die Juden ablenken.

Unter Alexander II. war die seit 1791 bestehende Beschränkung des Wohnrechts und der Freizügigkeit der Juden auf der sogenannten Ansiedlungsrayon - 15 Gouvernements des westlichen und südwestlichen Russland und Kongresspolens für Kaufleute und Handwerker gelockert worden. Alexander III. (1881-94) machte diese Erleichterungen rückgängig und engte die Juden systematisch geographisch und in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ein. Ankauf von Land durch Juden, neue Bestätigung von Pachtverträgen, die Ansiedlung der Juden auf dem Land ausserhalb der Gross- und Kleinstädte wurden verboten, und damit die Juden von der Landwirtschaft ausgeschlossen. Der industriellen Betätigung des jüdischen Kapitals und den Ansätzen einer Produktivierung der jüdischen Arbeit wurde damit ebenfalls eine gesetzliche Schranke entgegengestellt, denn 57 % aller russischen Fab-

# Zur Entstehung des Zionismus

## I. EINLEITUNG

Um die Kontinuität der Bindung der Juden an Palästina zu zeigen, beriefen sich die Zionisten auf die 2000 jährige Zionssehnsucht der Juden. Diese findet in Gebet und Liturgie des Judentums mannigfachen Ausdruck. Die Dauerhaftigkeit der Jahrtausende währenden religiös-emotionalen Bindungen der Juden an Palästina ist jedoch nicht unabhängig von der sozialen Situation zu sehen. So z.B. geht die kleine jüdische Reformbewegung, die verwurzelt war in den ökonomisch aufsteigenden und sich assimilierenden Schichten der jüdischen Gemeinden und bemüht war, die rechtliche und gesellschaftliche Emanzipation der Juden voranzutreiben, in der 2. Hälfte des 19. Jh. an die Ausmerzungen der auf Palästina bezugnehmenden Passagen der Liturgie.

Von einigen vom orthodoxen Judentum verfolgten Aussenseitern wie Sabbatay Zwi (geb. 1626) abgesehen, versuchte niemand während nahezu 2000 Jahren eine jüdischen Massenauswanderung nach Palästina zu propagieren. Erst um die Jahrhundertwende entstanden die Voraussetzungen hierzu, und wurde der die säkulare Organisation massenhafter Auswanderung hemmende Standpunkt der Religion, erst der Messias werde die Juden nach Zion zurückführen, umgeworfen.

Als wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung nationalistischer Ideologien zionistischer, territorialistischer und autonomistischer Prägung unter den Juden sind zu nennen:

1. die Existenz einer großen, nicht assimilierten jüdischen Gemeinschaft in Rußland, die sprachlich, kulturell, religiös, sozial und sogar geographisch von den anderen ethnischen Gruppen klar unterschieden war,
2. die niederdrückende soziale und rechtliche Lage der Juden in Rußland,
3. Die Ausbreitung des kleinbürgerlich-radikalen und akademisch-nationalistischen Antisemitismus in Westeuropa,
4. die nationalen Bewegungen der von Österreich-Ungarn und dem Zarenreich unterdrückten Völker und Minoritäten
5. die imperialistische Expansionspolitik der großen Mächte.

Wesentliche Bedingungen für den Erfolg des Zionismus liegen in seiner von Anfang an bestehenden Verbindung mit den kolonialen und imperialistischen Interessen der Großmächte, im Scheitern der proletarischen revolutionären Bewegung in Westeuropa und im faschistischen Antisemitismus. Die Verfolgung und Ausrottung der europäischen Juden durch die Nazis bildeten den Hauptfaktor im Fortschritt der jüdischen Immigration nach Palästina und in der schließlichen Staatsgründung Israels; jedoch waren die westeuropäischen Juden der zionistischen Ideologie selbst kaum zugänglich, sondern wanderten unter dem Einfluß objektiver Zwänge nach Palästina aus.

Der kleinbürgerlich-radikale und bildungsbürgerliche Antisemitismus der Jahrhundertwende hatte in Deutschland keine breiten zionistischen Strömungen unter der

jüdischen Bevölkerung hervorgerufen. Der Vormarsch des Faschismus veranlaßte nur einen geringen Teil der deutschen Juden zur Auswanderung nach Palästina der größere Teil harpte auf bessere Zeiten in Deutschland selbst. Diejenigen, denen später die Flucht gelang, und die, denen als displaced persons die Rückkehr in ihr Herkunftsland oder der Neubeginn dort unmöglich war, wandten sich zum großen Teil nur infolge der, sich in gesetzlicher Beschränkung der Einwanderungsquoten niederschlagenden, feindlichen Flüchtlingspolitik des sogenannten zivilisierten Europas und Amerikas nach Palästina und zu den zionistischen Organisationen, die den Flüchtenden und Geretteten Hilfe und, zwar oft nur illegal erreichbare, Aufnahme in Palästina boten. Das Schicksal der über 900 jüdischen Emigranten, die 1939 an Bord der St. Louis Zuflucht in Kuba, mehreren lateinamerikanischen Ländern und den USA suchten, dort abgewiesen und schließlich auf England, Holland, Belgien und Frankreich verteilt und in ihrer Mehrzahl von den Nazis gefaßt und vernichtet wurden, ist beispielhaft für zahllose auf Schiffen, Schornern, Fischkuttern und ausgedienten Frachtdampfern herumirrende jüdische Flüchtlinge. Die illegale Einwanderung nach Palästina war allerdings ebenso wie die in andere von den Nazis nicht beherrschte Länder mit schweren Menschenverlusten verbunden, vor allem infolge der Anweisung der im Konflikt mit dem arabischen Nationalismus stehenden englischen Mandatsregierung, Schiffe und Passagiere, die versuchten, illegal nach Palästina zu gelangen, dorthin zurückzuschicken, wo sie hergekommen waren, und bei Nichtbefolgung der Anweisungen mit Waffen gegen sie vorzugehen.

Die Relevanz der Problematik der sozialen Lage der Juden im zaristischen Rußland und in ganz Osteuropa für die Entwicklung der zionistischen Ideologie springt allein schon in die Augen, wenn man die Statistik der jüdischen Auswanderung heranzieht. Die jährliche jüdische Auswanderung liegt zwischen 1830 und 1870 bei 4-5000 Emigranten, zwischen 1871 und 1880 bei 8-10000 und steigt zwischen 1881 und 1900 auf 50-60000 und zwischen 1901 und 1914 auf 150000 und 160000 Emigranten. Zwischen 1880 und 1929 wandern ungefähr 4 Millionen Juden aus Osteuropa aus. 45000 russische Juden ziehen nach Palästina, die gleiche Anzahl emigrierte nach Südafrika. Während sich der Hauptstrom der jüdischen Emigranten nach Amerika wandte, das 3 250000 Einwanderer aufnahm, gingen nach Palästina im gleichen Zeitraum (1880-1929) nur 120000 Juden.

Die Erde des 19. Jh. sich stark verschlechternde soziale und wirtschaftliche Lage der russischen Juden ist für die Ausbildung des Zionismus von entscheidender Bedeutung, insofern sie ein elementares Bedürfnis nach Veränderung der Lage unter den jüdischen Massen schuf die aber, wie sich zeigen wird, zum größten Teil nicht im Kampf für den Sozialismus in ihren Heimatländern die Lösung der Judenfrage sehen konnten. Jedoch ist zu beachten, daß der Verelendungsprozeß der osteuropäischen Juden zwar an der Wurzel des Zionismus steht, aber nur einen kleinen Teil der jüdischen Massen

auf den Weg des Zionismus führte.

## II. DIE ENTWICKLUNG DER LAGE DER JUDEN IN WESTEUROPA BIS ZUR ENTSTEHUNG DES ZIONISMUS

Die Juden hatten an der herrschenden Wirtschaftsverfassung des Mittelalters keinen Anteil. Die feudalistische Gesellschaftsordnung des Mittelalters war auf der Grundlage der alten genossenschaftlichen Verbände entstanden, die aus den auf Blutsverwandtschaft beruhenden Sippschaften hervorgegangen waren, denen der, eine fremde Wirtschaftsverfassung verkörpernde Jude nicht angehören konnte. Die Feudalgesellschaft produzierte hauptsächlich Gebrauchswerte und nicht Tauschwerte, d.h. sie produzierte für den eigenen Bedarf, nicht für den Verkauf. Nur gelegentliche Überschüsse des Ertrages waren dem Austausch gegen Luxusartikel, vor allem aus dem Orient, bestimmt. Schon im Römischen Reich und während seiner Verfallszeit war die Mehrzahl der Juden im Handel tätig. Nach seinem Ende nahm ihr Aufstieg im Handel zu, und im Mittelalter waren sie die hauptsächlichsten Vermittler zwischen Orient und Okzident, die Repräsentanten von Warenzirkulation und Zirkulation des Geldkapitals in einer Naturalwirtschaft. Sie vor allem genügten dem in der feudalen Naturalwirtschaft rudimentär vorhandenem Bedürfnis nach Tausch und nach Erwerb von Luxusgütern, die zum Attribut der Herrschenden feudalen Klasse wurden. Sobald die Erträge des Feudalherren den aufwendigen Lebenswandel nicht mehr erlaubten, übernahm der jüdische Händler häufig auch die Funktion des Geldleihers. Aber nicht nur der reiche Feudalherr fand Zugang zum Geldleiher, sondern auch der König, der ein Heer zusammenstellen mußte und der Bauer, der seine Abgaben nicht zahlen konnte.

Wir sehen, die Juden, in ihrer Rolle von Händlern und Geldleihern, waren in der feudalen Naturalwirtschaft unentbehrlich. Die Ausweitung des Handels verdrängte jedoch die reine Naturalwirtschaft, die für den Eigenverbrauch produzierte, zugunsten der Tauschwirtschaft, die zum Tausch bestimmte Waren produzierte. Die Entwicklung der Warenproduktion rief die Bildung einer mächtigen Schicht autochtoner Händler hervor, die im Gegensatz zu den Juden nicht von der Produktion getrennt waren, sondern aus ihr hervorkamen und sie beeinflussen konnten. Diese neue Klasse bekämpfte die Juden, insbesondere die Kreuzzüge gaben Gelegenheit zu Massakern und Vertreibungen, und verdrängten sie weitgehend aus dem Handel. Das jüdische Kapital wandte sich nun ausschließlich dem Wucher zu, dessen die feudalen Grundherren, die Könige, kleinen Bauern und Handwerker sich immer noch bedienen mußten.

Wucher und Handel stellten nicht die ausschließliche Beschäftigung der Juden im Mittelalter dar, bildeten jedoch den Haupterwerb, an dem alle Juden, und sei es als Bettler oder Klienten reicher Gemeindemitglieder, teilnahmen. Die spezifische, der feudalen Wirtschaftsverfassung äußerliche ökonomische Funktion, die die Juden im Mittelalter erfüllten, konstituierte sie als Klasse und erhielt ihre religiösen, ethnischen und sprachlichen Sonderheiten. Dort, wo die Juden aufhörten, eine sozio-ökonomisch determinierte Gruppe zu bilden, fand Assimilation, Verlust der ethnischen, religiösen und linguistischen Charakteristika statt. Der

sozio-ökonomischen Sonderstellung der Juden entsprach die politisch-juristische Autonomie, die sie in der feudalen Gesellschaft genossen.

Mit der Ausweitung der Warenproduktion und Warenzirkulation auf alle Schichten der Gesellschaft und in alle Gebiete Westeuropas und der damit verbundenen Verbreitung des Geldes verlor der jüdische Wucher an Bedeutung. Wandten sich bis dahin bloß einzelne durch Verschuldung bedrohte Schichten gegen die jüdischen Wucherer, so wurden nun die Juden von allen Klassen verfolgt und vertrieben, und auch des herkömmlichen Schutzes des sie durch Steuern ausbeutenden Königtums beraubt. Die Vertriebenen siedelten sich in weniger entwickelten Gegenden und Ländern, insbesondere in Polen, an. Einige konnten sich vor allem als Pfandleiher der Armen, als Kleinhändler der verpfändeten Gegenstände, als Trödler und Hausierer in Westeuropa halten.

Der industrielle Kapitalismus ermöglichte seit der 2. Hälfte des 18. Jh. in Westeuropa die ökonomische Assimilation eines Teils der Juden, d.h. seine Integration in die Klasse der industriellen Bourgeoisie, eine Assimilation, die sich um so leichter und umfassender vollziehen konnte, als die bürgerliche Gesellschaft die einst nur von den Juden vertretene Geldwirtschaft allgemein verwirklichte, zur in Europa herrschenden Wirtschaftsverfassung machte.

Der industrielle Kapitalismus bekämpfte und beseitigte die seine Entwicklung hemmenden ständischen Privilegien, die mittelalterlichen Korporationen, verdrängte das zünftige Handwerk und die Gilden der Kaufleute, die den Juden verschlossen gewesen waren. Er strebte nach Ausbreitung des freien Verkehrs, nach freier Konkurrenz unter den Kaufleuten und Kreditgebern und unterstützte den freien Wettbewerb zwischen jüdischen und christlichen Händlern und Bankiers. Neben den jüdischen Großhändlern und Bankiers und Fabrikgründern verblieb jedoch die große Mehrheit der Juden bis zum zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts in Armut, Klein- und Hausierhandel und Geldverleih, allenfalls durch Bettel und jüdische Wohlfahrt am kapitalistischen Aufstieg beteiligt. Sie war den Verfolgungen und Beschwerden der christlichen Kaufleute ausgesetzt, die die nicht gesetzlich fixierten Methoden des Hausierens der Juden als unbefugt ansahen.

Die Emanzipations- und Assimilationstendenzen wurden vor allem von den ökonomisch schon integrierten Juden getragen, die auch deren Früchte als erste genossen, und oft waren Lockungen in der die Juden diskriminierenden Gesetzgebung nichts als Verallgemeinerungen der Ausnahmen vom Gesetz, der Generalprivilegien, die eminenten jüdischen Kapitalisten gewährt wurden, weil ihre Tätigkeit als verdienstvoll oder dem Staatsinteresse nützlich angesehen wurde.

"Nicht die Ideen, sondern der Nutzen bestimmt das Bürgertum". Politische Freiheit für jedermann, die Gleichberechtigung der Juden und alle humanen Institutionen wurden als Mittel akzeptiert, um den Reichtum ausgiebig zu verwerten." (1)

Die soziale und nationale Absonderung der Juden war ein Anachronismus geworden, der der neuen Wirtschaftsverfassung nicht entsprach. Nicht alle Teile des Judentums traten in gleichem Maße für Emanzipation und Assimilation ein, wie

auch die Haltung der christlichen Umwelt gegenüber emanzipatorischen Bestrebungen der Juden ambivalent war und von der sozialen Lage der christlichen und jüdischen Bevölkerung abhing. So bemühten sich die wirtschaftlichen Rückständigen, in einem halbfeudalen System lebenden, im Geldhandel, Schankgewerbe und Pachtgeschäft tätigen, häufigen Verfolgungen ausgesetzten Juden im Elsass, die Gemeindeautonomie aufrechtzuerhalten, während die reichen sefardischen Kaufleute von Bordeaux um der rechtlichen Emanzipation willen auf jede Gemeindegeldverwaltung verzichteten. Und in der Tat erhielten die Juden aus Bordeaux und mit ihnen alle sefardischen und portugiesischen Juden im Januar 1790 alle Staatsbürgerrechte in einer Sonderregelung, von der die elsässischen Juden ausgeschlossen waren. Nach ihrer vorübergehenden Gleichstellung wurden diese unter Napoleon unter besondere Repressivgesetze gestellt.

Die jüdischen Wucherer und Hausierer waren den kleinen Kaufleuten und den verschuldeten Bauern verhaßt, ein Haß, den die wahren Ausbeuter der Bauern, die Junker und Grundbesitzer, nur zu schüren wußten. Aber nur gegen die niedrigen Schichten des Judentums und die Wucherer richtete sich die Wut. "Die Kaufmannskooperationen der kleinen süddeutschen Staaten und der Patrizierstand, die größtenteils noch an den alten Handelsmethoden festhielten, fühlten sich vom Aufstieg der jüdischen Großhändler und Bankiers bedroht." (2)

Flugschriften, Landtagsdekrete und Bürgerpetitionen warnten vor der vollständigen Entfesselung der jüdischen Konkurrenz durch bürgerliche Gleichstellung der Juden. Der häufig an Juden verschuldete Kleinadel in Preußen und Bayern fühlte in den Juden die Aristokratie des Geldes über die der Geburt triumphieren. Bei den deklassierten Handwerkern, die zu einem Teil in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch in der rückständigen, patriarchalisch-zünftlerischen Produktionsweise steckten, erregte der Aufstieg der jüdischen Finanziere Neid und Furcht.

Die vom Kapitalismus Deklassierten oder von Deklassierung Bedrohten haßten im Judentum die neue Gesellschaft. Die erste massenhafte antisemitische Reaktion drückte sich während der Revolution von 1848 und in den darauffolgenden Jahren in Ausschreitungen aufrührerischer Bauern und Handwerker gegen die den privilegierten Schichten zugerechneten Juden aus.

Die Stabilisierung des Bürgertums, der Vormarsch des Liberalismus und die ökonomische Integration der Juden in die christliche Gesellschaft schritten jedoch voran und führten zur endgültigen Beseitigung der Beschränkungen ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte. Ein entsprechendes Gesetz wurde nach eindringlicher Agitation jüdischer Parlamentarier und Gemeinden vom liberalen Norddeutschen Reichstag 1867 angenommen und 1869 verkündet. Die wirtschaftliche Differenzierung und Integration der Juden, der Kampf um die Emanzipation und ihr juristischer Vollzug führten zum Verzicht der großen Mehrheit des westeuropäischen Judentums auf seinen Anspruch, eine nationale Entität zu bilden, und zu seiner kulturellen und religiösen Anpassung.

Diese Tendenz wurde jedoch unterbrochen durch Entwicklungen, deren Konsequenz ein neuer Aufschwung des Antisemitismus war:

1. Die Einwanderung osteuropäischer Juden in Westeuropa,

## 2. der krisenhafte Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus.

Hauptträger dieses Antisemitismus waren das durch die monopolistische Entwicklung des Kapitalismus wirtschaftlich gefährdete Kleinbürgertum, kleinbäuerliche und bildungsbürgerliche Schichten.

Friedrich Engels schrieb 1890 an Isidor Ehrenfreund über die Träger und Motive des Antisemitismus: "Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel. Er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben." (3) Die fortschreitende Industrialisierung verlagerte den Schwerpunkt des ökonomischen und kulturellen Lebens zunehmend in die Stadt und führte zu einem relativen Absinken der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Selbständige Handwerker und Kaufleute litten ebenfalls unter dem sich entwickelnden Industriekapitalismus, dem Aufstieg von Fabriken, Großbetrieben, Kettenläden, Warenhäusern, Konfektionsgeschäften, den sie als Ausfluß jüdischer Machenschaften zu betrachten geneigt waren. Das gebildete Bürgertum zögerte bis 1879 noch, sich offen zu den antisemitischen Gesinnungen zu bekennen, die in den ungebildeten Schichten der Bauern und Händler sich ausbreiteten. Nun versuchte es, in seinem traditionellen Wertesystem durch die beschleunigte Entwicklung des Industriekapitalismus verunsichert, diesen Tatbestand durch kollektiven Nationalstolz und die Stärkung des Volksbewußtseins durch die Ausbildung des jüdischen Gegenbildes zu kompensieren.

Die aus Osteuropa zuströmenden kleinbürgerlichen jüdischen Massen verschärfte die Konkurrenz, zogen den Haß der der Proletarisierung ausgesetzten Schichten auf sich und verhinderten die vollkommene Assimilation der westeuropäischen Juden.

Die Börsen- und Absatzkrise des Gründerkrachs von 1873, die der Prosperität ein Ende bereitete und eine allgemeine Notlage unter der Arbeiterschaft und im Kleinbürgertum und eine Absatzkrise in der Landwirtschaft zur Folge hatte, leitete die Judenhetze ein. Sie war ein Vorspiel des faschistischen Antisemitismus und enthielt schon die wesentlichen Mythen, die den antikapitalistischen Geist des Kleinbürgertums in rassistische Bahnen lenken sollte. "Während aber die Krise von 1873 für sozialistische Arbeiter lediglich eine Bestätigung ihrer Theorie von der Unvermeidbarkeit kapitalistischer Krisen war, konnten die ruinierten Kleinbürger eine derartige Theorie, die auf eine Verurteilung des Privateigentums an den Produktionsmitteln hinauslief, nicht akzeptieren. Sie suchten daher die Schuld an ihrem Schicksal nicht bei der kapitalistischen Wirtschaft als solcher, sondern bei einzelnen Institutionen, etwa bei den Börsen und Banken und sehr häufig dann auch bei den Juden, die man mit dem Bank- und Börsenleben identifizierte." (4)

Otto Glagau machte 1874/75 in der in kleinbürgerlichen Kreisen verbreiteten "Gartenlaube" die Juden für den Gründungsschwindel verantwortlich. "Das Judentum... kennt nur den Handel, und auch davon nur noch den Schacher und Wucher. Er arbeitet nicht selber, sondern es läßt andere für sich arbeiten.... sein Zentrum ist die Börse." (5)

Der Hofprediger Stöcker erfand 1879 die Rede von der verderblichen Beherrschung von Bank, Handel, Presse durch die Juden und forderte die Aufhebung des Mißverhältnisses zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit, eine Formel, die der nationalsozialistischen Unterscheidung von schädlichem parasitärem jüdischem Leihkapital und arischen, segenspendendem Produktionskapital nicht fernliegt. Die Antisemitenpetition von Förster (1880) forderte die Einschränkung oder Verhinderung der jüdischen Einwanderer und die Ausschließung der Juden von allen obrigkeitlichen Stellungen. Bei Treitschke, dem Repräsentanten des antisemitischen Bildungsbürgertums, findet sich die Rede von der "Schar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge aus der unerschöpflichen polnischen Wiege" und von Juden, die nichts seien als deutschredende Orientalen und der Satz "die Juden sind unser Unglück". Der Faschismus vollendete im Augenblick, als die kapitalistische Klassenherrschaft ernsthaft gefährdet war, die Kristallisation antisemitischer und antikapitalistischer Tendenzen des Kleinbürgertums im rassistischen Mythos vom jüdischen Parasiten und Untermenschen.

#### DIE HALTUNG DER IN ASSIMILATION BEGRIFFENEN JÜDISCHEN BOURGEOISIE WESTEUROPAS GEGENÜBER JUDENPROBLEM UND ZIONISMUS

Die jüdische Bourgeoisie war auf zweifache Weise von den osteuropäischen jüdischen Massen bedrängenden Vorgängen bedroht:

1. Die pauperisierten ostjüdischen Emigranten wurden zum Katalysator antisemitischer Strömungen in den westlichen Ländern.
2. Die Entwicklung eines jüdischen Nationalismus unter den Ostjuden stellte ein Hemmnis dar auf dem Weg zur vollständigen Assimilation. Daraus ergab sich das Bemühen vor allem der jüdischen Großbourgeoisie, die Emigration der Ostjuden in möglichst von Westeuropa entfernt gelegene Gebiete zu lenken und die massenhafte von nationalen und politischen Zielen bestimmte Ansiedlung von Juden zu verhindern. Dem Kolonisationsprojekt des Baron von Hirsch (1891), der zur Unterstützung der Ansiedlung von Juden in Argentinien die "Jewish Colonisation Agency (ICA)" gründete, lag daher folgendes Prinzip zugrunde: "Keine Konzentration von kompakten jüdischen Massen, die zur Schaffung einer autonomen jüdischen Siedlung führen könnten, sondern zerstreute Gruppen, vereinzelt jüdische Kolonien, weit verstreut über die riesige Ausdehnung des Landes." (6)

Die ICA sagte der zionistischen Organisation für das im Jahre 1903 erwogene Projekt, Uganda als vorläufiges Siedlungsgebiet zu erwerben, nur insoweit Hilfe zu, als dieses Projekt einen ausschließlich philanthropischen und nicht politischen Charakter besäße. Die gleiche antizionistische, apolitische Tendenz findet sich bei Baron Rothschild, der für die zionistische Sache erst nach der Balfour-Deklaration, die den Beschluß der britischen Regierung (1917) festhielt, sich für "die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" einzusetzen, gewonnen wurde. Die Gleichgültigkeit der Rothschild'schen Administration der frühen jüdischen Ackerbaukolonien in Palästina gegenüber den nationalen Idealen der Siedler und ihre grobe Ausbeutung führten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Verwaltern und Siedlern. Ben-Adir beschreibt die abweisende Haltung der westeuropäischen jüdischen Bourgeoisie gegenüber dem Zionismus folgendermaßen: "Der größte

Teil der jüdischen Mittelklassen und der Intelligenz rührte sich nicht. Trotz des Anwachsens des Antisemitismus gab es noch genügend Aussichten für sie in der Diaspora, und sie waren nicht bereit, diese Möglichkeiten für die Enge und die Beschränkungen des Gelobten Landes aufzugeben. Das Erwachen nationaler Träume hinderte die Tendenz zur Assimilation, die ihres Herzens Wunsch war." (7)

#### DIE SOZIALE ENTWICKLUNG DER RUSSISCHEN JUDEN

Lenin bezeichnete das russische Judentum als Kaste. Damit meinte er wohl seine doppelte Determiniertheit durch soziale und nationale Abgrenzung, die A.Léon in der Formel "peuple-classe" ausdrückt. Der kastenmäßigen Absonderung stellte Lenin die Assimilation der Juden der "zivilisierten Welt" entgegen, als fortschrittliche Tendenz des reifen Kapitalismus zur "Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftsleben überhaupt." (8)

Die polnischen und russischen Juden stellten jahrhundertlang nicht nur eine Minorität mit nationalen Merkmalen, eigener Sprache, Religion, Kultur dar, sondern wiesen eine besondere soziale Struktur auf, die eben zur Perpetuierung der nationalen Absonderung beitrug.

Der Verfall des Feudalismus zersetzte diese besondere Struktur zwar, hob jedoch die Anomalie der jüdischen Sozialstruktur nicht auf, die jüdische Bevölkerung sowohl als Ganzes betrachtet, als auch ihre unteren Schichten für sich genommen. Mit dieser für ihre Lage konstitutiven nationalen und sozioökonomischen Besonderheiten stehen in Wechselwirkung die antijüdischen Ausnahmegesetze und die Judenverfolgungen des Zarenreichs.

Die Entwicklung der jüdischen Sozialstruktur in Russland

Die von den aufsteigenden kapitalistischen Schichten Westeuropas aus ihren Positionen in Wucher und Handel verdrängten Juden siedelten sich zum großen Teil in weniger entwickelten Gegenden Osteuropas an, wo sie wie die dort schon lange ansässigen Juden innerhalb der noch intakten feudalen Naturalwirtschaft tauschwirtschaftliche Funktionen erfüllten: als Händler, Wucherer, Steuerpächter, Schankwirte, Vermittler zwischen Gutsbesitzern und leibeigenen Bauern, Intendanten der Gutsherrn. Mit dem Zerfall des Feudalismus in Polen und Russland werden die Juden im 17. und 18. Jh. den offenen Verfolgungen der im Juden den Gutsherrn und Wucherer hassenden Bauern ausgesetzt und allmählich ihrer herkömmlichen Existenzmittel in der Mittlerstellung zwischen Tausch- und Naturalwirtschaft und zwischen Feudalherren und Bauern beraubt. Hand in Hand mit der sich aus der prekären Lage der Juden, der "Depossidierung der bisherigen jüdischen Wirtschaftsfunktion" (9), ergebenden Emigrationswelle gehen Versuche des Staates und der jüdischen Bevölkerung selbst, die abnorme soziale Zusammensetzung der Juden zu ändern. Im Jahre 1804 stellt eine russische Verordnung über die Juden die Landpacht, Schnapsbrennerei und Schnapsverkauf als Ursache zur Verelendung der Bauern, als Mittel zu ihrer Aussaugung fest. Die Niederlassung der Juden im Handwerk wird gefördert. Die Volkszählung von 1818 ergibt für sie folgende Berufsstruktur: In der Ukraine sind 86,5 % der Juden als Händler, 12,1 % als Handwerker, 1,4 % als Bau-

ern tätig; in Litauen und Weissrussland 86,6 % als Händler, 10,8 % als Handwerker und 2,6 % als Bauern (10). Die Entstehung und Ausweitung eines inneren Marktes für Produktionsmittel und Konsumgüter, das Anwachsen der proletarischen Massen in den Städten und damit die Ausdehnung der Konsumgüternachfrage ermöglicht den jüdischen Massen die Integrierung in Handwerk und Konsumgüter produzierende Kleinindustrien einerseits, den Aufstieg eines kleinen Teils der Juden in Industrie-, Finanz- und Handelsbourgeoisie andererseits. Eine begrenzte soziale Differenzierung deutet sich in der Statistik der Volkszählung von 1897 über die jüdische Erwerbstätigkeit im Ansiedlungsrayon an: In der Landwirtschaft waren 2,5 % der Juden tätig, während von der gesamten Bevölkerung 53 % dort arbeiteten; in Industrie und Gewerbe waren 36,2 % der Juden tätig bei 14,6 % der Gesamtbevölkerung; im Handel arbeiteten 34,6 % der Juden, bei 7,4 % der Gesamtbevölkerung. (11)

Immer noch finden 3/4 aller russischen Juden ihren Unterhalt in Handel und Gewerbe, d.h. als Unternehmer, Händler, Krämer, Schankwirte, Klein- und Kleinsthandwerker, Trödler, Makler, Wucherer, Hausierer, handwerkliche und industrielle Lohnarbeiter. "Die ostjüdische Wirtschaftsgesellschaft stellt sich dar als Handels- und Handwerks-gesellschaft." (12)

#### Die soziale Struktur der jüdischen Unterschichten

Während die sich entwickelnde Produktionsmittel- und Schwerindustrie von Anfang an kapitalistische Großindustrie ist, vollzieht sich die Konsumgüterproduktion weiter im Rahmen kleiner und handwerklicher Betriebe und in Heimindustrie. Die Konkurrenz der in die Städte strömenden Bauern einerseits und der in den Übergang zur Fabrikproduktion leicht sich einfügenden nichtjüdischen Handwerker wie Schlosser, Schmiede, Weber andererseits verschliesst den vor allem als Schneider tätigen jüdischen Handwerkern und den proletarisierten jüdischen Massen den Zugang zur mechanisierten Fabrikindustrie. Sie werden in die Konsumgüter herstellende Kleinindustrie (Tabak-, Zündhölzer-, Leder- und Bekleidungsindustrie), in die handwerklichen Ateliers und Heimindustrien gedrängt.

Das Gleiche gilt für das jüdische mittlere und Kleinkapital, das entweder im Warenhandel oder im Finanzwesen und in der Industrie fast ausschließlich in der Erzeugung von Konsumgütern tätig ist; und "infolge der Wirkung der nationalen Konkurrenz unter den sich proletarisierenden, arbeitssuchenden Massen, findet die jüdische Arbeitskraft fast durchweg beim mittleren jüdischen Kapital Verwendung". (13)

Die Konzentration der jüdischen Arbeiter in Handwerk und Kleinindustrie zeigt eine Statistik, die sich auf Polen im Jahre 1931 bezieht: 82 % der jüdischen Arbeiter sind in kleinen handwerklichen Unternehmen beschäftigt, während 37 % der nichtjüdischen in solchen Betrieben tätig sind; auf die mittlere Industrie entfallen 15 % der jüdischen Arbeiter bei 20 % der nichtjüdischen Arbeiter; auf die Schwerindustrie entfallen nur 3 % der jüdischen Arbeiter bei 42 % der nichtjüdischen. (14)

Ungefähr 80 % der jüdischen Arbeiter Osteuropas arbeiten in Kleider, Schuhe, Möbel herstellenden Handwerksateliers und nicht in Fabriken. Ber Borochof schreibt in "Die Grundlagen des Poale-Zionismus": "... die nichtjüdischen Konkurrenten aus der Landbevölkerung ... haben den jüdischen

Arbeitern vieles voraus: feste Muskeln, geringere Lohnansprüche und die Fähigkeit, mit kleineren Verdiensten ihr Auslangen zu finden." (15)

Andere, subjektive Gründe für das geringe Eindringen von Juden in die Fabrikindustrie liegen wohl in der Schwierigkeit, dort sozial aufzusteigen, dem Wunsch, die Sabbatruhe zu halten, der Aversion gegen mechanisierte Arbeit. Der erste durch die Auflösung des Feudalismus bedingte Prozeß der Integration der Juden in die handwerklichen Zweige des aufsteigenden Kapitalismus wird jedoch durchkreuzt durch einen zweiten Prozeß: Die Verdrängung der handwerklichen Produktion durch die mechanisierte Produktion im Konsumgüterbereich, des jüdischen Arbeiters und Kleinunternehmers durch die Maschine. Die Entwicklung der Technik, die Vernichtung des handwerklichen Ateliers durch die Fabrik verschärft das soziale Elend der jüdischen Massen, macht das jüdische Handwerk zum "Massenelendshandwerk". Die durchschnittliche jährliche Auswanderung der Juden steigt von 7000 im Zeitraum 1830-1880 ab 1881 auf 50 bis 60 000, und ab 1901 bis 1914 auf 150 bis 160 000. (16).

Die sozialistische Bewegung fand im Elend der jüdischen Massen einen günstigen Nährboden; der doppelte "Deposidierungsprozeß" der jüdischen Gesellschaft durch den Niedergang des Feudalismus und den sich entwickelnden Kapitalismus, - ein Prozeß, der von ihr als nationales Schicksal aufgefaßt wurde -, die vorwiegend kleinbürgerliche Struktur der jüdischen Unterklasse und der halbproletarischen Elemente boten jedoch die Grundlage für nationalistische, dem proletarischen Bewußtsein zuwiderlaufende Strömungen. Die Programme sämtlicher sozialistischer jüdischer Parteien, des "Bund", der "Poale-Zion", der territorialistischen "Zionisten-Sozialisten" und der autonomistischen "jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei", enthielten nationale Zielsetzungen, die von national-kultureller Autonomie bis zur Forderung eines zionistischen Palästina reichten.

#### Die gesetzliche Absonderung der Juden

Die Ausnahmegesetze gegen die Juden spiegeln den Zerfall des Feudalismus und die sich in Krisen, tödlicher Konkurrenz und Arbeitslosigkeit ausdrückende Fäulnis des aufsteigenden Kapitalismus wider. Sie stellen ein "System der legalen Judenverfolgungen", einen "geräuschlosen Pogrom" (17) dar und sind insofern Ausfluß der Schwierigkeiten der von Konkurrenz und Kapitalismus bedrohten autochthonen Bevölkerung, vor allem der Kleinbourgeoisie und der Bauern, deren Hass das zaristische Regime, seine lokalen Instanzen und die großen Kapitalisten auf die Juden ablenken.

Unter Alexander II. war die seit 1791 bestehende Beschränkung des Wohnrechts und der Freizügigkeit der Juden auf der sogenannten Ansiedlungsrayon - 15 Gouvernements des westlichen und südwestlichen Russland und Kongresspolens - für Kaufleute und Handwerker gelockert worden. Alexander III. (1881-94) machte diese Erleichterungen rückgängig und engte die Juden systematisch geographisch und in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ein. Ankauf von Land durch Juden, neue Bestätigung von Pachtverträgen, die Ansiedlung der Juden auf dem Land ausserhalb der Gross- und Kleinstädte wurden verboten, und damit die Juden von der Landwirtschaft ausgeschlossen. Der industriellen Betätigung des jüdischen Kapitals und den Ansätzen einer Produktivierung der jüdischen Arbeit wurde damit ebenfalls eine gesetzliche Schranke entgegengestellt, denn 57 % aller russischen Fab-

riken hatten ihren Standort ausserhalb der Städte und Flecken; die Hauptindustriegebiete von Moskau, Petersburg, des Ural, des Kaukasus und Südrusslands lagen aber außerhalb des Ansiedlungsrayon. In verschiedenen Städten des Ansiedlungsrayons (Kiew, Sebasopol, Jalta) wurde das Wohnrecht beschränkt. Massenausweisungen vom Land und nicht zum Ansiedlungsrayon gehörenden Städten, vor allem Moskau, fanden statt. Vom Staatsdienst ausgeschlossen, wurde den Juden die Ausübung freier Berufe und des Handwerks erschwert. Für Juden wurde der Besuch von Höheren Schulen und Universitäten durch einen Numerus clausus, eine Prozentnorm, die keinesfalls dem Anteil der Juden an der städtischen Bevölkerung entsprach, beschränkt. Gesetzliche Höchstzahl des Anteils jüdischer Studenten und Schüler im Ansiedlungsrayon betrug 10 %, bei einem Anteil der Juden an der städtischen Bevölkerung von 30-80 % und einem faktischen Anteil an den Studenten von 50 %. Die Prozentnorm außerhalb des Ansiedlungsrayons betrug 5 %, in Moskau 3 %.

In der neuen Städteordnung von 1892 wurden die Juden des passiven und aktiven kommunalen Wahlrechts, das ihnen bis dahin in beschränktem Maße zugestanden hatte, beraubt. Der Übergang der Eisenbahnen in die Hände des Staates, die Einführung des staatlichen Branntweinmonopols verschlechterten die wirtschaftliche Lage der Juden weiter. Die Juden waren der Freizügigkeit, des Rechts auf Bildung und freie Berufswahl, der Beteiligung am öffentlichen Leben beraubt.

### Die Pogrome

Der Antisemitismus und die Pogrome, genährt durch die die Kleinbürger bedrohende Konkurrenz, die fortdauernde Erinnerung der Massen an die jüdischen Wucherer und Adelsintendanten und den historischen Zusammenhang von Judentum und Handelskapital werden von den herrschenden Klassen Russlands und der zaristischen Bürokratie in verschiedener Weise zum gleichen Zweck der Erhaltung ihrer Herrschaft ausgenutzt und angefacht:

1. Der Antisemitismus kanalisiert antikapitalistische Tendenzen in Richtung auf die Juden, lenkt die Massen von ihren wahren Unterdrückern ab. Zum Teil wird er zur ultima ratio des bedrohten Systems, wie während der Revolution von 1905, oder 1913, als die zaristische Regierung die Beilisaffaire in Kiew inszeniert, um den Antisemitismus und Judenpogrome zu entfachen und die Massen von der im Lande immer mehr um sich greifenden revolutionären Bewegung abzulenken.

2. Die revolutionäre Bewegung soll in den Augen der Massen verunglimpft, verteufelt werden durch die Behauptung ihres jüdischen Charakters, ihrer jüdischen Führung.

3. Der Antisemitismus, "diese niederträchtige Schürung der Rassenabsonderung und der nationalen Zwietracht durch Regierung und Ausbeuterklassen" schwächt den Klassenkampf des Proletariats und die Möglichkeiten des Aufbaus einer "einigen zentralistischen Kampforganisation des Proletariats". (18)

Die Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Russland war begleitet von Pogromen, die z.T. auf sorgfältige politische Regie zurückgingen, immer aber auf das passive Verhalten der Regierung stiessen.

1881 fanden Pogrome statt in Jelisawetgrad, Kiew, Odessa, Warschau, Balta; 1883 in Rostow, Jekaterinoslaw; 1884 in Nishnij Nowgorod; 1891 in Starodub; 1897 in den Gouver-

nements Kiew und Cherson; 1899 in Nikolajew; 1903 in Kischinew und Homel; 1904 in Cherson und Alexandria; 1905 in Bialystok und Shitomir; 1905 nach der Verkündigung des Oktobermanifestes in Odessa, Kiew, Kischinew, Kalarasch, Sinferopol, Romny, Kremenschug, Tschernigow, Nikolajew, Jekaterinoslaw, Kamenez-Podolsk, Jelisawetgrad usw., 1906 in Bialystok, 1915 in den Gouvernements Wilna und Minsk.

Das Ausmass der Tragödie, die teilweise Beteiligung von Arbeitern an den Judenhetzen, machte die jüdischen Massen empfänglich für nationalistische Ideologien, entfremdete sie den russischen Arbeitern, machte sie z.T. blind gegenüber dem "sozialen Charakter" des Antisemitismus und der "unzweifelhaften Verbindung des Antisemitismus mit den Interessen gerade der kapitalistischen, nicht aber der proletarischen Bevölkerungsschichten". (19)

Die Schranken, die die Ausbildung eines revolutionären sozialistischen Bewusstseins unter den jüdischen Massen, das ihnen ihre Verdrängung und Verfolgung als Ausfluss der kapitalistischen Entwicklung hätte erscheinen lassen können, erschwerten, lassen sich wie folgt beschreiben:

Die jüdischen Arbeiter arbeiteten zum grossen Teil für kleine jüdische Unternehmer in Zwergbetrieben, in denen der rudimentäre Klassenantagonismus durch nationale Bindungen, gemeinsam von Unternehmern und Arbeitern erprobte politische und ökonomische Unterdrückung und Depossedierung in den Hintergrund gedrängt wurde oder gar nicht bewusst werden konnte. "Der jüdische Arbeiter, in patriarchalischem, kleinbürgerlichen Milieu aufgewachsen, hat sich von gewissen seelischen Grundzügen des Kleinbürgertums noch nicht befreit, und das äussert sich in seiner Bindung an die geistigen Kulturformen". (20)

Die kleinen Handwerker, Händler und Krämer, durch Ausnahmegesetze gegenüber den Nichtjuden benachteiligt, erstrebten einerseits Gleichberechtigung, das hiess freie Konkurrenz und freie Entfaltung ihrer privatkapitalistischen Interessen, und suchten andererseits, vom Kapitalismus aus ihren traditionellen sozioökonomischen Positionen vertrieben, eine gesicherte Aktionssphäre in nationaler Absonderung zu gewinnen.

Die jüdischen Industriearbeiter in den grösseren Industriezentren wurden in der Ausbildung revolutionären proletarischen Bewusstseins gehemmt durch den sie umgebenden Antisemitismus und ihre Verdrängung aus den Fabriken (vor allem im polnischen Teil Russlands), mit dem Ergebnis der Entfremdung und Spaltung der Arbeiterklasse, wie sie sich in einer auf dem 9. Kongress des "Bund" gehaltenen Rede ausdrückt: "...Wir betrachten die polnischen Arbeiter, die uns verdrängten, als Pogromhelden, als Gelbe, wir unterstützen ihre Streiks nicht, wir sprengen sie. Ferner antworten wir auf Verdrängung mit Verdrängung. Als Antwort auf die Nichtzulassung von jüdischen Arbeitern in die Fabriken lassen wir keine polnischen Arbeiter an die Handwerksmaschinen heran ... nehmen wir diese Sache nicht in unsere Hände, so werden die Arbeiter anderen Gefolgschaft leisten." (21)

Das Problem des Übergangs der jüdischen Massen in produktive und industrielle Sektoren der Wirtschaft beherrschte die zionistischen und vorzionistischen Ideologen.

Das Ziel der Herstellung "wirtschaftlich gesunder Verhältnisse" unter den Juden wurde zum Angelpunkt des Plans zionistischer Kolonisation.

Zusammenfassend lässt sich die Lage der russischen Juden

um die Jahrhundertwende durch folgende Punkte gekennzeichnet:

1. Verdrängung der Juden aus den ihnen verbliebenen feudalen, handwerklichen und Kleinhandelspositionen,
2. Pogrome und antijüdische Gesetze,
3. Verschlimmerung der ökonomischen Lage in der Depression von 1905-1910,
4. Enttäuschung über die Nichterlangung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in der Revolution von 1905,
5. Einfluß des nationalen Erwachens bisher unterdrückter Völker (Kaukasier, Ukrainer, Armenier) auf die Juden.

Die Antwort der Juden auf diese Situation bestand in massiver Auswanderung, dem sozialistischen Kampf einiger assimilierter Intellektueller und Industriearbeiter und der Entwicklung nationaler, in erster Linie zionistischer Bestrebungen.

### FRÜHFORMEN DES ZIONISMUS

Der jüdische Nationalismus fand seine erste programmatische Artikulation unter einer schmalen Schicht kleinkörperlicher Intellektueller und Studenten, die unter dem Schlag der Pogrome und Gesetze von 1881 standen, und durch sie dadurch ganz besonders getroffen waren, daß eine bürgerliche Karriere ihnen versagt, Studium und berufliches Fortkommen ihnen außerordentlich erschwert wurden, und sie somit das Herabsinken in das Proletariat befürchten mußten. Drei Gruppen mit national-jüdischer Programmatik entstanden um 1881: "Am Olam", das heißt "Volk der Welt", "Bilu", dieser Name ist aus den Anfangsbuchstaben des Bibelverses Jes. 2,5 (Bet Jaakov lechu wenelecha, das heißt: Haus Jakob, auf, laßt uns gehen) zusammengesetzt, und "Hibat Zion", das heißt "Zionsliebe". Gemeinsam war ihnen die Verherrlichung der Rückkehr der Juden zur Landwirtschaft und der Eroberung Palästinas auf dem Weg des Ackerbaus, soweit sie Palästina als Siedlungsgebiet ins Auge faßten.

"Am Olam" zielte auf die Errichtung sozialistischer Kolonien (Siedlungen) in Amerika ab, schloß sich aber schließlich den "Hoveve Zion" ("Liebende Zions") an. Die Gruppe Bilu, die sich zum größten Teil aus Studenten zusammensetzte, die rigiden Studienbeschränkungen unterlagen, richtete ihre kollektivistischen Bestrebungen auf Palästina, wo die ökonomische Wiedergeburt der Juden verwirklicht werden sollte.

Verschiedene Hibat-Zion-Gruppen schlossen sich zur "Gesellschaft zur Unterstützung jüdischer Ackerbauer und Handwerker in Syrien und Palästina" zusammen.

Einer der Ideologen, auf die sich die Hibat-Zion-Gruppen stützten, war Leo Pinsker, der 1882 seine Schrift "Autoemanzipation" veröffentlichte, in der er die Sammlung der Juden auf einem nationalen Territorium, in einem permanenten Asyl, als einzige Lösungsmöglichkeit des Judenproblems darstellte.

Vorläufer der nationalen und zionistischen Bewegungen unter den Juden war aber Moses Hess. In seinem 1862 erschienen Buch "Rom und Jerusalem", das bezeichnender Weise den Untertitel "Die letzte Nationalitätenfrage" trägt, nahm er gegen die Assimilation der Juden Stellung und behauptete die Unabänderbarkeit des, wie er meinte, der menschlichen Natur inhärenten Antisemitismus. Die Apriorisierung des Antisemitismus, die ahistorische Darstellung des Anti-

semitismus als ewige Kategorie, diente Moses Hess, wie auch späteren zionistischen Ideologen, als Waffe im Kampf gegen die "Assimilanten", die eine Integration der Juden in die Länder der Diaspora anstrebten.

In "Rom und Jerusalem" heißt es: "Wir werden stets Fremde unter den Nationen bleiben, die uns wohl aus Humanität und Rechtsgefühl emanzipieren, die uns aber nie und nimmer achten werden, solange wir das ubi bene ubi patria mit Hintansetzung unserer eigenen großen nationalen Erinnerungen als Grundsatz voranstellen..." (1)

Ähnlich urteilte später Herzl in seinem Buch "Der Judenstaat": "Die Judenfrage besteht überall, wo Juden in merklicher Anzahl leben. Wo sie nicht ist, wird sie durch einwandernde Juden eingeschleppt. Wir ziehen dahin, wo man uns nicht verfolgt, durch unser Erscheinen entsteht dann die Verfolgung. Das ist wahr, muß wahr bleiben, solange die Judenfrage nicht politisch (d.h. territorial-national, d. Verf.) gelöst ist... Tief im Volksgemüt sitzen alte Vorurteile gegen uns." (2)

Moses Hess verkündete die Notwendigkeit der Rückkehr der Juden nach Palästina zur Erfüllung der geistigen Mission des Judentums und zur Gründung eines Staates, dessen Kern die osteuropäischen Juden bilden sollten. Lag der Sinn der Staatsgründung für Moses Hess in der "Verwirklichung des historischen Ideals" des jüdischen Volkes, nämlich der "Herrschaft Gottes auf Erden", der Ausführung der "mosaischen, d.h. sozialistischen Prinzipien", und der "Auferstehung des jüdischen Genius" (3), so vernachlässigte er doch keinesfalls wirtschaftliche und machtpolitische Kategorien. Ein eigenes Territorium war schon bei Hess Voraussetzung für ein gemeinsames auf produktive Arbeit gegründetes Leben der Juden, für ihren Übergang in produktive Sektoren der Wirtschaft. Neben die national-religiös-historische Eignung Palästinas für einen jüdischen Staat stellte er die geographische des an der Indienroute gelegenen

Gebiets. Schon Hess versprach sich die Realisierung des Siedlungs- und Staatsgründungsprojekts durch eine Allianz mit dem Imperialismus - dem französischen Imperialismus, dem eine Sicherung des Suezkanalgebiets durch europäische Siedler nur gelegen kommen konnte. Moses Hess' Vertrauen auf den französischen Imperialismus lag z.T. in einer Schrift des Sekretärs von Napoleon III., Ernest Laharanne, von 1860, gegründet, die den Titel trug: "Die neue Orientfrage. Das ägyptische und arabische Reich. Wiederherstellung der jüdischen Nation". (4) Ernest Laharanne propagierte einen mit Hilfe jüdischen Kapitals und europäischer Großmachtunterstützung errichteten jüdischen Staat "von Suez bis zum Hafen Smyrna". (5)

Im Dezember 1865 schrieb Hess an den Großrabbiner von Amsterdam, daß "man es höheren Ortes sehr gern sehen" würde, "wenn im Orient, in und um Palästina, namentlich zunächst an der Grenze zwischen Palästina und Ägypten ... an den Ufern des nun fast vollendeten Suezkanals, jüdische Kolonien angelegt würden. Der Direktor des Kanals von Suez, Herr Lesseps, hat bekanntlich große Landstrecken an den Ufern dieses Kanals ... abgetreten bekommen. Diese Länderstrecken würden zu sehr günstigen Bedingungen ... einer Finanzierungsgesellschaft überlassen werden können, welche unter jüdischer Leitung der Kolonisten stehen könnte." (6)

Auch englische Staatsmänner hatten, schon vor 1860, die Gründung eines jüdischen Heims in Palästina vorgeschlagen. Benjamin Disraeli entwickelte 1847 in seiner Novelle



"Tancred" die Idee eines jüdischen Staates in Palästina als Verbindungsglied zwischen Europa und Asien.

Eine vom Berliner Kongreß von einem britischen Diplomaten herausgegebenen Broschüre "New Light on the Eastern Question" ließ ebenfalls eine solche Lösung zu.

Zur Skizzierung derartiger Lösungen der nahöstlichen und der Judenfrage veranlaßte die britischen Diplomaten der Wunsch, sichere Verbindungslinien für den britischen Handel herzustellen in einem Gebiet, das Europa, Asien und Afrika verbindet, durch das die Indienroute und der Suezkanal liefen, und das auf möglichst billige Weise mit Hilfe jüdischen Kapitals.

Frühe zionistische Ideologie spiegelt auch George Eliots Roman "Daniel Deronda" wider, in dem der Zionismus entwickelt wird als Humanismus eines von den Zersetzungsercheinungen der englischen bigotten, geld- und prestigegierigen Bourgeoisie abgestoßenen halbintellektuellen Kleinbürgertums. Eine ähnliche Geisteshaltung charakterisierte die von der Revolte gegen den bürgerlichen Lebensstil geleiteten Pioniere der dritten Aliya (nach dem ersten Weltkrieg einsetzende, dritte Einwanderungswelle).

Zionisten versuchten die Wahl gerade Palästinas als Territorium für die jüdische Kolonisation und Staatsgründung, in der Losung "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" zu rationalisieren. Bei Hess taucht eine ähnliche, aber noch mystische Formel auf, wenn er meint, nur dieses Land (Palästina, d. Verf.) könne entfalten, was in dieser Nation (der jüdischen) enthalten sei, und nur dieses Volk könne zur Entfaltung bringen, was dieses Land enthalte. (7)

Die zionistische Losung "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" entsprach jedoch kaum der wahren Einsicht der Zionisten in die Verhältnisse in Palästina selbst, war eine Verdrängung dieser Einsicht oder eine irreführende Verschleierung. Achad Haam, Ideologe von Hibat Zion, schrieb 1891 in seinem Buch "Am Scheideweg": "Wir im Ausland pflegen zu glauben, daß Palästina heute fast ganz wüstes, unbebautes Ödland ist, und jeder, der dort Grund und Boden kaufen will, dies nach Herzenswunsch tun kann. Dem ist aber in Wirklichkeit nicht so. Es ist schwer, im ganzen Lande unbebauten Ackerboden zu finden ... Wir im Auslande pflegen zu glauben, daß die Araber alle Wilde seien, die auf tierischer Stufe stehen, und für das, was um sie her vorgeht, keinen Blick haben. Das ist aber ein großer Irrtum. Die Araber und besonders die Städter durchschauen unsere Tätigkeit im Lande und deren Zweck, schweigen aber und lassen sich nichts anmerken, weil sie in unserem Tun vorläufig keine Gefahr für ihre Zukunft sehen. Wenn aber einmal die Zeit kommen wird, wo sich das Leben unseres Volkes in Palästina so weit entwickelt hat, daß sich die Landesbevölkerung mehr oder weniger beengt fühlt, dann wird sie uns auch nicht leichthin ihren Platz räumen. (8) Achad Haam zog daraus die Konsequenz, nur ein geringfügiger Teil der Juden solle und könne nach Palästina einwandern. Er vertrat einen kulturellen Zionismus, der besagte, daß die Juden Palästinas dazu berufen seien, ein kulturell-geistiges Zentrum des Judentums auf dem "heimatlichen" Boden zu schaffen, das fruchtbar auf die Juden in der Diaspora zurückwirken würde. Das nationale Zentrum in Palästina sollte eine Zufluchtstätte nicht für die Judenheit, sondern für das Judentum sein.

B E R B O R O C H O V

Ber Borochov ist der Begründer der Theorie und Organi-

sation des Poale-Zionismus (Arbeiterzionismus).

Im Jahre 1900 legte er in Jekaterinoslaw den organisatorischen Grundstein zur Bewegung der Poale-Zion (Arbeiter Zions).

Er verstand sich als Vertreter des Proletariats innerhalb der zionistischen und der jüdischen sozialistischen Bewegung. Die Forderungen des jüdischen Arbeiterbundes ("Bund") nach national-kultureller Autonomie für die Juden Rußlands, d. h. nach jüdischen Schulen, Theatern, Zeitungen und Institutionen, die den Juden die Freiheit der kulturellen Entwicklung garantierten, qualifizierte Borochov als kleinbürgerlich ab. Borochov schien das Judenproblem lösbar im Rahmen eines nationalen jüdischen Staates, der die Vorbedingung sei für die Entwicklung eines genuinen jüdischen Klassenbewußtseins, und folglich für die bewußte und erfolgreiche Teilnahme der Juden am Klassenkampf. Die problematische Lage der Juden beruhte nach Borochov auf der Anomalie der jüdischen Sozialstruktur und hiermit zusammenhängend auf der Diskriminierung, die die Juden als nationale Minorität auf dem Arbeitsmarkt traf.

Borochov beschreibt die jüdische Sozialstruktur als umgekehrte Pyramide mit schwacher Vertretung der Juden im primären Sektor der Wirtschaft und starker Vertretung im tertiären Bereich. In Osteuropa verunmöglichte die schwache Basis des im Konsumsektor und im Handwerk konzentrierten jüdischen Proletariats einen erfolgreichen Klassenkampf.

In "Die Grundlagen des Poale-Zionismus" schreibt Borochov: "Jedoch zufolge der politischen und ökonomischen Mangelhaftigkeit der strategischen Basis des jüdischen Proletariats bilden sich quantitative Anomalien heraus: unbefriedigende Resultate des Klassenkampfes, übertriebene revolutionäre Phrasen und eine abnormal verbreitete Neigung der jüdischen Arbeiter zum Anarchismus". (1) Dem ahistorischen Begriff der bürgerlichen Zionisten vom Antisemitismus, den sie als in der Seele der Völker verwurzelt auffassen, entspricht bei Borochov die von konkreten Bedürfnissen und Herrschaftsinteressen abstrahierende These von der unabänderlichen nationalen Konkurrenz zwischen den Juden der Diaspora und der autochthonen Bevölkerung, eine Konkurrenz, die die erfolgreiche Entwicklung eines solidarischen Klassenbewußtseins unter den jüdischen und nichtjüdischen Massen verhindere. Das Verhältnis zwischen nationaler Frage und Klassenkampf beschreibt Borochov in DIE KLASSENINTERESSEN UND DIE NATIONALE FRAGE folgendermaßen: "Solange der Arbeiter noch keinen Platz besetzt hat, kann er keinen Kampf führen. Es liegt demnach in seinem direkten Interesse, diesen Arbeitsplatz zu bewahren. ... Die Arbeitsfrage repräsentiert nicht bloß einen klassenmäßigen, sondern auch einen nationalen Wert: Der englische Arbeiter muß seinen Arbeitsplatz nicht gegen den Kapitalisten verteidigen, sondern gegen den eingewanderten Arbeiter. Solange also der nationale Arbeitsplatz noch nicht gesichert ist, überwiegt die nationale Frage die reinen Arbeitsfragen. Solange die Arbeiter der betreffenden Nation ihren Arbeitsplatz noch nicht gesichert haben, hat die Arbeitsfrage für sie einen bedeutenderen Wert als die Frage des Kampfes. Daraus folgt erstens, daß die sich proletarisierenden Massen, die sich erst auf Arbeitssuche befinden, überhaupt unfähig sind, das

Klassenbewußtsein aufzunehmen und bloß nationalistisch gestimmt sind; zweitens, daß das Klassenbewußtsein selbst beim kultivierten Proletariat durch das nationale Bewußtsein verdrängt wird in Fällen, wo es sich um den Schutz des nationalen Arbeitsmarktes handelt." (2)

Im nationalen Kampf um den Arbeitsplatz unterliege die Nationalität, die kein eigenes Territorium, wichtigste der materiellen Produktionsbedingungen, besäße. Deshalb muß nach Borochov nationale Befreiung, d.h. in seinem Verständnis und in Bezug auf die Juden nationale Sammlung in Palästina, die Grundlage für die soziale Befreiung sein.

Ein eigenes Territorium sei die Voraussetzung für die Teilnahme der Juden am Klassenkampf, der sich nur in nationalem Rahmen vollziehen könne.

Borochov rechtfertigte die Wahl gerade Palästinas als Territorium für einen jüdischen Staat nicht nur ideologisch, nämlich unter Berufung auf die jüdische Geschichte und Religion, auf die sogenannten historischen Ansprüche der Juden auf Palästina, sondern vor allem mit dem Hinweis auf ökonomische Bedingungen und Notwendigkeiten. In dem Pamphlet "Was wollen die Poale-zionisten" kommt Borochov zu dem Schluß, daß Palästina die ökonomischen Bedingungen, die für die Aufnahme der jüdischen Massen notwendig sind, vereinigt: "Das (für die nationale Sammlung der Juden geeignete, d. Verf.) Territorium muß halbagrarisch sein, damit es Platz und Aufnahmemöglichkeiten sowohl für die kleinen und mittleren Kapitalisten als auch für die Arbeiter bieten kann. Diese produktiven Kräfte können sich nur dann frei entwickeln, wenn die eingeborene Bevölkerung noch nicht die Gelegenheit hatte, ihr eigenes ökonomisches und soziales Leben zu festigen, wenn sie noch nicht integriert ist in einen wirtschaftlich geschlossenen Organismus wie eine Nation, die in nationalen Wettbewerb mit dem jüdischen Kapital und der jüdischen Arbeit treten könnte.

Es ist ein Gebiet erforderlich, das in erster Linie einen ausländischen Markt besitzt und nicht auf die inländische Nachfrage beschränkt ist. Im Augenblick bietet nur Palästina ein solches Territorium und nur dort ist eine solche wirtschaftliche Autonomie der jüdischen Gemeinde im Begriff, spontan zu entstehen." (3) Auch in den GRUNDLAGEN DES POALE-ZIONISMUS weist Borochov auf die außerordentliche Eignung Palästinas für die jüdische Einwanderung hin: "Der Wohlstand und die Funktionen der jüdischen Immigranten in Palästina werden nicht von der einheimischen Bevölkerung abhängen, sondern vom Außenmarkt, der dank den für den Welthandel günstig gelegenen südöstlichen Küsten des Mittelmeeres lange Zeit hindurch immer mehr wird aufnehmen können. Die jüdische Arbeit wird weder von seiten der einheimischen noch von seiten der zugewanderten Bevölkerung der nationalen Konkurrenz ausgesetzt sein." (4)

Das Ziel Borochovs, das Problem der Verdrängung der Juden Osteuropas aus ihren ökonomischen Positionen und das ihrer abnormalen Sozialstruktur durch Siedlung und Staatsgründung in Palästina zu lösen, führte, als es in die Tat umgesetzt wurde, zur territorialen und sozialen Verdrängung der autochthonen palästinensischen Bevölkerung. Borochov scheint durchaus mit solchen

Konsequenzen des Zionismus und auch mit dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen zionistische Siedlung in Palästina gerechnet zu haben. Denn ganz pragmatisch urteilt er in "Die Grundlagen des Poale-Zionismus": "Als Utopisten zu betrachten sind jene Leute, die der Meinung sind, eine derart radikale Umwälzung im jüdischen Leben wie der Territorialismus, könne ohne erbitterten Kampf, ohne Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten, ohne die Mitleidenschaft von Schuldigen und Schuldlosen sich abspielen. Revolutionen dieser Art werden nicht mit schönklingenden Phrasen ausgefochten, sondern unter Schweiß und Blut und Tränen." (5) Langfristig sieht er für die einheimische Bevölkerung Palästinas jedoch Verschwinden durch Assimilation vor: "Die autochthone Bevölkerung Palästinas wird sich kulturell und ökonomisch gesehen denen assimilieren, die es auf sich nehmen werden, die Produktivkräfte des Landes zu entfalten. Die jüdischen Einwanderer werden Palästina entwickeln und die einheimische Bevölkerung wird sich mit der Zeit unter die Juden assimilieren." (6)

THEODOR HERZL

Unter dem Schock der Dreyfus-Affäre und der Pogrome, konditioniert durch die koloniale Expansion Europas und das Erwachen des Nationalismus unterdrückter Völker, entwickelte Theodor Herzl ein kohärentes System des politischen Zionismus. Die Bedeutung der Dreyfus-Affäre für seine spätere Entwicklung beschrieb Herzl in einer aus späterer Zeit stammenden Rede folgendermaßen: "Zum Zionisten hat mich der Dreyfus-Prozeß gemacht, dessen Zeuge ich in Paris 1894 war. Ich sehe den Angeklagten noch in seiner dunklen, verschnürten Artillerieuniform in den Saal kommen... Und auch der Wutschrei der Menge auf der Straße vor der Ecole Militaire gellt mir noch unvergeßlich in den Ohren: "A mort, a mort les juifs!" Tod allen Juden, weil dieser eine ein Verräter war! Aber war er wirklich ein Verräter?... Aber der Fall Dreyfus enthält mehr als einen Justizirrtum; er enthält den Wunsch der ungeheuren Mehrheit in Frankreich, einen Juden und in diesem einen alle Juden zu verdammen. Tod den Juden! heulte die Menge, als man dem Hauptmann seine Tressen vom Waffenrocke riß. Und seither ist das "Nieder mit den Juden" ein Feldgeschrei geworden. Wo? In Frankreich! Im republikanischen, modernen, zivilisierten Frankreich, hundert Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte. Der Fall Dreyfus läßt sich in der Geschichte nur vergleichen mit dem Widerruf des Edikts von Nantes... Das Edikt der großen Revolution wird widerrufen... Wenn aber ein im übrigen fortschreitendes, zivilisiertes Volk auf solche Wege gelangen konnte, was war von anderen Völkern zu erhoffen?" (7)

Wie schon der zionistische Wegbereiter Moses Hess behauptet Herzl, die Judenfrage sei unlösbar ohne Schaffung eines nationalen Heimes für die Juden: "Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale, noch für eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird. Wir sind ein Volk, ein Volk. Wir haben

überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten... In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge angeschrien... Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden: es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehr... Im jetzigen Zustand der Welt und wohl noch in unabsehbarer Zeit geht Macht vor Recht." (8)

Herzls Ideologie und Praxis sind bestimmt durch das Bemühen, 1. die Zurückhaltung der jüdischen, sich assimilierenden Großbourgeoisie dem zionistischen Projekt gegenüber zu überwinden, und 2. die Unterstützung der imperialistischen Mächte zu erlangen.

Im Gegensatz zu anderen zionistischen Theoretikern, die dem jüdischen "Volk" den Besitz Palästinas durch allmähliche Besiedlung gesichert wissen wollten und die Sorge um die Erlangung der staatlichen Autonomie einer späteren Zukunft vorbehielten, beschloß Herzl die Errichtung des Baues von oben her in Angriff zu nehmen: Zunächst sollten die Großmächte zu einer formellen Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf ein bestimmtes Territorium bewegt werden, dann erst sollte die massenhafte Ansiedlung in Angriff genommen werden. Nachdem Schlag auf Schlag Herzls und seiner Nachfolger diplomatische Anstrengungen gegenüber dem Sultan, dem deutschen Kaiser, den Jungtürken, dem zaristischen Pogromminister scheiterten, fand ein Rückzug des politischen (diplomatischen) Zionismus vor dem praktischen und kulturellen Zionismus statt: Die Stärkung der jüdischen Positionen in Palästina durch allmähliche Siedlung wurde das Ziel. Der letzte Weltkongress (1913) der Zionisten in der Vorkriegszeit besiegelte diesen Übergang vom politischen zum praktischen Zionismus.

Um die jüdische Bourgeoisie zu gewinnen, versicherte Herzl - wohl eher aus taktischen Überlegungen heraus als aus echter Überzeugung von den Möglichkeiten der Assimilation -, der Zionismus werde ihre Assimilationsbestrebungen nicht gefährden und richte sich nur an die entwurzelten, zur Assimilation unfähigen, Ostjuden. Indem Herzl das zionistische Unternehmen nach dem Vorbild des englischen Kolonialismus gestalten will und bereit ist, es in den Dienst des europäischen Imperialismus zu stellen, gibt er auch der jüdischen mittleren und Großbourgeoisie die Möglichkeit, sich zu beteiligen, ohne daß sie den Rahmen ihrer assimilationistischen Interessen innerhalb ihres jeweiligen, imperialistischen Heimatlandes verlassen mußte.

Der kolonialistische Charakter des Zionismus tritt auch im herzlschen Verständnis des Ugandaprojekts, in dem die britische Regierung 1903 den Zionisten ein Gebiet in Kenya zur Siedlung vorgeschlagen hat, zutage. An Max Nordau schreibt er 1903 zum Ugandaprojekt: "Von ihrer nationalen Basis aus haben sich die Völker koloniale Reiche geschaffen, die ihnen Reichtum bringen. Nehmen wir die uns dargebotene Chance wahr, umgekehrt ein Miniatur-England zu werden! Fangen

wir damit an, zunächst Kolonien zu besitzen! Machen wir uns von diesen Kolonien aus, an die Eroberung unseres Vaterlandes! Auf daß die zwischen Kilimandscharo und Kenya gelegenen Gebiete die ersten Kolonien Israels seien! Besser als die philanthropischen Asyle des Edmond de Rothschild werden sie die Anfänge Zions, das wirkliche Rischon le Zion (Name eines der ersten jüdischen Dörfer in Palästina, bedeutet "Erster in Zion", d. Verf.) des neuen Israel darstellen... Andere Staaten werden dem Beispiel Englands folgen, neue "Kraftreserven" werden in Mocambique durch die Portugiesen, im Kongo durch die Belgier, in Tripolitanien von den Italienern geschaffen werden." (9) Im Ugandaplan sieht Herzl also die Möglichkeit "umgekehrter Kolonisation", d.h. der Schaffung eines Mutterlandes -Israel-, nach vorausgehender Kolonisation in angrenzenden Ländern.

Die Unterwerfung unter den europäischen Imperialismus wird deutlich in Herzls Hervorhebung der zivilisatorischen Rolle eines jüdischen Staates als Bollwerk gegen die "asiatische Barbarei":

Für Europa werden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen." (10)

Die Verwirklichung des Zionismus als Plan der Lösung der Judenfrage durch Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes implizierte von vornherein zwei Konsequenzen: 1. Der Zionismus mußte sich, um ein Siedlungsgebiet zu bekommen, da die Welt vom Imperialismus schon aufgeteilt war, eben mit dem Imperialismus verbünden; 2. die zionistische Zielsetzung, einen eigenen nationalen jüdischen Staat mit eigener Klassenstruktur zu schaffen, führte zur Verdrängung der auf dem Siedlungsgebiet lebenden autochthonen Bevölkerung.

Der Prozeß der Verdrängung setzte mit den Anfängen zionistischer Siedlung ein: Im Gefolge der Landtransaktionen zwischen Zionisten und arabischen Feudalherren mußten die Fellachen den von ihnen bebauten

Boden verlassen. Übergang des einmal in jüdischen Händen befindlichen Bodens in nichtjüdische Hände wurde von den Zionisten verboten. Sie riefen den Boykott arabischer Arbeitskraft in Industrie und Landwirtschaft aus, den Boykott arabischer Produkte. Vor allem die zionistische Gewerkschaft Histadrut trat für diese Politik ökonomischer Apartheid ein (ab 1920). Sie übte Druck aus gegen die jüdischen Unternehmer zur Durchsetzung des Boykott arabischer Arbeiter und war bereit, die Unterschiede zwischen niedrigen arabischen und hohen jüdischen Löhnen aus Fonds zionistischer Institutionen auszugleichen. Um eine autonome jüdische Gemeinschaft in Palästina zu verwirklichen, sperrte die Histadrut konsequent die billigen und im Überfluß vorhandenen Arbeitskräfte aus dem Produktionszusammenhang aus. Die ökonomische Expansion der jüdischen Gesellschaft in Palästina hinderte die Entwicklung einer kapitalistischen Klasse unter den Arabern, die infolge des Mangels an finanziellen und technologischen Ressourcen nicht konkurrieren konnten. Daraus folgte ein Mangel an Arbeitsplätzen für die arabischen Arbeiter; ein Sinken der produktiv in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie beschäftigten

Araber, die vor allem in der Administration und den öffentlichen Diensten ihr Auskommen finden mußten; die Hemmung der Ausbildung einer arabischen Bourgeoisie und eines starken Proletariats; die Deformation der arabischen Sozialstruktur in Palästina.

Der Zionismus wollte nicht die einheimische Bevölkerung ausbeuten, er wollte einen eigenen jüdischen Nationalstaat gründen. Der dem Zionismus und dem Kolonialismus gemeinsame Rahmen liegt demnach nicht in dem Ziel der Ausbeutung der autochthonen Bevölkerung, er besteht in ihrer Barbarisierung und Depositionierung.

- (1) Horkheimer, M., Die Juden und Europa, geschr. 1934 (Raubdruck), S. 33f
- (2) Sterling, E., Er ist wie Du, Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus, München 1956, S. 34
- (3) zit. nach Marx-Engels-Lenin-Stalin, Zur deutschen Geschichte, Berlin 1953, Vol. II, S. 1121
- (4) Fetscher, I., Zur Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland, in: Antisemitismus, Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft, Ffm 1965, S. 17.
- (5) zit. nach Wawrzinek, K., Die Entstehung der deutschen Antisemitismus-Parteien (1873-1890), Berlin 1927, S. 9.
- (6) Ben-Adir, Modern Currents in Jewish Social and National Life, in: The Jewish People Past and Present, Vol. II, New York 1956, S. 299
- (7) Ben-Adir, a. a. O., S. 304.
- (8) Lenin-Werke, Dietz-Verlag Berlin 1961, Band 20, S. 12.
- (9) Rosenberg, L., Wege und Ziele des jüdischen Sozialismus in Rußland, in: Neue jüdische Monatshefte, 1917, S. 430.
- (10) Léon, A., La conception matérialiste de la question juive, Paris 1968, S. 121.
- (11) Weinstock, N., Le sionisme contre Israel, Paris 1969, S. 22.
- (12) Rosenberg, a. a. O., S. 430
- (13) Rosenberg, a. a. O., S. 430
- (14) Léon, a. a. O., S. 141.
- (15) Borochow, Ber., Die Grundlagen des Poale-Zionismus, Ffm 1969, S. 37.
- (16) Léon, a. a. O., S. 125f.
- (17) Dubnow, S., Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Vol. X, Berlin 1929, S. 160 und 164.
- (18) Lenin-Werke, VI S. 324; VIII S. 496.
- (19) ebenda, Werke VI, S. 324, 328, 460.
- (20) Borochow, a. a. O., S. 71.
- (21) Stalin, Marxismus und nationale Frage, in: Werke II, Berlin 1950, S. 314.

- (1) Moses Hess, Rom und Jerusalem, Leipzig 1899, S. 22f.
- (2) Theodor Herzl, Der Judenstaat (1896), Berlin 1933, S. 13 und 15.
- (3) Moses Hess, zit. nach Martin Buber, Moses Hess, in: Jewish Social Studies, VII (1945), S. 143f.
- (4) nach Weinstock, N., Le sionisme contre Israel, Paris 1969, S. 48.
- (5) ebenda, S. 106.
- (6) Moses Hess, Briefwechsel (hrsg. v. E. Silberner), Den Haag 1959, S. 513f.
- (7) nach Martin Buber, a. a. O., S. 146f.
- (8) zit. nach Kohn, H., Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient, Frankfurt 1931, S. 396.
- (1) Ber Borochow, a. a. O., S. 70
- (2) Ber Borochow, Die Klasseninteressen und die nationale Frage, in: Sozialismus und Zionismus, Wien 1932, S. 37ff.
- (3) Borochow, Was wollen die Poale-Zionisten?, zit. nach Ben Adir, a. a. O., S. 312.
- (4) Borochow, Die Grundlagen des Poale-Zionismus, a. a. O., S. 101.
- (5) Borochow, a. a. O., S. 102.
- (6) Borochow, Notre Plateforme, zit. nach Lobel, Eli, Les juifs et la Palestine, Paris 1969.
- (7) zit. nach Dubnow, Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Vol. X, a. a. O., S. 313.
- (8) zit. nach Dubnow, a. a. O., S. 315.
- (9) zit. nach Lobel, a. a. O., S. 70.
- (10) Herzl, Theodor, Der Judenstaat (1896), Berlin 1933, S. 33.

N. BUCHBAND

KONTO AL-DHJABA  
VOLKSBANK HEIDELBERG

**kto. 5 0 1 2**

KOMITEE SÜDL. AFRIKA  
SPENDENKONTO  
VOLKSBANK HEIDELBERG

**kto. 2 9 9 4 0**

# Zur Lage der Kurden in der Türkei

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über 11 von 67 Regierungsbezirke durch die neugebildete Regierung Nihat Erim (am 27. 4. 71), und die hierfür gegebene Begründung, hat die Aufmerksamkeit einmal mehr auf das Problem der in dem Gebiet der heutigen Türkei ansässigen Kurden gelenkt. Justizminister Arar hat in der Parlamentsdebatte, welche der nachträglichen Billigung der getroffenen Maßnahmen vorausging, die Verhängung des Kriegsrechts mit den von der extremen Rechten, der extremen Linken und dem kurdischen Separatismus ausgehenden Gefahren gerechtfertigt.

## 1. GEOGRAPHISCH - ETHNISCHE GRUNDLAGEN VON KURDISTAN:

Kurdistan als ethnisch-geographische Einheit erstreckt sich in Form eines Halbmondes vom Golf von Iskenderun (Alexandrette) bis zum persischen Golf und umfaßt in einem Gebiet von ca. 500 000 qkm den Südosten der Türkei, den Westen des Iran und den Nordosten des Irak, sowie den Norden von Syrien. Der Begriff eines einheitlichen Kurdistan leitet sich von den Bewohnern dieses Gebietes, den Kurden, ab. Sie grenzen sich von den türkischen, armenischen, persischen und arabischen Nachbarvölkern in sprachlicher und sozio-kultureller Hinsicht ab.

Die kurdische Sprache, gegliedert in mehrere Dialekte, (Kurmandji, Sorani, Lori-Faili) gehört zu den iranischen Sprachen, einer indo-europäischen Sprachgruppe, die unter anderem persisch, kurdisch, Paschtu, und Belutschti umfaßt. Auch die Einheitlichkeit des Siedlungsraums, sozio-kulturellen (Sitten, Gebräuche, Folklore), ökonomischen (Landwirtschaft) und historischen Faktoren rechtfertigen es, von einer kurdischen Nation zu sprechen. Die überreiche spezifische kurdische Folklore spiegelt sich in seiner Volks- und Kunstliteratur wider (herausragend das Epos von Mem-Zin von Ehmede Chani (2))

Heute ist Kurdistan politisch unter die Türkei, Iran Irak und Syrien aufgeteilt. Die Angaben über die Zahl der in den betreffenden Gebieten lebenden Kurden schwankt von offiziellen Darstellungen bis hin zu den Schätzungen der kurdischen Organisationen sehr stark. So leugnet die offizielle Türkei einerseits überhaupt die Existenz der Kurden im türkischen Territorium, Während andererseits in der internen Sitzung der Beratungskommission (wo es unter anderem um die Aufrechterhaltung antikurdischer Repressionsmaßnahmen ging) Justizminister Barak am 6.4.65 von 9 Millionen Kurden sprach. Ähnliche Probleme tauchen auch bei den Angaben der anderen betroffenen Regierungen auf. Man wird heute die Gesamtzahl der Kurden auf mind. 13-14 Millionen zu veranschlagen haben, davon ca. 6 Millionen in der Türkei, 4-5 Millionen im Iran, ca. 2,5 Millionen im Irak, ca. 500 000 in Syrien und

ca. 150 000 in der Sowjetunion. (3)

## 2. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE STELLUNG DER KURDEN IM OSMANISCHEN REICH UND IM GEBIET DER HEUTIGEN TÜRKIE

a. Die Entwicklung bis zur Auflösung des osmanischen Reiches

Im Mittelalter standen die Kurden im Spannungsfeld der Auseinandersetzungen des osmanischen und persischen Reichs. Der überwiegend mohamedanisch-sunnitische Teil unterstützte die Pforte, der mohamedanisch-schiitische Teil das persische Reich. So kam es schließlich zur Grenzziehung von 1639 zwischen dem osmanischen und persischen Lehnsherren Reich, welche die kurdischen Fürstentümer teils dem osmanischen, teils dem persischen Reich zuordnete. Trotz der jeweils gewährten politischen Autonomie gegenüber den osmanischen und persischen Lehnsherren sanken die kurdischen Fürstentümer bis zum 19. Jahrhundert zu bloßen Provinzen herab.

Das osmanische Reich basierte auf der Überlegenheit seiner Armee, die durch die Fiskalbürokratie in Form von Tributen abhängige Gebiete finanziert wurde. Eine staatliche Förderung von Wissenschaft, Gewerbe und Handel, wie sie im Westen seit der Renaissance, vor allem im Merkantilismus, üblich war, widersprach der streng auf das Militärische und Agrarische ausgerichteten osmanischen Gesellschaftsverfassung. Die den okzidentalischen Staaten eigentümliche Entwicklung im Bereich der Natur- und Geisteswissenschaften und die Schaffung von Manufakturen, später Industriebetrieben waren am Orient spurlos vorübergegangen.

Die Hohe Pforte hatte Neuerungen nur dort wirksam werden lassen, wo sie militärisch unmittelbar relevant erschienen. Die durch das im Laufe des 17. und 18. Jahrhundert entstehende sozio-kulturelle und ökonomische Gefälle begründete Überlegenheit der benachbarten Staaten mußte auf die Dauer zu einem Schwindendes osmanischen Herrschaftsbereichs führen. So wurde ein interdependenter Prozeß territorialer Machteinbuße und finanzieller Schwächung eingeleitet. (4.)

Die Pforte wählte als Ausweg nicht den Merkantilismus sondern erhielt die traditionelle ethnische Arbeitsteilung aufrecht. Juden, Griechen und Armenier behielten ihre führende Stellung im Bereich des Handels und Gewerbes, Türken, Kurden und Araber verharrten bei der extensiven Landwirtschaft. Um jedoch die durch die Territorialverluste bedingte Finanzschwäche auszugleichen, wurde die Repression der Bevölkerung durch private Steuerpächter erhöht; im Ergebnis führte die steuerliche Auspressung zu einer Lähmung des Wirtschaftsverhaltens überhaupt. Die Reformperiode des Tanzim (ab 1839) hat an diesem Zustand nichts grundlegend ge-

ändert. So geriet das osmanische Reich immer stärker unter den Einfluß der imperialistischen Mächte, die bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs ihre gegensätzlichen Interessen ( etwa Großbritannien, Rußland, Frankreich, Österreich ) häufig durch eine Stützung der Pforte gewahrt sahen und deshalb den Zusammenbruch des Reichs verzögerten. Die Zentralisierungspolitik der Pforte im 19. Jh. führte auch in dem feudalistisch strukturierten Kurdistan zum Entstehen eines Nationalbewußtseins, welchem - wenn auch aus anderen Gründen - die Herausbildung eines türkischen ( in Westanatolien und den europäischen Teilen des osmanischen Reichs ), armenischen und arabischen Nationalbewußtseins vorhing. Die politische Bewegung der nationalbewußten Türken, die Jungtürken, ergriff 1908/09 die Macht in Istanbul. Anfangs von den anderen Völkern des osmanischen Reichs gegen Völkern des Osmanischen Reichs, den Armeniern, Kurden Arabern, Griechen u. a. mit großen Hoffnungen begrüßt, erwies sich die jungtürkische Revolution alsbald als chauvinistisch-großtürkisch ausgerichtete Bewegung, welche die Repressionspolitik des ausgehenden osmanischen Reichs gegen die nach Unabhängigkeit strebenden Völker fortsetzte. Ziel dieser Repression war die Assimilation (Integration) der übrigen Völker Anatoliens an das immer stärker betonte türkische Element des osmanischen Vielvölkerstaats. Zu diesem Zweck wurden in den Jahren 1913-1915 circa 100.000 Kurden nach Zentralanatolien umgesiedelt (vgl. Gérard Chaliand, La question kurde, "dossiers partisans", Maspéro, Paris 1961, S. 11). So erklären sich auf der Karte die schraffierten kurdischen Exklaven in der Nähe von Ankara, Ichakli, Invei etc.

b. Der Waffenstillstand von Mudros am 30.10.1918 besiegelte die militärische Niederlage des im 1. Weltkrieg mit den Mittelmächten verbündeten Osmanischen Reichs und leitete unter dem Druck der Entente die Auflösung des Vielvölkerstaats ein. Im Vertrag von Sévres (10.8.1920) zwischen dem Osmanischen Reich und der Entente, wurden die südwestlichen Randgebiete Kurdistan zu Syrien, d.h. Frankreich, die südöstlichen Gebiete zum Irak, d.h. Großbritannien, geschlagen. Das nördliche Kurdistan -welches nunmehr an das neugeschaffene Armenien grenzte- verblieb zunächst bei der Türkei, die sich in Art. 62-64 des Vertrages verpflichtete, ein Mehrheitsvotum der kurdischen Bevölkerung für ein unabhängiges Kurdistan anzuerkennen.

Die imperialistisch-annexionistische Politik der Entente mußte zwangsläufig zu einer nationalistischen türkischen Gegenbewegung führen, an deren Spitze sich General KEMAL PASCHA (seit 1934 Atatürk) setzte. Zugleich wurde durch die Förderung der Autonomiebestrebungen Armeniens, wie auch Kurdistan, seitens der Entente, die nationale Befreiungsbewegung durch die ausschließlich am eigenen imperialistischen Interesse orientierte Motivation der Entente diskriminiert. In den Augen der damaligen Weltöffentlichkeit wurde die Position Kurdistan zudem durch den von armenischer und kurdischer Seite ausgelösten Wettbewerb um die kurdisch-armenisch besiedelten Mischgebiete erschwert.

In der heutigen Darstellung (vgl. Steinhaus, a. a. O. S. 102) wird der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung ferner entgegengehalten, daß sie eines der die kemalistische Reform der Türkei retardierenden Elemente ge-

wesen sein soll. Der Vertrag von Sévres wurde niemals erfüllt. Die nationale Türkische Revolution unter Führung M. Kemals erkannte den Vertrag nicht an; nach der Zerschlagung Armeniens und im türkisch-griechischen Krieg wurde der Vertrag von Sévres durch den Vertrag von Lausanne (24.7.1923) ersetzt. Darin wurde die territoriale Integrität der Türkei in ihren jetzigen Grenzen anerkannt, welche u. a. den Norden Kurdistan miteinschlossen. Von kurdischer Unabhängigkeit war nicht mehr die Rede; allerdings erkannte der türkische Delegierte, Ismet İnönü, in einem Exposé vom 23.1.1923 ausdrücklich die Existenz zweier, der türkischen und kurdischen, Nationen innerhalb der Türkei an. Die Rechte der kurdischen Minderheit wurden durch Art. 38, 39 gesichert, die noch heute unmittelbar geltendes, innertürkisches Recht darstellen und Verfassungs- und Gesetzesrecht vor-

gehen :  
"Art. 38 : Die türkische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern der Türkei vollständigen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren, ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Rasse und Religion. . ."

"Art. 39 : Keine Beschränkung des freien Gebrauchs jedweder Sprache eines jeden türkischen Staatsangehörigen wird ausgesprochen werden, sei es im privaten oder geschäftlichen Bereich, oder in politischen Versammlungen. . ."  
Bereits sechs Monate nach der Unterzeichnung des Lausanner Friedensvertrags ließ M. Kemal den Unterricht der kurdischen Sprache verbieten, und setzte so und durch weitere Deportationen die Assimilationspolitik des späteren Osmanischen Reichs und der Jungtürken fort.

Die "kemalistische Revolution" war geprägt von den Prinzipien des Reformismus, Nationalismus (d.h. türkischer Nationalismus), Republikanismus, Laizismus u. a. (5). Für die Kurden bedeutete dies die Verweigerung elementarer, völkerrechtlich und verfassungsmäßig garantierter Menschenrechte, wie des Gebrauchs ihrer Sprache. Die zahlreichen und von der türkischen Zentralregierung in der Folgezeit blutig niedergeschlagenen Aufstände in Kurdistan (1925 Piran, 1930 Agri-Dag, 1937 Dersim) kosteten etwa eineinhalb Million Kurden, zumeist unbeteiligten Dorfbewohnern das Leben (6). Gewiß mögen in diesen Aufständen religiöse, traditionalistische und feudalistische Elemente, vor allem noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit, eine Rolle gespielt haben. Die Erhebungen jedoch -wie es Steinhaus tut- als bloßen gesamttürkischen reaktionären Widerstand gegen den Reformismus und Laizismus Atatürks zu kennzeichnen, ist nicht nur unrichtig und unwissenschaftlich, sondern auch gefährlich, weil Steinhaus die antikurdische, türkisch-chauvinistische Politik ( der Pforte wie der Jungtürken und) Atatürks bis zu dem ersten größeren Aufstand 1925 verschweigt. Vor allem zeigt sich die primär nationalistische, nicht reformistische Natur der Assimilations- und Exterminationspolitik der "nationalen Revolution" darin, daß nicht versucht wurde, nach Brechung des kurdischen Widerstands die Feudalstruktur Kurdistan zu überwinden, sondern die türkische Zentralregierung die innere Struktur der kurdischen Gesellschaft zugunsten eines Bündnisses mit Teilen der herrschenden Feudalschichten unangetastet ließ. Zu Recht führt Gérard Chaliand (a. a. O. S. 13) aus:

"... Aber wenn auch in vieler Hinsicht die Politik von Mustapha Kemal positive Grundlagen hat, so ist

sie doch letztenendes nur eine fortgeschrittene nationalistische Politik gewesen, welche die eigentliche Struktur der türkischen Gesellschaft nicht hat ändern wollen. Als Nationalist hat er es vorgezogen, das kurdische Volk eher zu integrieren oder notfalls auszulöschen, als es föderativ zu assoziieren, wobei er vorgab, daß die kurdischen Feudalherren seinem Laizismus gegenüber feindlich eingestellt seien, aber überhaupt nichts dazu tat, um eine Strukturänderung der kurdischen Gesellschaft selbst herbeizuführen. Welches auch immer die Rechtfertigungsgründe für eine gegen die kurdischen Feudalherren und Scheichs gerichtete Politik gewesen sein mögen, so bleibt als Tatsache doch bestehen, daß ein Völkermord am kurdischen Volk nicht entschuldigt werden kann..."

Steinhaus selbst kennzeichnet die zunehmend chauvinistische Entwicklung der kemalistischen Periode, die nach dem Tode Atatürks (1938) von seinem Vertrauten, dem schon erwähnten Ismet İnönü, fortgeführt wurde, folgendermaßen: "Die Türkisierungswelle kulminierte schließlich in neuen Theorien, die das Türkische zu einer Art menschlicher Ursprache erklärten und die mittelasiatischen Türken als die Gründer der meisten Hochkulturen ansahen." (7)

c. Die Assimilationspolitik des Kemalismus äußerte sich in erster Linie in einer beispiellosen kulturimperialistischen Türkisierung, welche das eigentliche Ziel der Überwindung kurdischer Autonomiebestrebungen, nämlich die Türkisierung der Kurden, klar vor Augen führte. Der Gebrauch des Kurdischen in Schulen und Amtsstuben wurde verboten. Hatte vorher die gesamten Osmanischen Reich übliche und nur den herrschenden Schichten vorbehaltene Ausbildung in der arabischen und persischen Sprache in den "Medrese" (Koranschulen) die Alphabetisierung der Allgemeinbevölkerung verhindert, so hinderte nunmehr das Verbot des Kurdischen und Gebot des (von dem Großteil der ländlichen kurdischen Bevölkerung unverständenen) neugeschaffenen Türkischen eine sprachliche Ausbildung im kurdischen Bevölkerungsteil. (8)

Durch Gründung von Internatsschulen, in denen die neunmonatige Anwesenheit der Kinder ab 7 Jahren zur Pflicht gemacht wird, gelang es zwar, einzelnen kurdischen Kindern die türkische Sprache beizubringen, jedoch mit dem Ergebnis, daß sie ihre Muttersprache, das Kurdische, vergaßen und mit ihrer Familie nicht mehr sprechen konnten. Die Dorfnamen wurden zu 90% kurdisiert, oft ohne die Änderung den Einwohnern mitzuteilen; es wird berichtet, daß Petitionen der Dorfbevölkerung häufig bereits aus dem Grunde abgewiesen wurden, weil die Bewohner nicht den offiziellen Namen

ihrer Heimatdorfes kannten (9).

Publikationen auf Kurdisch, wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Kurdischen, die Einrichtung kurdischer Sendungen im Radio, Herausgabe von kurdischen Zeitungen etc. wurden verboten.

Den letzten Schritt der Assimilationspolitik stellte die zynische Rede des türkischen Innenministers Celal Bey im Juni 1937 nach Niederschlagung des Aufstandes von Dersim dar, worin er dem türkischen Parlament ankündigte, daß das kurdische Problem fortan nicht mehr existiere:



die Kurden durften nun nicht mehr als solche bezeichnet werden, sondern sie waren fortan "Bergtürken".

Der Geist der kemalistischen Minderheitspolitik spiegelt sich in einer Äußerung des damaligen türkischen Justizministers Mahmud Essad: "... Der Türke ist der einzige Herr, der einzige Meister dieses Landes. Diejenigen, welche nicht reinen türkischen Ursprungs sind, haben nur ein einziges Recht in diesem Lande: das Recht, Diener zu sein, das Recht, Sklave zu sein." (10)

d. Der kulturimperialistischen Minderheitspolitik der kemalistischen Regierung entsprachen wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen, die sich gegen das gesamte Land- und Industrieproletariat richteten, jedoch die kurdischen Gebietsteile besonders trafen.

aa. Der Kemalismus basierte neben dem in seinen Auswirkungen bereits dargestellten nationalistischen Prinzip (neben den hier vernachlässigten Grundsätzen des Republikanismus und Laizismus) auf den wirtschaftspolitisch zusammenhängenden Prinzipien des Etatismus, Reformismus und Populismus. Die Türkei sollte danach durch ein staatlich direkt und indirekt gesteuertes Programm auf das industrielle Niveau der Industrieländer hinaufgeführt werden. Der Etatismus bedeutete danach teils Staatskapitalismus, vor allem jedoch Subventionierung des nur ansatzweise vorhandenen Privatkapitals und Förderung jeder privaten Akkumulation durch ein umfassendes Instrumentarium steuerlicher, preisrechtlicher und arbeitsrechtlicher Maßnahmen. So wurden zwar einerseits bestimmte ländliche Besitzsteuern (die in der osmanischen Zeit eine große Rolle gespielt hatten) aufgehoben, jedoch die Verbrauchssteuern drastisch angehoben. Zugleich wurde durch ein staatlich fixiertes Niedrigpreissystem (für landwirtschaftliche und andere Rohstoffe) und Höchstpreissystem (für Fertigwaren) die staatliche, vor allem jedoch die private Akkumulation begünstigt. Der Verarmung des Land- und neu entstandenen Industrieproletariats entsprach die Entstehung einer bislang nur in Ansätzen (vor allem unter der vertriebenen oder

dezimierten armenischen und griechischen Minderheit) vorhandenen Bourgeoisie. Zur Verschleierung der Klassenstruktur und der Klassenantagonismen diente das populistische Prinzip: In diesem kommt das streng antisozialistische und antikommunistische Element zum Ausdruck. "... (Die populistische Doktrin) wurde von Kemal übernommen, der bereits 1923 die Ansicht vertrat, daß es in der Türkei keine "Besitzer großer Ländereien" oder "große Kapitalien" und auch keine "Klassen", sondern lediglich durch gemeinsame Interessen verbundene "Berufsgruppen" gäbe." ... Es gehört zu unseren Grundsätzen, das Volk der Türkischen Republik nicht als aus Klassen bestehend anzusehen, sondern es als eine Gemeinschaft zu betrachten, die ... nach dem Prinzip der Arbeitsteilung sich in verschiedene Berufe gliedert." (Programm der Einheitspartei CHP) (11).

Dieser Negation der Klassenstruktur entsprach ein in Anlehnung an den italienischen Faschismus entwickeltes, strafrechtlich sanktioniertes Instrumentarium zur Repression der Arbeiter- und Bauernklasse. Streik- und Aussperrungsverbot, Aufhebung der Koalitionsfreiheit und Einführung einer staatlichen Zwangsschlichtung illegalisierten die Organisationen der Bauern und Arbeiter. Die Auswirkungen der staatlich entwickelten, zunehmend privatkapitalistischen Wirtschaftsstruktur für die Nachkriegszeit werden unten dargestellt.

bb. Die schon in osmanischer Zeit offene Unterentwicklung der kurdischen Regierungsbezirke wurde noch in stärkerem Umfang als in den westanatolischen Bereichen aufrechterhalten und verstärkt. Nach ihrer sozioökonomischen Struktur lassen sich die 18 kurdischen Regierungsbezirke in Ost-anatolien wie folgt gliedern:

Die erste Gruppe besteht aus den Regierungsbezirken der nördlichen Osttürkei: Erzincan, Erzurum, Kars, Agri, Tuncelli, Binböl, Mus, Bitlis, Van, Adiyaman, Malatya, Elazığ und Siirt.

Die zweite Gruppe besteht aus den vier Regierungsbezirken im Südwesten Türkisch-Kurdistan: Gaziantep, Urfa, Diyarbakir und Mardin. Einen Sonderfall bildet der Regierungsbezirk von Hakkari am Länderdreieck Türkei/Irak/Iran.

In den 18 osttürkischen Regierungsbezirken leben in einem Raum von 220.775 km<sup>2</sup> nach der Volkszählung von 1965 ca. 6 Mill. Menschen, was einer Bevölkerungsdichte von 28 Einwohnern pro km<sup>2</sup> entspricht. Sie ist damit wesentlich geringer als in den westtürkischen Regierungsbezirken, wo sie etwa bei 46 Einwohnern pro km<sup>2</sup> liegt. Etwa 27 % der Einwohner leben in der Stadt (dazu gehören die genannten Städte als Sitz des jeweiligen Regierungsbezirks - Vilayet- und die diesen zugehörigen (Land-) Kreisstädte) und etwa 73 % auf dem Land (im Vergleich dazu die westtürkischen Regierungsbezirke: 36 % in den Städten und 64 % auf dem Land).

Nach offiziellen Angaben (zitiert in Besiğci, a.a.O.) sprechen in den genannten 18 Provinzen 53 % der Bevölkerung überhaupt kein Türkisch. Sie sprechen ganz überwiegend Kurdisch, teils auch Arabisch. Ein Großteil der Stadtbevölkerung spricht sowohl Türkisch als auch (als Muttersprache) Kurdisch. Daneben gibt es eine starke türkischsprachige Minderheit, einmal durch die Deportationspolitik der Regierung und Ansiedlung von Westtürken inmitten kurdischer Siedlungsgebiete, andererseits auch dadurch, daß fast alle Beamtenposten in Verwaltung, Militär, Polizei,

Justiz usw. durch Westtürken besetzt werden. Es rechtfertigt sich daher, von den 18 östlichen Regierungsbezirken als von kurdischen Regierungsbezirken zu sprechen.

Abgesehen vom Kleinhandwerk war Türkisch-Kurdistan ausschließlich landwirtschaftlich strukturiert. In den nördlichen Teilen war vor allem die Viehzucht vorherrschend (Schafwolle und Felle als Industrierohstoff), in den südwestlichen Teilen den fruchtbaren Ebenen des Euphrat und Tigris, der Anbau aller Arten von Nahrungspflanzen (Weizen, Mais, Sesam, Sonnenblumen, Gemüse, Obstbäume) und Indus triepflanzen (Baumwolle, Flachs, Hanf). Als dritter Teil der kurdischen Gebiete, das im äußersten Südosten der Türkei an der Grenze zum Iran und Irak liegenden Land Hakkari, war im Verhältnis zu den genannten Gebieten im Norden (Elazığ, Erzurum) und Südwesten (Urfa, Diyarbakir, Mardin) in noch größerem Maße unterentwickelt, als diese sich im Vergleich zu Westanatolien darstellen.

cc. Das Haupthindernis für eine intensivere Bebauung des Bodens war die feudalistische Struktur, der Absentismus der Großgrundbesitzer, das Fehlen intensiv arbeitender Industrie, welche zugleich die für die Intensivierung des Anbaus und Melioration der Bodenverhältnisse notwendigen Anlagen hätte liefern können, zugleich auch das Fehlen der Düngemittelindustrie.

Die Regierung in Ankara, deren wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Industrialisierung absoluten Vorrang einräumten, tat nichts, um die zunächst versprochenen Reformen einzulösen. Die Agrarreform beschränkte sich auf die Verteilung der Ländereien der kurdischen Großgrundbesitzer, die im Verlaufe der antikurdischen Verfolgung deportiert, ausgewiesen oder hingerichtet wurden. Die mit der Regierung kollaborierenden Feudalherren blieben jedoch im unangetasteten Besitz ihrer angestammten Rechte. Die Bauernschaft sah sich zunehmend - vor allem durch die Neuorganisation des Preis- und Steuerwesens - dazu gezwungen, das Überleben durch Verkauf des Arbeitsviehs sicherzustellen (12). So blieb der ganz überwiegende Teil der kurdischen Bauernschaft der andauernden Ausbeutung durch das Feudalsystem und der Terrorisierung durch die Landgendarmarie - ein Altes Erbe aus ottomanischer Zeit - ausgesetzt.

dd. Der kurdischen Landbevölkerung blieb auch die Flucht in die Industriearbeit verschlossen. Denn die von der Zentralregierung prioritär betriebene Industrialisierung beschränkte sich ausschließlich auf westanatolische Gebiete, wobei die Privatinvestitionen - wie schon in ottomanischer Zeit - die vorindustrielle Infrastruktur der Westküstenstädte, und das dort durch die Dezimierung des griechischen Bevölkerungsteils entstandene Vakuum ausnutzte, während die staatskapitalistischen Investitionen vor allem die inneranatolischen - mit Ausnahme der kurdischen - Gebiete umfaßte. So wurde etwa in Karabük - mit sowjet-russischer Hilfe - ein Eisenkombinat errichtet, in Kayseri ein Textilkombinat. Bezeichnenderweise lieferten die kurdischen Provinzen den größten Teil der Rohstoffe. Aus dem kurdischen Divriği wurden über 1.000 km hinweg Eisenerze angeliefert, aus Kurdistan stammte ebenfalls der Großteil der in Kayseri, verarbeiteten Schafwolle und Baumwolle. Diesem Ziel, nämlich der Ausnutzung der ostanatolischen Ressourcen in westanatolischen Industriezentren, diente auch die Transportpolitik der Zentralregierung. Steirkaus (a.a.O., S. 125f.)



rechnet gerade den Ausbau der ostanatolischen Verkehrswege zu den herausragenden Leistungen der kemalistischen Wirtschaftspolitik. Das ist deshalb unrichtig, weil etwa der Bau von Eisenbahnen oder Straßen eine dienende Funktion für darauf aufbauende Infrastrukturmaßnahmen bildet, vor allem für die Industrialisierung. Diese klammerte jedoch gerade die nunmehr verkehrsmäßig erschlossenen ostanatolischen (kurdischen) Provinzen aus. Die Transportinvestitionen erweisen sich so primär als notwendige Voraussetzung intensiver Ausbeutung, jedoch nicht der Strukturverbesserung der erschlossenen Landesteile.

ee. Auch eine lokale Leichtindustrie, die mit verhältnismäßig geringem Kapitaleinsatz die für die Intensivierung der Landwirtschaft benötigten eisernen Pflüge oder eisernen Naben für Ochsenkarren hätte herstellen können, wurde nicht gefördert (13). Der einzige Versuch, arbeits- und kapitalintensive Infrastrukturprojekte mithilfe der brachliegenden bäuerlichen Arbeitskräfte auszuführen, war die "Wegesteuer", welche in einer Art Hand- und Spanndienst abgegolten werden konnte. Hier zeigte sich jedoch, daß die proletarischen Massen nicht für eine Gesellschaftsordnung mobilisiert werden konnten, welche ihnen entweder nach wie vor in Form feudaler oder quasi feudaler (Großgrundbesitz) und bürokratischer (Staatsverwaltung) oder in kapitalistischer Machtausübung entgegentrat.

ff. Infolge der kontinuierlichen Industrialisierung im Westteil der Türkei vergrößerte sich der ökonomische Abstand zwischen dem türkischen und kurdischen Landesteil zusehends. Den ökonomischen Sprung der Türkei vom Nullpunkt bis zum Wirtschaftsniveau im Zeitpunkt des Ausbruches des Zweiten Weltkrieges verdeutlichen die Wirtschaftsstatistiken (14). Sie führen jedoch in die Irre, da sie - ausgehend von der auch von Steinhaus unkritisch übernommenen (a.a.O S. 139) pantürkischen Vorstellung einer ethnisch-sprachlich homogenen Türkei - die Wirtschaftsentwicklung nur auf die Gesamttürkei bezogen wiedergeben und spezielle Aussagen für den unterentwickelten Ostteil vorenthalten. Das ganze Ausmaß der durch die türkische nationalistische Wirtschaftspolitik aufrechterhaltenen und verstärkten Unterentwicklung der Ostprovinzen ist daher erst durch die jüngsten Untersuchungen, vor allem durch die grundlegende Arbeit von Ismail Beşikçi (15), aufgedeckt worden.

### 3. Die Nachkriegsentwicklung

a. Die Industrialisierungs- und Kapitalisierungs-bemühungen der kemalistischen und post-kemalistischen Periode (1923 bis 1938/50) hatten in den (reintürkischen) Regierungspräsidien in Westanatolien zwar nicht den erhofften Gleichstand mit den Industrienächten erbracht, aber doch eine bürgerliche Schicht erzeugt, die ihre Interessen durch die gemeinwirtschaftlich ausgerichtete etatistische Wirtschaftspolitik der Einparteiherrschaft der kemalistischen Halk-Partei (HP) nicht ausreichend gewahrt sah. Die Schicht der Kriegsgewinnler und der seit 1945 sich verstärkende Druck der privatkapitalistisch-imperialistischen USA tat ein übriges, um der 1946 gegründeten Democrat Partisi (DP) bei den Parlamentswahlen 1950 die absolute Mehrheit zu sichern.

Die neue Regierung Bayar/Meneres repräsentierte die neue Privatkapitalistenschicht. Ihre Politik, deren für

die Gesamtentwicklung des Landes verhängnisvollen Folgen sich nach dem Staatsstreich der Armee (General Gürsel) im Jahre 1960 in aller Deutlichkeit zeigten, entsprach jedoch durchaus folgerichtig den von der kemalistischen Gesellschaftspolitik gesetzten Faktoren. In eindeutig anti-sozialistischer Zielrichtung hatten Atatürk und İnönü schon bald die Mobilisierung der Gesamtbevölkerung aufgegeben. Die Landbevölkerung war nach wie vor feudalen oder quasi-feudalen Herrschaftsformen und der Willkür der Gendarmerie unterworfen. Das neu gebildete Industrieproletariat war durch Ausschaltung des Gewerkschaftswesen in keiner besseren Lage. So konnten Arbeiter und Bauern weder objektiv noch subjektiv der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ernsthafte Widerstände entgegensetzen: Die DP suchte die Macht der neuen Kapitalistenklasse durch Bündnis mit den restaurativen Kräften der (vor-)kemalistischen Zeit abzusichern. Wie oben ausgeführt wurde, hatten sich die restaurativen Tendenzen (Feudalismus und Geistlichkeit) in der kemalistischen Epoche objektiv zwar durchaus folgerichtig, wenn auch wohl subjektiv nicht beabsichtigt, kräftemäßig einigermaßen gehalten. Zudem war es auf Grund der nationalistischen Zielrichtung und der relativen Schwäche der Industriestaaten gelungen, eine relative Unabhängigkeit zu wahren. Demgegenüber betrieb die DP eine eindeutig restaurative Politik: Unter dem Vorwand, den Kommunismus zu bekämpfen, wurde mit Hilfe der Amerikaner (Militärhilfe ab 1947, Beitritt zur Nato 1952, Gründung des Cento-Pakts 1955/59) und der EWG-Staaten (Assoziierungsantrag 1959) jede progressive Sozialpolitik diffamiert und schließlich erstickt. Das Schulwesen auf dem Land blieb auf dem Vorkriegsstand stecken. Das Analphabetentum nahm zu. Die reaktionären Derwisch-Orden wurden wieder zugelassen. Die Agrarreform versandete wie schon in der kemalistischen Epoche. Das Verbot der Bildung von Koalitionen des Land- und Industrieproletariats wurde aufrechterhalten.

Demgegenüber fallen die Fortschritte in der Industrialisierung des Landes kaum ins Gewicht. Zwar gelang es zwischen 1950 und 1960 die Industrieproduktion um nahezu 80% und ihren Gesamtanteil an dem BSP von 16% auf 22% zu steigern. Dem stand jedoch eine zunehmende Verschuldung und politische Abhängigkeit gegenüber den imperialistischen Kräften der USA und Westeuropas gegenüber. Zudem litt die Mechanisierung der Landwirtschaft (Einfuhr von 40.000 Traktoren) an mangelnder Koordination und Strukturschwächen: Die durch die Mechanisierung freigesetzten Arbeitskräfte vergrößerten noch die schon stattliche Zahl der unproduktiven Landbevölkerung, ohne daß entsprechend neue gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. So trugen viele der getätigten Investitionen im Bereich der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs eher den Stempel der Bereicherung von privaten Importgesellschaften (und der Bereicherung der ausländischen Exporteure) als eine echte Verbesserung der Binnenstruktur. Bezeichnend für das Gesamtbild war einerseits eine zunehmende Betätigung der durch die DP repräsentierten Bourgeoisie in den kurzfristig rentablen und profitsicheren Bereicherung des Handels, Omnibus- und LKW-Transports und der Grundstücksspekulation, während andererseits die Lage der Bauern- und Arbeiterklasse keine Verbesserung der absoluten und relativen Verelendung erfuhr.

b. Noch verheerender als für die Westtürkei wirkte sich das Zusammentreffen nationalistisch-türkischer mit privat-

kapitalistisch-imperialistischen Elementen innerhalb der DP-Periode für die 18 kurdischen Regierungsbezirke aus, die immerhin nahezu ein Drittel des Staatsgebietes und ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen.

aa. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft (73% der Bevölkerung wohnt in Dörfern, sie leben zu fast 100% von der Landwirtschaft) zeigt sich die Ungleichbehandlung zwischen türkischen und kurdischen Bezirken zunächst im Mechanisierungsgrad: Die (nahezu ausschließlich landwirtschaftlich nutzbaren!) 18 östlichen Reg.bezirke verfügten 1967 über 6.496 Traktoren gegenüber 68.486 Traktoren in der Westtürkei (dies entspricht einem Prozentsatz von weniger als 10%). Eine Besonderheit bildete die Region von Hakkari: sie verfügte 1967 über 5 (!) Traktoren.

Nur 5% der bebaubaren Fläche können künstlich bewässert werden, mehr als 40% aller Dörfer kennen nicht die Verwendung von Dünger; die verbleibenden Dörfer düngen zu 90% mit natürlichem Dung, chemische oder sonstige im Handel erhältliche Düngemittel werden nur von 10% der betroffenen Dörfer verwandt. Dies bedeutet, daß Industriedüngemittel entweder noch überhaupt nicht erhältlich oder unerschwinglich sind. Trinkwasser gibt es nur in einem Bruchteil der Dörfer und auch in diesen meist Brunnen oder Flußwasser. Zum Heizen wird in 80-85% der Dörfer getrocknetes Kuhmist verwandt (wobei nicht außer Acht gelassen werden darf, daß Kurdistan überwiegend gebirgig ist und im Winter alpine Temperaturen vorherrschen).

Die versprochene Agrarreform war bereits während der kemalistischen Periode stecken geblieben. Noch langsamer verlief der Entfeudalisierungsprozeß unter der Herrschaft der mit der Feudalität und Bourgeoisie verbündeten Demokrat Partisi.

Die Landbevölkerung der 18 kurdischen Regierungsbezirke (das heißt die Gesamtheit der sich in den Städten und Dörfern von der Landwirtschaft ernährenden Bevölkerung) setzt sich aus ca. 788.000 (Klein-)Familien (Eltern und Kinder) zusammen. Von diesen besitzen 62% Grund und Boden, 38% leben als Pächter, Halbpächter und Tagelöhner. Innerhalb der 18 Regierungsbezirke ist der Feudalismus in den 5 südlichen wesentlich ausgeprägter als in den 13 nördlichen: In Urfa, Gaziantep, Diyarbakir, Mardin und Hakkari besitzt nur etwas mehr als die Hälfte der Bauernfamilien (55%) eigenen Land und Boden.

Im Vergleich zu der Gesamtheit der 18 Regierungsbezirke besitzen in einem Bereich von 12 ebenfalls überwiegend agrarischen Regierungsbezirken der Gesamtwesttürkei ca. 73% der Bauernfamilien eigenes Land.

Innerhalb der besitzenden Familien verteilt sich der bebaubare Boden jedoch äußerst ungleichmäßig: 34,6% besitzen < 10 ha, 19,8% besitzen 11-25 ha, 20,1% besitzen 26-50 ha, 21,5% besitzen 51-200 ha und 4% besitzen mehr als 201 ha. Der Großbesitz (ab 201 ha aufwärts) umfaßt 33% der gesamten Nutzfläche, der "Mittelbesitz" (51 - 200 ha) 40% der Nutzfläche, der Kleinbesitz (bis 10 ha) 27% der Nutzfläche. Die gegenüber Mitteleuropa relative Größe des Hektarbesitzes erklärt sich daraus, daß sowohl der Ackerbau als auch die Viehzucht extensiv betrieben werden, d.h. größtenteils noch mit Holzpflügen und ohne Düngemittel und Bewässerung.

Die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Produkte

sind nach wie vor staatlich fixiert. Eine Mechanisierung oder sonstige Melioration der Landwirtschaft (Bewässerungsanlagen etc.) können daher nur schwer aus eigener Kraft durchgeführt werden. Aber auch die Akkumulation zur Schaffung gewerblicher Anlagen ist schwach: In 179 Bankniederlassungen (Westtürkei 1.802) betrug die Einlagen 479 Milliarden TL (Westtürkei: 14.700 Milliarden TL) (1965).

bb. Oben wurde bereits ausgeführt, daß die kemalistische Industrialisierung ausschließlich die westtürkischen Gebiete umfaßt hatte, und zwar auch dort, wo sie etatistisch eingeleitet wurde. Die Industrialisierungspolitik der Regierung Menderes/Bayar hat an dieser teils türkisch-nationalistisch geprägten kemalistischen Tradition festgehalten. Die Folgen dieser diskriminierenden Strukturpolitik zeigen die folgenden Vergleichsangaben der Westtürkei und Osttürkei (alle Angaben aus Beşikçi, a.a.O.): Die Zahl der Betriebe mit Arbeitgeberfunktion betrug 1964 in den 18 kurdischen Regierungsbezirken 101 (davon 26 staatliche gegenüber 75 privaten) mit 17.036 Arbeitnehmern. In der Westtürkei zählte man zum gleichen Zeitpunkt 3.001 Betriebe mit 309.000 Arbeitnehmern. Dies bedeutet, daß die kurdischen Reg.-Bezirke 3% der Betriebe mit 5% der Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamttürkei aufweisen, dabei jedoch 29,9% des Gesamtterritoriums und 18,9% der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Es kommt hinzu, daß sich die Industrialisierung innerhalb Kurdistans ungleichmäßig verteilt: Die Regierungsbezirke Kars, Agri, Tunceli, Bingöl, Muş, Van, Adiyaman, Urfa, Mardin und Hakkari weisen keinen einzigen Betrieb auf. Das Problem der doppelt disproportionalen Industrialisierung (sowohl im Verhältnis zur Westtürkei als auch im Verhältnis einzelner osttürkischer Regierungsbezirke zueinander) wird dadurch noch verschärft, daß die Gesamtbevölkerung der Osttürkei seit 1945 im Vergleich zur Westtürkei überproportional gewachsen ist (Volkszählung 1945: Westtürkei -15.430.000, Osttürkei -3.365.000; Volkszählung 1965: Westtürkei -25.400.000, Osttürkei -5.903.000, wobei innerhalb der 18 kurdischen Reg.-Bezirke die Bevölkerungszunahme vor allem die überhaupt nicht industrialisierten Reg.-Bezirke betraf: Bingöl 100%, Muş 144%, Van 108%, Hakkari 130%). Hinzu kommt, daß durch die beginnende Mechanisierung der Landwirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte freigesetzt werden, die in der nur schwach entwickelten Industrie keine Arbeitsplätze finden können. Die Zahl der (offen oder versteckt) Arbeitslosen wird in keiner offiziellen Statistik angegeben; sie kann daher nur geschätzt werden. Die Brisanz des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit wird jedoch jedem des Landes klar, der sich als Deutscher zu erkennen gibt: Sofort scharen sich Dutzende Arbeitsloser um ihn, ihnen in der BRD Arbeit zu besorgen.

Der industriellen Unterentwicklung entspricht die Zahl der Maschinen: Die 18 Reg.-Bezirke verfügen über 14,5% der Vergasermotoren, 4,1% der Elektromotoren, 1,1% der Generatoren der Gesamttürkei (für 1965).

Offiziellen Statistiken über den Grad der Elektrifizierung der Dörfer (in denen 73% der Gesamtbevölkerung, d.h. nahezu 4,5 Mill. Menschen wohnen) werden von der türkischen Regierung nicht veröffentlicht. An Hand der Statistiken über die Zahl der Radios läßt sich jedoch indirekt der Elektrifizierungsgrad der Dörfer ermitteln. 1960 gab es in 27,5% aller Dörfer überhaupt kein Radio, in den übr-

gen Dörfern 36.692 Transistorgeräte gegenüber 106 (!) Netzgeräten. Die absolute Zahl der Radiogeräte ist zwischenzeitlich sicherlich stark angestiegen, der sich in dem Verhältnis zwischen Batteriegetriebenen und Netzgeräten ausdrückende Elektrifizierungsgrad ist kaum besser geworden (dieser Rückstand wird dadurch noch verstärkt, daß praktisch kaum Generatoren zur Verfügung stehen). Infolge dessen können die Dörfer nicht gewerblich erschlossen werden, die wenigen vorhandenen Bewässerungsanlagen können nur mit Benzin- oder Dieselmotoren betrieben werden.

Zugleich setzt die Regierung die in der kemalistischen Periode begonnene Ausbeutung der im kurdischen Gebiet lagernden Bodenschätze fort: Eisenerze, Chrom, Blei, Kupfer, Salz. In zunehmendem Maße auch die Förderung von Erdöl. Die weiterverarbeitenden Industrien befinden sich fast ausschließlich in den westtürkischen Reg.-Bezirken: Diesem Zweck dient auch in erster Linie die verkehrsmäßige Erschließung durch Transportmittel. Das Erdöl wird in einer großen Pipeline von den Lagerstätten östlich von Diyarbakir (Batman und Kurtalan) nach Iskenderun transportiert, wo es raffiniert wird. Große Überlandleitungen werden ab 1972 den im größten Staudammprojekt des Nahen Ostens in der Nähe von Elazığ (Keban-Projekt) erzeugten Strom in die westtürkischen Industriegebiete bringen.

cc. Auch im Transport- und Verkehrssektor, dessen Funktion und Aufbau ganz wesentlich auf den Transport der Bodenschätze in die westtürkischen Verarbeitungsanlagen abgestellt ist oder sich nach militärischen Gesichtspunkten richtet, besteht eine bedeutende Ungleichgewichtigkeit zu Lasten des Ostens. 1963 entfielen von der Gesamtheit der 48.638 km Staats- und Regierungsbezirksstraßen 18,7% auf die Osttürkei (30% des Gesamtterritoriums), von den Landverkehrsmitteln (LKW, PKW, Motorräder, Omnibusse) nur 6,5% (für 19% der Gesamtbevölkerung). Das Eisenbahnwesen hat sich gegenüber der kemalistischen Zeit in der Gesamttürkei kaum vermehrt.

Zusammenfassend läßt sich die wirtschaftliche Situation der 18 kurdischen Regierungsbezirke dahingehend zusammenfassen, daß trotz der ansteigenden Förderung der Bodenschätze kaum nennenswerte Ansätze einer Industrialisierung zu sehen sind; auch die landwirtschaftlichen Erlöse stehen der westtürkischen Produktivität weit nach; Verelendung und Arbeitslosigkeit der Massen bilden die Regel; die dünne feudale oder halbfeudale Oberschicht genießt nur einen auf die ansässige Bevölkerung bezogenen Wohlstand; im Verhältnis zur westtürkischen Industrie- und Handelsbourgeoisie sind ihre Akkumulationsmöglichkeiten in einem Maße beschränkt, daß auch sie weder eine intensive Mechanisierung noch die Industrialisierung des Landes in Angriff nehmen kann. Die türkische Regierung investiert hingegen fast ausschließlich im Extraktionsbereich die (staatliche oder Private) Neuschaffung von Arbeitsplätzen entspricht nicht einmal der Zunahme der produktiven Bevölkerung.

Um das Ausmaß der Unterentwicklung der östlichen Regierungsbezirke im Verhältnis zur Westtürkei und untereinander nach dem Aufstand von Dersim (1937) nicht zu offenbaren, wurde n 16 von 18 Regierungsbezirke (Ausnahme: Gaziantep und Erzurum) zu militärischem Sperrgebiet erklärt. Erst seit 1964 werden die Verbote schrittweise gelockert.

dd. Der Stand der Ausbildung in den kurdischen Regierungsbezirken

Ahnlich wie die nach wie vor gültigen Art. 37-44 des Lausanner Vertrags (s.o.u.) besagt Art. 12 der türkischen Verfassung von 1961: "In Sprache, Herkunft, Geschlecht, politischer Auffassung, Weltanschauung, Religion oder Konfession darf niemand unterschiedlich behandelt werden; vor dem Gesetz ist jedermann gleich." Das Bildungswesen, dessen Grundzüge in kemalistischer Zeit oben dargestellt wurden, blieb im wesentlichen auch unter der Herrschaft des Menderes/Bayar Regierung unverändert. Nach wie vor ist erklärtes Ziel der Bildungspolitik Assimilation und Integration der Kurden, d.h. Auslöschung ihrer Sprache und Eigenart. Kurdisch ist nach wie vor als Unterrichtssprache verboten. Der Gebrauch der Worte Kurde, kurdisch, Kurdistan ist zwar nur aus der offiziellen Diktion verschwunden (s.o. "Bergtürken"), jedoch riskiert jeder Wissenschaftler oder Politiker, der sich mit den Minoritätenproblemen beschäftigt, eine Bestrafung nach den schwammigen, den italienischen (Mussolini) StGB entnommen § 142, türkisches Strafgesetzbuch (Verbot von antinationalen Vereinsgründungen, Rassismus, Separatismus). Erst in der liberalen Atmosphäre der Verfassung von 1961 begann sich die türkische Öffentlichkeit u.a. durch Artikel in den linksliberalen Tageszeitungen "Aksam" und "Cumhuriyet", die jetzt verboten wurden, für das Problem der kurdischen Minderheit und die Realität der östlichen Regierungsbezirke zu interessieren. Eine Frucht dieses Auffassungswandels ist u.a. die grundlegende Arbeit von Besikei über die Sozialstruktur der 18 ostanatolischen (kurdischen) Regierungsbezirke, wie auch Übersetzungen kurdischer Texte durch Musa Anter und Bozarslan. In dem Maße wie sich auch unter Geltung der neuen Verfassung die alten restaurativen Kräfte durchsetzten (die langjährig regierende Gerechtigkeitspartei = Adalet Partisi = AP ist die Nachfolgerin der 1960 aufgelösten Demokrat Partisi), endete die kurze Phase innenpolitischer Liberalisierung. Über die Folgen für die hier erwähnten Autoren wird unten noch berichtet.

Nach offizieller Darstellung (die den Alphabetisierungsgrad wohl noch zu positiv darstellt) gibt es in den 18 kurdischen Regierungsbezirken 72% Analphabeten (davon auf dem Land 79%, in den Städten 48%) (Gesamttürkei 51,3% Analphabeten). Das Schulwesen ist jedoch in erster Linie nicht auf den für die Melioration der Landwirtschaft und die Gründung von Gewerbebetrieben unabdingbaren Abbau der Analphabeten abgestellt, sondern es verfolgt mit Alphabetisierung eindeutig kulturimperialistische Ziele. Eine wirkliche Bekämpfung der Analphabetenrate würde die Einrichtung ländlicher Elementarschulen voraussetzen, zudem den Unterricht in der innerhalb der Familien gesprochenen Sprache, d.h. in kurdischer Sprache. Stattdessen wird das oben bereits erwähnte aufwendige Internatswesen ausgebaut, in dem nur relativ wenige Kinder unterrichtet werden, diese jedoch Türkisch tatsächlich lernen und so ihrer Muttersprache entfremdet werden. Die so dargestellte Funktion der Internate hat Besikei am Beispiel der Zahl der Internate in ebenfalls analphabetenreichen Gebieten der Westtürkei nachgewiesen: Konya (Westtürkei, 1.123.000 Einwohner, davon 49% Analphabeten), verfügt über ein Internat (bei über 500.000 Analphabeten), während Tunceli (Osttürkei,

154.000 Einwohner, 61% Analphabeten) 3 Internate zählt. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Jeder kurdische Regierungsbezirk verfügt über mindestens zwei Internatsschulen, während die westtürkischen Regierungsbezirke mit einer absolut wesentlich höheren Analphabetenzahl höchstens über eine Internatsschule verfügen. Die westtürkischen Internatsschulen befinden sich zudem ausschließlich in Regierungsbezirken, in denen durch die Deportationspolitik des Osmanischen Reichs und des Kemalismus ansehnliche kurdische Minoritäten angesiedelt wurden (etwa in Konya 28.000 Kurden). In rein türkisch besiedelten Regierungsbezirken mit hoher Analphabetenrate und hohen absoluten Analphabetenzahlen (etwa in Kastanonu, Westtürkei, 4442.000 Einwohner, davon 1.100 Kurden, 65% Analphabeten, oder Trabzon, Schwarzmeerküste, 596.000 Einwohner, 61% Analphabeten) existieren überhaupt keine Internatsschulen. Internatsschulen setzen somit die Tradition der osmanischen Janitscharen - Schulen fort, in denen Angehörige nicht muslimischer Herkunft, Griechen, Armenier und Balkaner, für den türkischen Militärdienst ausgebildet wurden und in einem Maße türkisiert wurden, daß sie trotz nicht muslimischer Herkunft die Kerntruppe im Kampf gegen die "Ungläubigen" (Christen) bildeten. Der kulturimperialistische Zweck der Internatsgründungen kommt auch in dem deren Einrichtung anordnenden Gesetz Nr. 222 (Art. 6 und 9) zum Ausdruck, wenn es heißt, die Internate dienen der Hilfe bei der Verbreitung türkischer Sprache und Kultur. Wie schon in kemalistischer Zeit senden nicht nur die überregionalen, sondern auch alle regionalen Radio- und Fernsehsender ausschließlich in türkischer Sprache. Nur die Sowjetunion mit 150.000 Kurden, der Irak (auch schon vor dem Kurdenaufstand von 1961 bis 1970) und Iran haben seit jeher Sendungen in kurdischer Sprache ausgestrahlt. Diese Tatsache muß um so mehr überraschen, als selbst nach offizieller türkischer Darstellung 53% der Gesamtbevölkerung der 18 kurdischen Regierungsbezirke Türkisch überhaupt nicht verstehen (also ausschließlich Kurdisch, bzw. zu einem ganz geringen Prozentsatz Arabisch). In dem Rundfunk- und Fernsehgesetz von 1961 heißt es u.a.: "Die Sendungen der Rundfunkgesellschaften ... dienen dem türkischen Nationalismus ..."

Um eine Emanzipation der ökonomisch-kulturell unterdrückten Minderheit in sprachlicher, kultureller und politischer Hinsicht zu verhindern, wurde der vom Kemalismus anfangs stark propagierte, später aber wegen seiner emanzipatorischen Funktion schon stark eingeschränkte Ausbau von "Gemeindehäusern" ("Köy-odası") eingestellt. In den 18 kurdischen Regierungsbezirken gibt es für 19.406 Dörfer (incl. Vororte der Städte) 321 Gemeindehäuser (zum Vergleich: in den genannten 12 strukturell ähnlichen westtürkischen Regierungsbezirken gibt es für 10.078 Dörfer 2.527 Gemeindehäuser). Die Repressionspolitik der Regierung äußert sich auch in allen Arten von Informationssperren. So wird man etwa in der Osttürkei nach Übersetzungen von Sartre, Malraux, Marx, Engels, Lenin u.a. vergeblich suchen. Zwar sind alle diese Werke ohne weiteres in türkischer Sprache in Ankara, Istanbul und anderen Städten der Westtürkei erhältlich, im Osten sind sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht vorhanden. Türkische Tageszeitungen, die das kurdische Problem

ansprechen, gelangen in den östlichen Regierungsbezirken auf wundersame Weise nicht zum Verkauf. Die Aufführung politischer Theaterstücke wird häufig verboten. So sollte im Sommer 1969 in Tunceli ein antiimperialistisches Theaterstück ("Pir Abdal Sultan" ein remake eines alten Theaterstücks des gleichnamigen, aus Tunceli gebürtigen Autors) aufgeführt werden, das vorher bereits in Ankara einen großen Erfolg gehabt hatte. Nachdem die Aufführung bereits in Elazığ verboten worden war, untersagte sie der Regierungspräsident von Tunceli ebenfalls wenige Stunden vor Beginn ohne Angabe von Gründen. Eine Protestdemonstration, angeregt vom lokalen Komitee der türkischen Arbeiterpartei, formierte sich zu einem Zug in Richtung auf das Regierungspräsidium. Der Polizeipräsident selbst schoß vom Balkon in die Menge. Zwei Demonstranten wurden getötet, darunter ein kurdischer Angehöriger der Arbeiterpartei, der 1967/68 Treffen mitorganisiert hatte, in denen gegen die Unterentwicklung der Osttürkei (Kurdistan) protestiert worden war ("Dogu Mitinkleri" = Osttreffen).

In grassem Mißverhältnis zu sozio-kulturellen und ökonomischen Investitionen stehen die Aufwendungen militärischer und paramilitärischer Art. Exakte Ziffern werden von der Regierung nicht veröffentlicht. Aus dem Reisebericht der Studienkommission ESG Westberlin (s.o.u.) ergibt sich jedoch eindeutig, daß in Kurdistan disproportional viel Militär und Gendarmerie am Werke sind. Vor allem die letztere setzt beharrlich die terroristische Tradition der osmanischen Landgendarmerie fort (s.u. unter 3. gg). Den Umfang ihrer sachlichen Ausstattung mag folgende Erzählung Besieks wiedergeben: Im Verlauf seiner Untersuchungen, deren Ergebnis das hier zugrunde gelegte Werk über die kurdische Sozialstruktur ist, zeigt B. einem 12-jährigen Dorfjungen das Photo eines mehrstöckigen Gebäudes und fragt ihn, was er sich darunter vorstelle. Der Junge meint, es sei ein "Karakol" (Gendarmeiwache). Danach gibt der Junge nochmals dieselbe Antwort, als B. ihm das Photo eines zweistöckigen Haus zeigt. Dieselbe Antwort erhält B. auch, als er dem Jungen das Photo eines Schulgebäudes zeigt. Diese kleine Erzählung zeigt, wie die Regierung der Landbevölkerung gegenübertritt: überwiegend in Form terroristischer Gendarmerie, welche ihrer Ausstattung nach derart aus dem Durchschnittsniveau des Landes herausfällt, daß ein festes Gebäude überhaupt nur eine Polizeiwache sein kann.

ff. Angesichts der Rückständigkeit ihres Landes haben sich progressive kurdische Intellektuelle (eine Arbeiterklasse im klassischen Sinne gibt es nicht, die Landbevölkerung ist infolge ihres intellektuellen Rückstands und der äußerst repressiven antigewerkschaftlichen Gesetzgebung ebenfalls kaum klassenbewußt) seit jeher in den türkischen Linksparteien organisiert. Die linke Bewegung der Türkei basiert wesentlich auf der Gemeinsamkeit der türkischen und kurdischen Klasseninteressen. So hat etwa der 4. Große Kongreß der Türkiye İsci Partisi (TIP-Arbeiterpartei), sowohl die Existenz der kurdischen Frage, als auch den gemeinsamen Ursprung der ökonomischen Ausbeutung der Arbeiter im Westen und der chauvinistisch-rassistischen Unterdrückung des Ostens, als auch die Notwendigkeit gemeinsamen Kam-

pfes für den Sozialismus herausgestellt (16). Einen ähnlichen Standpunkt vertritt die "İsci-Köylü"-Bewegung (Arbeiter-Bauernbewegung), Dev-Genc, die Volksschullehrergewerkschaft, die meisten linksorientierten Gewerkschaften u.a. Alle genannten Gruppen zählen (überproportional im Verhältnis zur Einwohnerzahl) Kurden zu ihren Mitgliedern. Das Bewußtsein eines kurdischen Problems, darf daher heute nicht primär unter dem Gesichtspunkt einer Reaktion auf die türkisch-chauvinistische Ideologie der herrschenden bürgerlichen Parteien und Armee-kreise gewertet werden, sondern als Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Ausbeutung unter kapitalistisch-imperialistischen Vorzeichen in der Westtürkei und der chauvinistischen Repressionspolitik unter rassistischen und kapitalistisch-imperialistischen Vorzeichen in der Osttürkei (Kurdistan).

Auch die Linkspresse hat das Problem der Repression des Ostens gerade in der jüngsten Vergangenheit immer häufiger aufgegriffen (Cumhuriyet, Ant, İsci-Köylü, Emek, Türk-Solu u.a.). Eine solche Gemeinsamkeit mußte die Interessen der türkischen Bourgeoisie aufs Äußerste gefährden.

gg. Mit allen Mitteln versucht daher die Regierung, seit 1968 die gemeinsame Front türkischer und kurdischer Gruppen zu brechen, zumindest in den Augen der Öffentlichkeit. Die Regierung hat daher auch durch die Gendarmerie die kurdische Bevölkerung in kaum vorstellbarem Maße terrorisieren lassen. Ziel dieser blutigen Provokation ist es, die Kurden zum separatistischen Aufstand zu treiben und auf diese Weise die sozialistische Zielrichtung der gemeinsamen kurdisch-türkischen Linksfrent zu diskreditieren. Unter dem Vorwand, Waffen zu suchen, wurde eine Vielzahl von Dörfern in den kurdischen Regierungsbezirken tagelang von speziellen Kommandoeinheiten der Gendarmerie drangsaliert, Frauen vergewaltigt, Volkstänze auf dem Rücken der am Boden liegenden Dorfbewohner aufgeführt, Dorfbewohner scharenweise nackend durch die Straße getrieben. Ein Bericht wurde von der Devrimci Dogu Kültür Ocaklari (DDKO), einer sozialistischen Gruppe kurdischer Studenten, (wörtlich: Revolutionäre Kulturvereinigung des Ostens) angefertigt und dem Staatspräsidenten Cevdet SUNAY auf Wunsch zugeleitet. Nach Erhalt des Berichts wurden sowohl die Verfasser als auch die im Bericht angegebenen Gewährsleute verhaftet. (17) Neben die Terroisierung der Landbevölkerung tritt die systematische Ermordung türkischer und kurdischer Aktivisten im Verlauf von Studentunruhen und nach diesen, sowie von Gewerkschaftlern. Die Ermordeten sind zu etwa 80% aus der Osttürkei gebürtig. Daß es sich nicht um eine Häufung von Zufällen handelt, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß bis jetzt in keinem einzigen Fall der Ermordung mehr oder weniger prominenter Linksaktivisten ein Ergebnis polizeilicher Ermittlung zur Festnahme innerhalb der militanten Rechtsorganisation Ülkü Ocaklari (Idealvereinigungen) geführt hat, in deren Verantwortlichkeit ein Großteil der begangenen Taten fällt; die Regierung hat es vielmehr seit Jahren widerspruchslos hingenommen, daß die genannte Organisation sich militärisch ausrüstet. Die Lippenbekenntnisse der Erim-Regierung eines Vorgehens gegen den Extremismus von Links und Rechts können über die Interessen-

identität der türkischen Regierung und der Ülkü Ocaklari nicht hinwegtäuschen. Im Verlauf der Verhaftungswelle nach Verhängung des Kriegsrechts wurden nach Angaben der Türkei-Informationen des DDR-Senders "Bizim Radyo" etwa 2000 Personen nur in der Osttürkei verhaftet; darunter befinden sich alle die Funktionäre und Mitglieder der DDKO (s.o.), der ehemalige Generalsekretär der türkischen Arbeiterpartei, Dr. Ziya Ekinci, Bozarlan, der als Übersetzer von Mem-o-Zin hervorgetreten ist und Autor einer kurdischen Fibel (!) Musa Anter, Autor mehrerer Theaterstücke und eines kurdisch-türkischen Lexikons (!). Zugleich wurden in der Gesamt-türkei eine Unzahl von Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten verhaftet. Besikci, dessen Untersuchungen die Basis der Kenntnisse über die aktuelle Lage in Kurdistan bilden, hatte seine Dozentur schon im Verlauf der antikurdischen Verhaftungen (obwohl B. türkischer Herkunft ist) im Herbst 1970 verloren.

#### 4. Schlußbemerkung

Die repressive Funktion der Unterdrückung der Osttürkei für die Gesamt-türkei wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß immer dann, wenn die bürgerlichen Regierungen politisch den Offenbarungseid leisten mußten, die Kurdenfrage hochgespielt wurde, um einen Sündenbock für ökonomische und allgemeinpolitische Mißerfolge zu präsentieren. So wurde 1959 (die Krise der Regierung Menderes/Bayar) ein Schauprozeß gegen 49 kurdische Intellektuelle eingeleitet; die erhobenen Anschuldigungen lösten sich alsbald in ein Nichts auf. 1963 wurden unter ähnlichen Anschuldigungen 23 verhaftet, um den damals aufgedeckten Putschversuch von Talat Aydemir (militärische Rechte) zu verschleiern. Der politische Bankrott der späten 60iger Jahre führte zu den geschilderten Terrorakten, zu Massenverhaftungen kurdischer Intellektueller in den Jahren 1968, 1969, 1970. Die Ereignisse des Frühjahr 1971 (Ultimatum der Armee; Bildung der Regierung Erim; Verhängung des Kriegsrechts u.a. über die unruhigsten kurdischen Regierungsbezirke, Massenverhaftungen türkischer und kurdischer Intellektueller, Verbot aller Presseorgane, die vom linksliberalen bis zum sozialistischen Flügel der kurdischen Frage angenommen hatten) stehen in dem "Gewaltzusammenhang", der sich vom Spättömanismus her, über den Kemalismus bis zu den bürgerlichen Regierungen seit 1950 fortsetzt. Die Repression der kurdischen Gebiete entspricht dem System kapitalistischer Ausbeutung in den Westprovinzen. Die Aufrechterhaltung der kurdischen Frage durch Fortsetzung der chauvinistischen Repression entspricht dem bürgerlichen Nationalismus, der nationaltürkischen Ideologie des Kemalismus. Die dahinterstehenden wirtschaftlichen Interessen werden durch die künstliche Unterentwicklung der kurdischen Landesteile in zweifacher Weise bewahrt: Durch den Export der in Kurdistan erschlossenen Bodenschätze als Produktionsbasis einer westtürkischen Industrie und als politisches Ventil für Sozialunruhen in der westtürkischen Arbeiter- und Bauernklasse. Der nationale Appell an die Einheit der Nation zur Bekämpfung der "kurdischen Separatisten" hat bisher seine klassenfeindliche Wirkung nie verfehlt. Es bleibt zu hoffen, daß sich die progressiven Kräfte der Türkei von der schablonenhaften und ihr nur allzu bekannten Appellen an den Nationalismus der Türkei nicht

blenden lassen und ihre Aktionseinheit zwischen türkischen und kurdischen Kräften bewahren.

- (1) vgl. dazu Joyce Blau, *Le problème kurde*, Brüssel, 1963
- (2) vgl. Thomas Bois, *Connaissance des Kurdes*, Beirut, 1965
- (3) vgl. Ismail Besikci, *Doğu Anadolunun Düzeni*, 2. Aufl. 1970 Ankara
- (4) Zu allem vgl. Kurt Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution* S. 18ff, Europäische Verlagsanstalt, 1969
- (5) vgl. Steinhaus, a.a.O., S. 96
- (6) Schätzung in: *Wissenschaftliche Zeitschrift*, Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, 1964 Heft 9/10
- (7) a.a.O., S. 113
- (8) vgl. die Nachweise bei Blau a.a.O., S. 39
- (9) vgl. die Dokumentation des Komitees der Solidarität mit der kurdischen Revolution, Berlin 33, Im Doll 50, S. 44 Rdn. 11

- (10) *Milliyet* (türkische Tageszeitung) Nr. 1655, Sept. 1930 anlässlich des Aufstandes von Agri Dag
- (11) Steinhaus a.a.O. S. 146f.
- (12) Steinhaus a.a.O. S. 145/46 m.w.N.
- (13) Steinhaus a.a.O. S. 137
- (14) Steinhaus a.a.O. S. 133
- (15) *Doğu Anadolu'nun Düzeni*, 2. Aufl. 1970
- (16) vgl. die Resolution der TIP vom 29.10.70, sowie eine Erklärung von İsci-Köylü, Dev Genç u.a. Organisationen, abgedruckt in *Soresa Kurd*, Informationsschrift der Vereinigung Kurdischer Studenten in Europa, Zweigstelle BRD, Heidelberg, Nr. 1/1971, S. 17
- (17) Bericht vom 15.5.1970, abgedruckt in der Dokumentation des Komitees der Solidarität mit der Kurdischen Revolution, a.a.O. S. 18ff

HEVRA

AL-DJABHA

DIE FRONT

Herausgegeben vom Sozialistischen Palästina-Komitee - Heidelberg

Erscheint im Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr. 80

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg, Grabengasse 14

Druck: Caro-Druck GbR, Heidelberg

Nachdrucke nur bei Quellenangabe und gegen Belegexemplar

Gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Bankverbindung: Kto Nr. 5012, Heidelberger Volksbank

